



1789

1945

1835

2007

Lösungen

# GESCHICHTE UND GESCHEHEN

Jahrgangsstufe 1 und 2

Berufliche Gymnasien



Klett

# **G**ESCHICHTE UND ESCHEHEN

**Berufliche Gymnasien  
Jahrgangsstufe 1 und 2**

**Lösungen**

Autoren:  
Dr. Jürgen Kochendörfer  
Christian Schulz  
Dr. Silke Seemann

Ernst Klett Verlag  
Stuttgart · Leipzig

# Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung .....	4
--------------------	---

## Partizipation – Teilhabe an der Herrschaft

	Buchseite
<b>1 Die politische Willensbildung.....</b>	<b>5</b>
1.1 Wer macht eigentlich Politik?.....	13
1.2 Bürgerinitiativen und politisch-soziale Bewegungen.....	17
1.3 Politische Parteien – was leisten sie?.....	25
1.4 Interessenverbände – wie groß ist ihr Einfluss? .....	29
1.5 Medien und ihr Einfluss auf die Politik.....	37
<b>2 Der politische Entscheidungsprozess – so entstehen Gesetze.....</b>	<b>13</b>
<b>3 „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – .....</b>	<b>14</b>
<b>4 Grundrechte in Deutschland – Anspruch und Grenzen .....</b>	<b>16</b>
<b>5 Volksentscheide – Ein Rezept gegen „Politikverdrossenheit“.....</b>	<b>17</b>
<b>6 Demokratische Regierungssysteme im Vergleich .....</b>	<b>19</b>

## Demokratie und Diktatur in Deutschland

<b>1 Streben nach Einheit und Freiheit – Deutschland im 19. Jahrhundert</b>	<b>21</b>
1.1 Restauration und Vormärz .....	21
1.2 Auf den Barrikaden – die Revolution von 1848/49.....	23
1.3 Die Einigung Deutschlands – durch Krieg statt durch Revolution .....	26
<b>2 Die Weimarer Republik .....</b>	<b>29</b>
2.1 Zwischen Räterepublik und parlamentarischer Monarchie .....	29
2.2 Belastungen und Umbrüche .....	32
2.3 Die „goldenen“ Jahre der Republik .....	35
2.4 Die Zerstörung der Republik.....	37
<b>3 Nationalsozialistische Diktatur und Zweiter Weltkrieg.....</b>	<b>40</b>
3.1 Machtübernahme und Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft .....	40
3.2 Ideologie und Propaganda .....	43
3.3 „Volksgemeinschaft“ und Terror – das NS- Herrschaftssystem .....	45
3.4 NS-Außenpolitik und Zweiter Weltkrieg .....	47
3.5 Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden 1933 bis 1945 ..	50
3.6 Widerstand gegen den Nationalsozialismus .....	51

# Inhaltsverzeichnis

## Der Ost-West-Konflikt und seine Überwindung

<b>1 Der Ost-West-Konflikt</b> .....	<b>53</b>	
1.1 Die Formierung neuer Weltmächte .....	53	197
1.2 Der Kalte Krieg .....	56	207
1.3 Zwischen Spannung und Entspannung .....	59	211
1.4 Das Ende des Kalten Krieges .....	61	217
<b>2 Deutschland unter alliierter Besatzung</b> .....	<b>63</b>	<b>229</b>
<b>3 Die Gründung zweier deutscher Staaten</b> .....	<b>65</b>	<b>239</b>
<b>4 Deutschland zwischen Ost und West</b> .....	<b>67</b>	<b>251</b>
<b>5 Wandel der Ostpolitik</b> .....	<b>69</b>	<b>257</b>
<b>6 Gesellschaft im Wandel</b> .....	<b>70</b>	<b>263</b>
<b>7 Friedliche Revolution und Überwindung der Teilung</b> .....	<b>72</b>	<b>273</b>
<b>8 Europa wächst zusammen</b> .....	<b>74</b>	
8.1 Erste Stationen der Einigung .....	74	281
8.2 Die europäische Integration .....	76	289

## Internationale Zusammenarbeit – Konflikte in der Weltgesellschaft

<b>1 Globale Sicherheitspolitik</b> .....	<b>78</b>	
1.1 Fallbeispiel Nahost .....	78	301
1.2 Fallbeispiel Afghanistan – Kampf gegen den Terrorismus .....	80	311
1.3 Militärische Friedenssicherung durch die Bundeswehr .....	82	317
<b>2 Länder der „Dritten Welt“</b> .....	<b>84</b>	
2.1 Kennzeichen der Unterentwicklung .....	84	331
2.2 Fallbeispiel: Demokratische Republik Kongo – bittere Armut trotz Rohstoffreichtums .....	86	335

## Vorbemerkung

Die folgenden Erwartungshorizonte für die Aufgabenstellungen im Schülerbuch verstehen sich als Angebote, die sich sicherlich erweitern oder ergänzen lassen. Die Lösungsvorschläge zeigen eine Möglichkeit auf, sich den Antworten zu nähern und sollen keinesfalls verbindliche Lösungsmatrizen darstellen. Unterrichten soll Neugier, Spannung und Kreativität fördern; selbst wenn die Faktenlage erdrückend klar erscheint, so ist doch ihrer Interpretation immer wieder Raum geschuldet.

Das Autorenteam

## 1.1 Wer macht eigentlich Politik?

### Arbeitsauftrag 1:

individuelle Schülerantwort

### Arbeitsauftrag 2:

#### **Geschwindigkeitsbeschränkung**

Pro: Umweltverbände.

Kontra: Automobilindustrie, vor allem Hersteller der Premiumklasse, Automobilclubs wie der ADAC

## 1.2 Bürgerinitiativen und politisch-soziale Bewegungen

### Arbeitsauftrag 1:

Die Protestbewegungen der 1960/70er-Jahre gelten als Ausdruck gesellschaftlicher und politischer Wandlungsprozesse gegenüber traditionellen kulturellen, moralischen und gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen. Aus einzelnen Protestbewegungen entstanden politisch-soziale Bewegungen wie die Ökologie-, die Anti-Atomkraft- und die Friedensbewegung. Es gab und gibt unterschiedliche Organisationsgrade der neuen sozialen Bewegungen. Sie reichen von informellen regionalen Basisgruppen hin zu großen, teilweise sogar internationalen Verbänden (attac, Greenpeace). Protestbewegungen gab und gibt es zu vielen Themen (u. a. Irak-Krieg, Globalisierung, Atommülllagerung). Der Protest hat sich zu einem wesentlichen Bestandteil politischer Partizipation entwickelt. Am 15. Februar 2003 waren 15 Millionen Menschen in 600 Orten in 60 Ländern auf der Straße, um gegen den Krieg der USA im Irak zu protestieren. Diese Menschen hatten gemeinsame Ziele. Es gab sehr verschiedene Aktionsformen: Mahnwachen, Menschenketten und Demonstrationen genauso wie verschiedene Formen des zivilen Ungehorsams (Blockaden, Manöverstörungen).

Nicht jede Bürgerinitiative, nicht jede politische Kampagne ist eine soziale Bewegung. Soziale Bewegungen sind nur solche Netzwerke von Gruppen und Organisationen, die gemeinsam die Gesellschaft verändern wollen. Wer die Gesellschaft verändern will, muss mehr tun als politische Repräsentanten zu kritisieren. Die Grundlagen sozialer Ordnung, die allgemeinen politischen und ökonomischen Strukturen sowie die damit verbundenen Werte und Normen müssen verändert werden.

Zunächst waren die Friedensdemonstrationen gegen den Irak-Krieg Protestbewegungen. Mit der Forderung „No War“ und dem Wunsch nach friedlichen Mechanismen jeder Konfliktaustragung kann man sie aber auch als einen Übergang zu einer sozialen Bewegung sehen.

### Arbeitsauftrag 2:

individuelle Schülerrecherche

### Arbeitsauftrag 3:

Diese Gefahr besteht durchaus. Bei der Diskussion um Stuttgart 21 fehlt es den meisten Bürgerinnen und Bürgern an profundem Fachwissen, um wirklich rational entscheiden zu können. Bei einfacheren Entscheidungen wie dem Bau von Spielplätzen oder der Verhinderung von Einkaufszentren ist dagegen rationales Wissen vorhanden. Ein Volksentscheid gegen Minarette, wie er 2009 in der Schweiz zustande kam, verdeutlicht aber, dass „selbsternannte Engagierte“ durchaus Erfolg haben können, auch wenn Entscheidungen gegen jede Vernunft verstoßen. In Deutschland hat der Gesetzgeber die Möglichkeiten der unmittelbaren Demokratie eingeschränkt und sie nur in den Ländern und Gemeinden zugelassen.

### Arbeitsauftrag 4:

In den neuen Bundesländern wird Gerechtigkeit oft als soziale Gleichheit z. B. in Form gleichmäßiger Einkommensverteilung missverstanden. Die Proteste sind Ergebnis eines latenten Missvergnügens über eine vermeintliche Schlechterstellung gegenüber den Bürgern der alten Bundesländer. Ein wesentlicher Grund besteht darin, dass die DDR-Bürger 1989/90 das marktwirtschaftliche westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem übergestülpt bekamen, ohne eigene Vorstellungen einbringen zu können. Viele DDR-Bürger fühlen sich bis heute von den ursprünglich westdeutschen Parteien nicht hinreichend repräsentiert. Die Proteste werden deshalb von einer antiparlamentarischen Grundhaltung getragen.

## 1.3 Politische Parteien – was leisten sie?

### Arbeitsauftrag 1:

Durchsetzung von Überzeugungen zum Gemeinwohl oder von Gruppeninteressen. Einfluss aufgrund einer Machtbasis in der Verwaltung, in der Justiz vor allem bei den hohen Richterstellen, bei den öffentlich-rechtlich organisierten Fernsehanstalten, bei staatlichen und kommunalen Wirtschaftsunternehmen.

Parteien werben in der Öffentlichkeit für ihre Vorstellungen und beeinflussen die öffentliche Meinung in ihrem Sinn. Außerdem bieten sie den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit, sich aktiv politisch zu betätigen und politische Verantwortung zu übernehmen. Sie stellen Kandidaten für Volksvertretungen und politische Ämter in Bund, Ländern und Gemeinden, unterstützen als Regierungsparteien die politische Führung, kontrollieren als Oppositionsparteien die Regierung und entwickeln politische Alternativen.

### Arbeitsauftrag 2:

**M8:** Pro: Parteien kommt in der repräsentativen Demokratie eine herausragende Stellung zu, sie versammeln engagierte Bürger und organisieren demokratische Mehrheiten.

Contra: Der Staat soll nicht für sinkende Mitgliedsbeiträge der Parteien verantwortlich sein, weniger Mitglieder bedeuten auch weniger Verwaltungskosten.

Weitere Argumente: Gegen eine staatliche Parteienfinanzierung spricht das Schreckgespenst eines Parteienstaates mit unzähligen Parteifunktionären, die sich, mitunter auf ihren eigenen Vorteil bedacht, zusehends von ihrer Basis in der Bevölkerung entfernen. Abgelehnt wird die Finanzierung auch von den Parteien selbst, weil sie sonst auch jede einzelne Ausgabe gegenüber den staatlichen Geldgebern belegen und begründen müssten. Befürworter einer staatlichen Parteienfinanzierung gehen davon aus, dass die Parteispenden und Mitgliedsbeiträge ungleich verteilt sind. Sie machen geltend, dass nur mit einer staatlichen Parteienfinanzierung ein „gerechter“ politischer Wettbewerb geschaffen werden kann. Kleinere und oppositionelle politische Gruppierungen, die über keine Beziehungen zu finanzkräftigen Kreisen verfügen, müssen demnach durch eine staatliche Finanzierung besser gestellt werden. Ein weiteres Argument für eine staatliche Parteienfinanzierung ist die geringere Abhängigkeit der Parteien von Spenden und die daraus resultierende Unabhängigkeit bei politischen Entscheidungen. Die Partei muss dann nicht Rücksicht auf die politischen Interessen etwaiger Spender nehmen.

### Arbeitsauftrag 3:

Grüne: Beamte, Selbstständige, Hochschulabsolventen.

Linke: Arbeitslose, Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder, Konfessionslose.

### Arbeitsauftrag 4:

Lösche begründet die Akzeptanz von Volksparteien mit dem Abbau der Klassengesellschaft zugunsten einer „neuen Mitte“, die Klassenparteien erübrigt und mit dem Ausgleich zwischen den Konfessionen, der Konfessionsparteien überflüssig macht. Wenn eine Partei mehr als 35 Prozent der Stimmen gewinnen will, muss sie „bunte Wählerkoalitionen“ bilden (Konfessionen, Landsmannschaften, gegensätzliche Klassen und Schichten, konkurrierende Vereinigungen, Bürgerinitiativen und Vereine). Wesentliche Aufgaben sind u. a. die Herbeiführung von Kompromissen bis hin zur Abwehr einseitiger Verbandsinteressen. Zur Erfolgsgeschichte der Volksparteien zählt er die sozialen und ökonomischen Veränderungen in den Nachkriegsjahren, die Eingliederung der Vertriebenen, sozialstaatliche Reformen und die Bildungsreform.

### Arbeitsauftrag 5:

Programmatische Unterschiede der Parteien sind durchaus vorhanden. Sie werden von der Bevölkerungsmehrheit vor allem dann wahrgenommen, wenn sie die Schlagzeilen, vor allem der Boulevardpresse, füllen. Der Streit zwischen SPD und Union/FDP über mögliche Steuersenkungen wird in der Bevölkerung intensiv diskutiert. Erstaunlich ist auch ein immer noch vorhandener konfessionelle Zuwendung der Wähler zu bestimmten Parteien (**M6**). Durch die Veränderung des Dreiparteien in ein Fünfparteiensystem lässt sich mittlerweile eine deutlichere Profilbildung der einzelnen Parteien erkennen (vgl. Antwort zu Frage 6).

### Arbeitsauftrag 6:

Eine Übersicht bei der Bundeszentrale für politische Bildung:

[http://www1.bpb.de/themen/YX2B5Z,0,0,Parteien\\_in\\_Deutschland.html](http://www1.bpb.de/themen/YX2B5Z,0,0,Parteien_in_Deutschland.html)

#### **Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialpolitik u. a. (Stand: 2009):**

**CDU/CSU:** Überwindung der Krise mit Anreizen für Wachstum, Investitionen in neue Technologien sollen gefördert werden. Die Lohnnebenkosten sollen stabil bleiben, um die Verlagerung von Jobs ins Ausland zu verhindern. Keine einheitlichen Mindestlöhne. Hartz-IV-Empfänger sollen ein höheres Schonvermögen behalten können, um für das Alter vorsorgen zu können.

**SPD:** Bis 2020 soll Vollbeschäftigung erreicht werden, vor allem durch den Ausbau umweltfreundlicher Technologien. Erhalt der Arbeitnehmerrechte, besonders des Kündigungsschutzes und der Mitbestimmung. Einführung gesetzlicher Mindestlöhne, nicht unter 7,50 Euro pro Stunde für Branchen ohne Tarifbindung.

**Bündnis 90 Die Grünen:** Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine ökologische Modernisierung. Investitionen in Bildung und Gesundheit. Gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde. Verbesserung der Bedingungen für Zeitarbeiter.

**FDP:** Keine Mindestlöhne, um nicht gering qualifizierte Arbeitsplätze abzubauen. Stärkung des Mittelstandes. Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten. Lockerung des Kündigungsschutzes, er soll erst für Betriebe ab 20 Beschäftigten und einer Beschäftigungsdauer von mehr als zwei Jahren gelten.

**Die Linke:** Gleiche Löhne in Ost und West. Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde. Stärkung des Kündigungsschutzes. Hartz IV soll abgeschafft, die Zeitarbeit begrenzt werden. Ausweitung sozialer Dienstleistungen in den Bereichen Kindererziehung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen, Sport und Kultur. 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

## 1.4 Interessenverbände – wie groß ist ihr Einfluss?

### Arbeitsauftrag 1:

Individuelle Schülerrecherche

### Arbeitsauftrag 2:

Argumente pro Lobbyismus: Lobbyisten liefern Politikern einen schnellen Zugang zu Daten und Fachwissen. Die Politik ist auf den Sachverstand dieser Experten angewiesen, Verbänden und Vereinen bietet sich die Möglichkeit der politischen Teilhabe. Auch Menschen, die nicht Mitglied in einer Partei sind, können so an politischen Entscheidungen mitwirken. Interessengruppen sind Vermittler zwischen Gesellschaft und Staat. Verbände repräsentieren die gesellschaftliche Vielfalt. Durch sie ergibt sich ein pluralistischer Wettstreit um die besten Argumente.

### Arbeitsauftrag 3:

Die Legislative hat, vor allem in der europäischen Gesetzgebung, an Einfluss verloren. Sie ist auf den Sachverstand der Ministerialbürokratie angewiesen.

### Arbeitsauftrag 4:

**Z. 1:** Herrschaft der Verbände?. **Z. 8:** Die Geltendmachung partikularer Interessen in der Demokratie. **Z. 21:** Unterstützung von Legislative und Exekutive durch den Sachverstand der Lobbyisten. **Z. 39:** Wirtschaftliche Potenz entscheidet über Effizienz. **Z. 53:** Verlagerung der Entscheidungskompetenzen in Kommissionen.

Bedenken: Lobbyismus untergräbt die Autorität des Staates. Interessengruppen mit großen finanziellen Mitteln (z. B. Wirtschaftsverbände, Unternehmen, usw.) können in der Regel mehr Einfluss auf den Politikbetrieb nehmen, als wirtschaftlich schwache Gruppen (Bürgerinitiativen, NGOs, usw.). Dies führt zu einem undemokratischen Ungleichgewicht. Mächtige Interessenvertreter z. B. aus der Wirtschaft üben Druck auf die Politiker aus, und setzen ihre Interessen gegen das Allgemeinwohl durch.

Vorteile des Lobbyismus sieht Papier im Sachverstand der Verbände, vor allem bei komplexen Themen, der für politische Entscheidungen hilfreich sein kann.

### Arbeitsauftrag 5:

Das Kampfmittel der Gewerkschaften ist hierbei der Streik, das der Arbeitgeber die Ausspernung. Gewerkschaften können auf die grundgesetzlich geschützte Koalitionsfreiheit bauen. Zum Betätigungsfeld dieser Koalitionen gehört die Tarifautonomie. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass der Streik nicht gegen die Friedenspflicht eines geltenden Tarifvertrags verstößt. Ein Streik darf sich auch nicht als unverhältnismäßig erweisen, er muss also zur Erreichung rechtmäßiger Kampfziele und der nachfolgenden Weiterarbeit im Arbeitsfrieden geeignet und sachlich erforderlich sein. Der bestreikte Arbeitgeber darf streikenden Arbeitnehmern nicht kündigen. Nach Ende des Streiks besteht ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung. Während des Streiks ruht das Arbeitsverhältnis. Ein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht für die Dauer des Streiks nicht. Die Gewerkschaften sind sich meist ihrer Verantwortung bewusst und sich darüber in Klaren, dass überzogene Forderungen zu einem Arbeitsplatzabbau entweder durch verstärkte Rationalisierung oder durch eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Ausland führen.

### Arbeitsauftrag 6:

Innungen, § 54 HwO: (1) 1. den Gemeingeist und die Berufsehre zu pflegen. 2. ein gutes Verhältnis zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen anzustreben, 3. entsprechend den Vorschriften der Handwerkskammer die Lehrlingsausbildung zu regeln. [...] (2) 1. Tarifverträge abzuschließen [...]

Handwerkskammern, § 91 HwO (1): 1. die Interessen des Handwerks zu fördern [...] 4. die Berufsausbildung zu regeln, Vorschriften hierüber zu erlassen, ihre Durchführung zu überwachen [...].

Es geht also einerseits um staatliche Aufgaben wie der Lehrlings- und der Meisterausbildung einschließlich der Zeugnisgebung in Facharbeiter-, Gesellen-, und Meisterbriefen als auch um Arbeitgeberinteressen wie dem Abschluss von Tarifverträgen.

Die Mitgliedschaft von Handwerksbetrieben bei einer Handwerkskammer ist Pflicht, die Mitgliedschaft in einer Innung freiwillig. Die Beiträge sind recht hoch, bei Innungen z. B. ungefähr 500 Euro pro Jahr und zusätzlich 2 bis 3 Prozent an der Lohnsumme der Beschäftigten. Dafür bekommen die Handwerker u. a. ein breitgefächertes kostenloses Fortbildungsprogramm geboten. Es ist üblich, dass Innungen Preislisten über Richtpreise vereinbaren und auch Empfehlungen über Gemeinkostenzuschläge geben. Wer diese Empfehlungen unterschreitet, macht sich unbeliebt. Derartige Streitigkeiten sind häufig Grund für Austritte. Die Kammern bieten viele Leistungen an, die vor allem für kleinere Unternehmen nicht notwendig sind, zumal wenn sie keine Lehrlinge ausbilden. Sie bieten z. B. Hilfen für Unternehmensgründungen an, also zugunsten der zukünftigen Konkurrenz der Beitragszahler.

### Arbeitsauftrag 7:

individuelle Schülerantwort

## 1.5 Medien und ihr Einfluss auf die Politik

### Arbeitsauftrag 1:

individuelle Schülerrecherche

### Arbeitsauftrag 2:

Im Rahmen des Anti-Terror-Paketes wurden verschiedene Gesetze verabschiedet, die die journalistische Arbeit einschränken und die Pressefreiheit beeinträchtigen. Berichte über die Arbeit der Polizei und der Nachrichtendienste wurden dadurch erschwert. Der Bundegerichtshof hat darüber hinaus die Persönlichkeitsrechte von Prominenten gestärkt, so dass deren Privatleben geschützt ist (M 11). Viel wesentlicher für den Bestand der Pressefreiheit sind aber die Mechanismen der Medien selbst. Nur wenige Medienkonzerne beherrschen in Deutschland einen Großteil von Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen. Banken und Industriekonzerne finanzieren über Anzeigen und Werbespots einen Großteil der Redaktionen, die Einnahmen über die Abonnenten genügen meist nur, um die Vertriebskosten abzudecken. Die finanziellen Abhängigkeiten sind enorm.

Noch deutlicher ist die finanzielle Abhängigkeit der gebührenfreien privaten Fernsehanstalten von der Werbung. Vor allem flache Unterhaltung bringt Quoten. Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten gibt es dagegen Rundfunkräte, die politischen Einfluss auf die Programmgestaltung ausüben können. Thierse argumentiert, dass nur die öffentlich-rechtlichen Sender eine „Grundversorgung“ an Aufklärung, Information und Meinungsvielfalt (Pluralität) bieten. Er spricht sich deshalb dafür aus, das „Fernsehen nicht allein dem Markt“ zu überlassen.

### Arbeitsauftrag 3:

Chancen: Verhinderung jugendgefährdender und antidemokratischer Inhalte. Risiken: Meinungsmanipulation, Zensur.

In Deutschland ist auch im Internet die Verherrlichung von NS-Verbrechen, die Leugnung des Holocaust oder die Verherrlichung von Gewalt verboten. Auf Servern in den USA können solche Inhalte aber ungestraft verbreitet werden. Das angestrebte Verbot der Kinderpornografie im Internet und die Abschaltung entsprechender Web-Seiten ist verfassungsrechtlich umstritten, zumal es umgangen werden kann. Das Verbot wird oft als Einstieg in weitere Zensurmaßnahmen gesehen.

### Arbeitsauftrag 4:

Journalisten müssen den Wählern helfen, die unterschiedlichen Positionen der Parteien zu verstehen und deren Ziele zu erkennen. Sie müssen dabei eine einseitige Berichterstattung vermeiden und den Wählern begreiflich machen, welche Auswirkungen bestimmte Programmpunkte für sie persönlich und die Gesellschaft haben.

Talkshows erreichen zum Teil beachtliche Einschaltquoten. Es besteht die Gefahr, dass Rhetorik und Populismus oft mehr Beachtung finden als seriöse Argumentation.

**Arbeitsauftrag 5:**

**Pro:** Der parlamentarische Entscheidungsprozess ist für die Wählerinnen und Wähler transparent zu machen. Die Bevölkerung soll symbolisch in die parlamentarische Arbeit integriert werden, symbolisch die gewählten Repräsentanten kontrollieren. Die Repräsentanten können sich zudem unmittelbar an ihre Wähler wenden und ihre Ziele erklären.

**Kontra:** Durch das Fernsehen werden Verhaltensweisen inszeniert. Nur einfache überschaubare Sachverhalte können verstanden werden. Die viel wichtigere Arbeit der Ausschüsse wird ausgeblendet. Anliegen kleiner Parteien kommen zu kurz.

**Arbeitsauftrag 6:**

individuelle Schülerlösung

**Arbeitsauftrag 7:**

Im ersten Fall habe es ein öffentliches Interesse gegeben (auch Prominente müssen finanziell rechnen), im zweiten Fall habe die Geschichte keinerlei Nachrichtenwert und würde ausschließlich in die Privatsphäre eingreifen.

**Arbeitsauftrag 8:**

Individuelle Schülerarbeit. Vgl. Antwort zu Frage 2.

### Arbeitsauftrag 1:

Zustimmungspflichtige Gesetze sind: Gesetze, die das Grundgesetz ändern; Gesetze, die Auswirkungen auf die Finanzen der Länder haben (also vor allem Steuergesetze) und Gesetze, die von den Ländern auszuführen sind.

In der Bundesrepublik können Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung schriftlich ausgearbeitete Gesetzesvorlagen beim Bundestag zur Abstimmung einbringen. Die Bundesregierung muss vorher aber die Gesetzesvorlage dem Bundesrat zur Stellungnahme vorlegen. Umgekehrt muss auch der Bundesrat den Entwurf der Bundesregierung zur Stellungnahme vorlegen. Im Bundestag gibt es dann drei so genannte Lesungen, also Debatten, über das Gesetz. Bei der ersten Lesung wird die Gesetzesvorlage an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Bei politisch wichtigen Gesetzesentwürfen kommt es schon bei der ersten Lesung zu einer Aussprache im Parlament, wobei die Regierung und die Fraktionen vor allem der Öffentlichkeit ihre grundsätzliche Meinung mitteilen. Im Ausschuss wird die Vorlage dann auf eventuelle Mängel oder Schwachstellen überprüft, dementsprechend überarbeitet und verbessert. Aus der Vorlage, die vorher nur der Entwurf eines Gesetzes war, wird so ein solider Gesetzestext.

Hat der Ausschuss seine Arbeit beendet, kommt das Gesetz zur zweiten Lesung in den Bundestag. Dort wird jede Bestimmung des Entwurfs einzeln diskutiert und zur Abstimmung aufgerufen, ebenso Änderungsanträge, die häufig von der Opposition gestellt werden. Diese sind zwar selten aussichtsreich, sollen aber vor allem der Öffentlichkeit die abweichenden Standpunkte der Opposition verdeutlichen. Nach der zweiten Lesung gibt es zwei Möglichkeiten: Zum einen kann sich die dritte Lesung mit der Abschlussdiskussion und mit der Abschlussabstimmung direkt an die zweite Lesung anschließen. Zum anderen kann die Gesetzesvorlage ein zweites Mal an den Ausschuss überwiesen werden, wo sie noch einmal überarbeitet und verbessert wird, um dann zur dritten Lesung in den Bundestag zu gelangen.

Anschließend muss der Bundesrat gefragt werden. Billigt dieser ein zustimmungspflichtiges Gesetz, dann gilt es als angenommen und gelangt zur „Ausfertigung“ zur Bundesregierung und zum Bundespräsidenten. Zunächst unterzeichnen der zuständige Fachminister das Gesetz, anschließend der Bundeskanzler, danach der Bundespräsident. Damit kann es im Bundesgesetzblatt „verkündet“ werden und in Kraft treten.

Wenn der Bundesrat etwas gegen das Gesetz einzuwenden hat, wird der Vermittlungsausschuss angerufen. Dieser besteht aus 32 Mitgliedern, jeweils 16 aus dem Bundestag – zusammengesetzt nach der Stärke der Fraktionen – und 16 aus dem Bundesrat – für jedes Bundesland ein Vertreter. Die Aufgabe des Vermittlungsausschusses ist es, einen Kompromiss zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat auszuarbeiten. Arbeitet der Vermittlungsausschuss einen Kompromiss aus, der die Gesetzesvorlage ändert, kommt dieser geänderte Vorschlag in den Bundestag. Dieser kann den geänderten Vorschlag ablehnen, dann ist der Gesetzentwurf gescheitert. Stimmt der Bundestag zu, dann kommt er zum zweiten Mal in den Bundesrat. Stimmt dieser den Gesetzentwurf zu, dann kommt es zur Ausfertigung. Billigt er es nicht, ist der Entwurf gescheitert.

### Arbeitsauftrag 2:

Die Machtfülle des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe ist größer als in fast allen anderen Staaten. Fast jedes wichtige Gesetz aus dem Steuerrecht, dem Arbeits- und Sozialrecht wird überprüft. Der Parlamentarische Rat strebte während der Ausarbeitung des Grundgesetzes aufgrund der negativen Erfahrungen mit dem Missbrauch der Weimarer Verfassung durch die Nationalsozialisten nach einer verbindlichen rechtlichen Kontrolle der Politik.

### Arbeitsauftrag 3:

individuelle Schülerrecherche

### Arbeitsauftrag 1:

Kanzlerdemokratie: Der während der Regierungszeit Konrad Adenauers geprägte Begriff soll die unangefochtene Machtposition des Kanzlers widerspiegeln. Das Schlagwort beruht weniger auf den Bestimmungen des Grundgesetzes, demzufolge der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, als vielmehr auf der politischen und persönlichen Konstellation. Das Amt des Bundeskanzlers ist häufig mit dem Vorsitz der größten Regierungspartei verbunden. Der Kanzler genießt persönliches Prestige im Regierungslager, verkörpert die Regierungspolitik und steht im Mittelpunkt der Berichterstattung.

### Arbeitsauftrag 2:

In einer parlamentarischen Demokratie stützt sich die Regierung in der Regel auf eine Mehrheit im Parlament. Falls diese Mehrheit in Gefahr gerät oder verloren geht, hat das Grundgesetz dafür Antworten parat. Die Regelungen zur Vertrauensfrage und zum konstruktiven Misstrauensvotum sollen dafür sorgen, dass Regierungskrisen schnell überwunden werden und kein Zustand eintritt, in dem das Land keine handlungsfähige Regierung besitzt.

Das Grundgesetz verbietet eine Selbstauflösung des Parlaments. Nach Art. 68 GG kann aber der Bundeskanzler dem Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Verweigert der Bundestag ihm das Vertrauen, kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Kanzlers innerhalb von 21 Tagen den Bundestag auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Im Gegensatz zum konstruktiven Misstrauensvotum ergreift der Bundeskanzler hier selbst die Initiative. Das konstruktive Misstrauensvotum ermöglicht es dem Parlament, den amtierenden Regierungschef abzuwählen. „Konstruktiv“ bedeutet in diesem Fall, dass die Wahl nur durchgeführt werden darf, wenn gleichzeitig ein Nachfolger bestimmt wird. Das unterscheidet das Verfahren vom destruktiven Misstrauensvotum der Weimarer Republik, bei dem der Kanzler lediglich abgewählt und nicht sogleich durch einen Nachfolger ersetzt wurde. Im Bundestag wird das Votum durch einen Antrag eingeleitet, der von mindestens einem Viertel der Abgeordneten unterzeichnet sein muss. Gewinnt der neue Kandidat daraufhin die Wahl, ist der Bundespräsident verpflichtet, die Regierung zu entlassen und den gewählten Nachfolger zum Kanzler zu ernennen.

In der Geschichte der Bundesrepublik ist die Vertrauensfrage viermal gestellt worden: Erstmals stellte sie 1972 Bundeskanzler Willy Brandt. Die Regierung führte die Niederlage absichtlich herbei, indem sich Regierungsmitglieder nicht an der Abstimmung beteiligten. Der Weg zu vorzeitigen Neuwahlen war somit frei. 1982 stellte Kanzler Helmut Schmidt die Vertrauensfrage, die positiv beantwortet wurde. Im gleichen Jahr bereitete der neu gewählte Bundeskanzler Helmut Kohl mit einer Vertrauensfrage, bei der die Regierungsmehrheit Stimmenthaltung übte, den Weg zu den vorzeitigen Neuwahlen von 1983. Auch Gerhard Schröder stellte im Jahr 2005 dem Parlament die Vertrauensfrage, um Neuwahlen zu erwirken.

### Arbeitsauftrag 3:

**M5:** Vorrang der Ökonomie vor der Politik, vor allem infolge der Globalisierung; wichtige Debatten finden in Talk-Shows statt; der Föderalismus zwingt zu einvernehmlichen parteiübergreifenden Lösungen; wachsender Einfluss der EU-Gesetzgebung; Machtfülle des Bundesverfassungsgerichts.

### Arbeitsauftrag 4:

**M4:** Arnim kritisiert das Verhältniswahlrecht, demzufolge fast immer Regierungskoalitionen notwendig sind. Außerdem muss der Bundesrat mit oft anderen politischen Mehrheitsverhältnissen bei der Gesetzgebung zustimmen. Die Landeslisten werden von den Parteien aufgestellt. Arnim schlägt die relative Mehrheitswahl vor.

**Arbeitsauftrag 5:**

**M6:** Parlamentsdebatten, Anfragen an die Regierung, Möglichkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, konstruktives Misstrauensvotum, Gesetzesinitiative, Arbeit in Ausschüssen, Ausschussvorsitze, notwendige Zweidrittelmehrheit bei Verfassungsänderungen, Blockademacht im Bundesrat, Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Auswirkung des Föderalismus: Mitglieder des Bundesrates haben im Bundestag Rederecht.

### Arbeitsauftrag 1:

Ihre erste wichtige politische Wirkung zeigten die Menschenrechte in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und in der französischen „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“. Mit der Französischen Revolution erfolgte erstmals eine gesetzliche Verankerung der Menschen- und Bürgerrechte, die zusammen mit der in der Verfassung festgeschriebenen Gewaltenteilung zum Vorbild späterer Verfassungstexte wurde. Die Schranken des natürlich gegebenen individuellen Rechts waren ab jetzt nur durch die Sicherung derselben Rechte für alle gesetzt. „Man ist nicht frei durch Privilegien, sondern durch Rechte, die allen gehören“ (Abbé Siéyès). Die Wege in die Revolution verliefen 1848 und 1918 anders, doch die zentrale Revolutionsursache war in beiden Fällen der Legitimitätsverfall der alten Ordnung. Die Vertreter der Frankfurter Nationalversammlung hinterließen ein eindrucksvolles Werk freiheitlichen Denkens mit einem Katalog von Grundrechten, auf den die Schöpfer späterer Verfassungen zurückgreifen konnten. Zentrale Punkte des Grundrechtskatalogs waren Rechtsgleichheit, ein einheitliches Staatsbürgerrecht und Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz. Sie zielten auf die freie Entfaltung des Einzelnen, gewährleistet durch die Sicherung des Eigentums. Mit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg brach der monarchische Obrigkeitsstaat zusammen. An seine Stelle trat nach der Novemberrevolution eine parlamentarisch-demokratische Republik. Grundlage der Verfassungsberatungen war der Entwurf des Staatsrechtlers Hugo Preuß. Neben Grundrechten gingen in die Weimarer Verfassung auch Grundpflichten ein. Der Hinweis auf die mit den staatsbürgerlichen Rechten verbundenen Pflichten war Ausdruck eines neuen Staatsverständnisses. Die Grundrechte in der Weimarer Verfassung waren nicht aktuelles, bindendes Recht, sondern lediglich Programmsätze, die durch Gesetze aktualisiert, durch Notverordnungen eingeschränkt und auch ganz außer Kraft gesetzt werden konnten.

### Arbeitsauftrag 2:

**Freiheitsrechte:** „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ – dies verkündete die UNO-Vollversammlung in ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. U. a. in **M3a:** Art. 1, Art. 4, Art. 10; in **M3b:** § 133, § 136; in **M3c:** Art. 111, Art. 114.

**Gleichheitsrechte** sind solche Grundrechte, die Privilegierung oder Diskriminierung von Einzelnen oder Gruppen im Vergleich zu anderen verhindern. U. a. in **M3a:** Art. 1, Art 6; in **M3b:** § 137; in **M3c:** Art. 109. **Unverletzlichkeitsrechte oder Abwehrrechte** sind Unverletzlichkeit der Wohnung, Freizügigkeit, Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis. U. a. in **M3a:** Art. 17; in **M3b:** § 140, § 141; in **M3c:** Art. 115, Art. 117. Die Weimarer Reichsverfassung knüpfte an die Paulskirchenverfassung an und enthielt neben ähnlichen Grundrechten zusätzlich soziale Grundrechte unter anderem die Grundpflicht auf Arbeit und betriebliche Mitbestimmung. **M3c:** Art. 163, Art. 165.

### Arbeitsauftrag 3:

Die Notstandsgesetze weiten im Verteidigungsfall, bei inneren Unruhen und Naturkatastrophen die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes sowie seine Weisungsbefugnisse gegenüber den Bundesländern aus. Außerdem erlauben sie die Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie den Einsatz der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes bei Unruhen im Inneren.

**M4a:** Auslöschung demokratischer Rechtsansprüche, offene Gewalt der „Faschisten“ innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

**M4b:** Keine Einschränkung des Rechtsstaats, der gewerkschaftlichen Rechte, der staatsbürgerlichen Freiheiten. Das Gesetz ist notwendig, um die alliierten Vorbehaltsrechte zu vermindern, die Versorgung der Bevölkerung im Verteidigungsfall und bei Naturkatastrophen zu gewährleisten und Gefahren von innen abzuwehren.

### Arbeitsauftrag 4:

individuelle Schülerrecherche

**Arbeitsauftrag 1:**

Pro: Mehr Partizipation von unten, allerdings müsste der Präsident dann mehr Kompetenzen bekommen.

Contra: der Bundespräsident hat fast keine Macht, die politische Macht liegt beim Parlament. Volkswahl wäre viel Legitimation für wenig Kompetenz. Die geschichtlichen Erfahrungen mit einem vom Volk gewählten Präsidenten sprechen gegen Direktwahl (Weimarer Republik und die dortige Notverordnungspraxis).

**Arbeitsauftrag 2:**

Die Interessenlage innerhalb des Gemeinderats und auch innerhalb der Bevölkerung war gespalten. Einerseits war die Brücke für die Infrastruktur der Stadt notwendig und ein Tunnelbau viel zu teuer, andererseits beeinträchtigt die Aberkennung des Weltkulturerbestatus den Fremdenverkehr. Der Bürgerentscheid band den Gemeinderat aber so sehr, dass auch Kompromisslösungen nicht möglich waren.

Im Jahr 2009 strich das Welterbe-Komitee der UNESCO in seiner Jahrestagung das 18 km lange Dresdener Elbtal wegen des Baus der Waldschlösschenbrücke von der Liste der Welterbestätten. Vor allem in den USA wurde die Entscheidung in den Medien verbreitet und kommentiert, so dass von dort mit einem Rückgang von Besuchern zu rechnen ist. Ein Volksentscheid hatte den Brückenbau ermöglicht, die Gemeinde- und Landesparlamente und deren Vollzugsorgane sind an dieses Votum gebunden. Das Beispiel zeigt, dass Plebiszite auch zu zweifelhaften Entscheidungen führen können.

**Arbeitsauftrag 3:**

Das Grundgesetz erlaubt den Volksentscheid nur im Fall einer Neugliederung des Bundesgebiets (Art. 29 GG). In anderen Fällen sind Volksentscheide auf Bundesebene nicht zulässig (anders ist es auf den Landes- und Kommunalebene der meisten Bundesländer).

Hauptargument der Befürworter: Das Volk als Souverän soll mehr in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden und mehr Einfluss auf ihn haben als durch die in großen Abständen abgehaltenen Wahlen. Direkte Demokratie fördere auch das politische Interesse in der Bevölkerung.

Hauptargument der Gegner: Viele politische Fragen sind hochkomplex. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist nicht kompetent genug, um direkt über sie zu entscheiden. Das sollten vom Volk legitimierte Parlamentarier und Regierungen tun, die sich ausgiebig mit der Materie befasst haben.

**Arbeitsauftrag 4:**

individuelle Schülerantwort

**Arbeitsauftrag 5:**

Über den Volksentscheid für den Brückenbau kann die Kommune nicht einfach hinweg gehen. Der Umsetzung des Bürgerentscheids ist nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts Vorrang gegenüber der Welterbe-Konvention einzuräumen. In ihrer Begründung wiesen die Richter darauf hin, dass Dresden wegen der Bindungswirkung des Bürgerentscheids von 2005 zum unverzüglichen Bau der Waldschlösschenbrücke verpflichtet sei. Am Ende der „Abänderungssperre“ von drei Jahren hätte ein neuer Volksentscheid stattfinden oder ein anders lautender Gemeinderatsbeschluss ergehen können. Eine Bürgerbewegung gegen die Waldschlösschenbrücke versuchte deshalb, den Bau bis zum Ende der Bindefrist zu verzögern. Zu dieser Zeit waren aber die Brückenpfeiler bereits errichtet.

**Arbeitsauftrag 6:**

Stuttgart 21 ist ein Verkehrs- und Städtebauprojekt zur Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart in Verbindung mit einer geplanten Neubaustrecke nach Ulm. Im November 2007 wurden im Rathaus 67 000 Unterschriften gegen das Projekt übergeben mit dem Antrag auf Zulassung eines Bürgerentscheids über den „Ausstieg der Landeshauptstadt aus dem Projekt Stuttgart 21“. Der Antrag wurde im Dezember 2007 vom Stuttgarter Gemeinderat mit 45 zu 15 Stimmen abgelehnt, mit der Begründung, dass er rechtlich unzulässig sei. Der Bürgerentscheid richte sich gegen Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats aus den Jahren 1995 und die Einspruchsfrist von sechs Wochen entsprechend der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sei abgelaufen. Außerdem sei das Ziel der Aufhebung unzulässig, weil es eine dem Gemeinderat vorbehaltene finanzielle Grundsatzentscheidung betreffe. Das Regierungspräsidium Stuttgart stimmte dieser Auffassung zu.

### Arbeitsauftrag 1:

**Schweiz:** Regierung als Kollegialbehörde ohne Chef, auf Amtszeit fest gewählt. Starke Stellung des Volkes: Gesetzesreferendum, Volksinitiative. Die Direkte Demokratie ist ein Versuch, breite Bevölkerungskreise so unmittelbar wie das in einem Staat mit mehreren Millionen Bürgerinnen und Bürgern überhaupt noch möglich ist, an den politischen Prozessen zu beteiligen. Es kommt der Idee von Rousseau von einer *volonté générale* [allgemeiner Volkswille] am nächsten.

**USA:** Präsident wird vom Volk gewählt, ernennt Regierung. Amtsenthebung durch Parlament nur im Extremfall (bei strafbaren Handlungen). Präsident zugleich Staatsoberhaupt und Regierungschef. Getrennte Wahlen für Präsident und Parlament. Die Präsidialdemokratie ist ein Versuch, das Prinzip der Gewaltentrennung und der gegenseitigen Checks and Balances [Kontrolle und Machtgleichgewicht] zwischen Präsident und Parlament möglichst konsequent umzusetzen. Wenn Präsident und Parlamentsmehrheit verschiedenen Parteien angehören, besteht die Gefahr der Blockade.

**Deutschland:** Regierung wird aus dem Parlament gewählt, basiert auf Parlamentsmehrheit, kann vom Parlament wegen politischen Meinungsunterschieden gestürzt werden. Die Parlamentarische Demokratie ist ein Versuch, den Wettbewerb zwischen den Parteien fruchtbar zu machen. In Parlamentarischen Demokratien haben kleine Parteien eine Chance, ihre Ideen als Koalitionspartner auf Regierungsebene einzubringen. Staatsoberhaupt repräsentativ.

**Frankreich:** Präsident mit schwachem Premierminister. Getrennte Wahlen für Präsident und Parlament. Risiko der „Cohabitation“ (Präsident hat im Parlament keine Mehrheit), dann droht Blockade.

### Arbeitsauftrag 2:

In einem Präsidialsystem wird der Präsident vom Volk gewählt und darf die Regierung bilden, ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung des Parlaments nehmen zu müssen. Dennoch muss der Präsident mit dem Parlament zusammenarbeiten, weil es über Gesetze und vor allem auch den Staatshaushalt entscheidet. Das bekannteste Beispiel sind die USA.

Ein semipräsidentielles Regierungssystem ähnelt dem Präsidialsystem mit dem direkt gewählten Präsidenten, der eine bedeutende Aufgabe bei der Regierungsbildung hat. Andererseits darf aber auch das Parlament über die Regierung mitentscheiden. Es gibt also an der Spitze der Exekutive zwei Personen, den Präsidenten und den Regierungschef. In Frankreich kann der Ministerpräsident vom Präsidenten entlassen werden, aber auch von der Nationalversammlung durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden.

In einem parlamentarischen System ist das Parlament nicht nur für Gesetze verantwortlich, sondern wählt auch die Regierung. In einem solchen System hat der Präsident meist nur repräsentative Aufgaben. Als Urtyp gilt Großbritannien, auch die Bundesrepublik Deutschland gehört dazu.

Beim direktorialen System der Schweiz ist der Bundesrat (Bundesregierung) oberste Exekutivbehörde. Sie besteht aus sieben Bundesräten (Ministern) und arbeitet als Kollegialorgan ohne Regierungschef. Je einer der Bundesräte wird in jährlichem Turnus Vorsitzender (Bundespräsident), behält zugleich jedoch sein Ressort bei. Die Bundesräte werden alljährlich von der Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat gemeinsam) bestätigt.

### Arbeitsauftrag 3:

Es gab keine Parteien als Vertreter von Einzelinteressen, die mit anderen Parteien um die Macht bzw. einen Machtanteil konkurrierten. Die SED, die Staatspartei der ehemaligen DDR, war eine die Gesamtgesellschaft erfassende Gruppierung. Sie nannte sich zwar Partei und vertrat ein bestimmtes Programm bzw. eine Ideologie, aber sie stand nicht im freien Wettbewerb mit anderen Parteien, sondern war Monopolistin der Macht. Die so genannten Blockparteien waren im Regierungssystem der DDR kaum mehr als schmückendes Beiwerk.

Über die 500 Abgeordneten der Volkskammer wurde alle vier, ab 1971 fünf Jahre durch eine allgemeine, gleiche Wahl abgestimmt. Die Zusammensetzung der Volksvertretung stand bereits vor den Wahlen fest, da die Verteilung der Sitze auf die Parteien und Massenorganisationen des Demokratischen Blocks vorher über eine Einheitsliste festgelegt wurde.

Formal gab es in der DDR Gewaltenteilung. Es fehlte aber an einer unabhängigen Justiz. Die Führungsinstanzen der SED konnten in das Recht eingreifen. Zudem war es unmöglich, staatliches Handeln auf dem Gerichtsweg anzugreifen, man hätte dazu Verwaltungsgerichte gebraucht. Aber die gab es ebenso wenig wie ein Verfassungsgericht.

## 1.1 Restauration und Vormärz

### Arbeitsauftrag 1:

#### Grundsätze: Legitimität, Solidarität und Restauration.

Als nicht legitim wurde das revolutionäre republikanische Prinzip der Machtergreifung betrachtet, ebenso die widerrechtliche Thronbesteigung nach napoleonischem Muster. Als legitim galten dagegen das monarchische Erbrecht und alle zwischenstaatlichen Verträge, sofern sie nicht ausdrücklich aufgehoben worden waren. Dadurch konnten die Säkularisation und Mediatisierung in Deutschland beibehalten werden. Schon seit 1806 und erst recht nach 1815 wurden aus Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau und anderen deutschen Ländern moderne Staaten, die zu den fortschrittlichsten in Europa zählten. Insofern war die Wahrung der Legitimität keineswegs gleichbedeutend mit Restauration, also der Wiederherstellung der alten Ordnung. Diese wurde nur an wenigen Orten in Europa wirksam, so in Spanien, wo man die Inquisition wieder einführte und im Kirchenstaat, wo die Juden wieder im Ghetto leben mussten. Dagegen ging die Verfassung Ludwigs XVIII. immer noch von der Volkssouveränität aus und unterschied sich dadurch grundlegend vom vorrevolutionären Absolutismus.

Beschlüsse: Preußen erhielt nicht nur große Teile Sachsens zugesprochen, sondern auch das Rheinland und Gebiete in Westfalen. Während Preußen also die „Wacht am Rhein“ übernahm und in das alte Reichsgebiet hineinwuchs, zog sich die zweite deutschsprachige Großmacht, die Habsburger Monarchie, nach Südosten zurück. Dem neu geschaffenen Deutschen Bund gehörten drei nichtdeutsche Herrscher an: der holländische Souverän für Luxemburg, der englische Monarch für Hannover und der Dänenkönig für Holstein. Preußen und Österreich waren dem Deutschen Bund lediglich mit ihren vormaligen Reichsgebieten angegliedert, hatten aber das Sagen. Als zentrales Organ wurde in Frankfurt am Main ein ständiger Gesandtenkongress unter österreichischem Vorsitz eingerichtet.

Grundsatz der Solidarität: Die Heilige Allianz: war ein auf Veranlassung des Zaren Alexander I. zwischen Russland, Österreich und Preußen am 26.09.1815 in Paris geschlossenes Bündnis. Alle europäischen Herrscher außer England und dem Papst traten der Heiligen Allianz bei. Sie wurde unter Führung Metternichs zum Werkzeug der reaktionären Mächte gegen die nationalen und liberalen Strömungen der Völker.

### Arbeitsauftrag 2:

Die Grenzen des Deutschen Bundes stimmten mit den Grenzen des deutschen Siedlungsgebietes nicht überein. Deutschschweizer, West- und Ostpreußen gehörten nicht zum Deutschen Bund. Dagegen lebten Tschechen, Slowenen und Italiener innerhalb der Bundesgrenzen. Das dänische Herrscherhaus nahm für Holstein, das englische für Hannover und das holländische für Lauenburg an der Bundesversammlung teil. Der preußische König herrschte dagegen in Posen, Ost- und Westpreußen, der österreichische Monarch in Galizien und Lombardo-Venetien.

Der Wiener Kongress setzte die alten Regierungen in Spanien, Portugal, den Niederlanden, der Schweiz, Neapel-Sizilien, Piemont-Sardinien, Toskana, Modena, Parma, dem Kirchenstaat sowie in einigen nord- und mitteldeutschen Territorien wie Kurhessen, Braunschweig, Oldenburg, Hannover und den Hansestädten wieder in ihre Ämter ein. Nicht restauriert wurden dagegen in Italien die Republiken Venedig und Genua, in Deutschland die linksrheinischen ehemaligen Reichsstädte und die zwischen 1803 und 1806 säkularisierten und mediatisierten Territorien und Städte.

Die neu geschaffenen Staaten in Italien, Polen und Deutschland wurden aufgelöst und aufgeteilt. Österreich verlor seine ehemals vorderösterreichischen Gebiete und wuchs in Richtung Ost- und Südosteuropa. Es erwarb Salzburg und in Italien Venedig und die Lombardei, dazu die Sekundogenituren (Besitzrecht des zweitgeborenen Sohnes) Toskana, Modena und Parma. Dagegen verzichtete es zugunsten Badens auf seine Besitzungen am Oberrhein und zugunsten Hollands auf das heutige Belgien. Belgien war als Kompensation für Kolonialabtretungen (Ceylon, südafrikanische Kapkolonie, Singapur) an England gedacht. Der russische Zar wünschte seine polnischen Erwerbungen von 1807 und 1809 um die restlichen preußisch-polnischen Gebiete,

d. h. vor allem um das Großherzogtum Warschau zu erweitern. Preußen war zum Verzicht bereit, wollte dafür aber Sachsen annectieren. Der Kompromiss sah dann vor, dass Preußen Posen und Thorn behielt, Sachsen teilweise annectierte und außerdem seine früheren westlichen Landesteile im Rheinland vergrößerte und daraus die Rheinprovinz und Westfalen bilden konnte. Damit verlor Preußen Gebiete im Osten und wuchs im Westen nach Deutschland hinein, wo ihm nun auch die Aufgabe zufiel, die Grenzen des Deutschen Bundes gegenüber Frankreich zu sichern.

Frankreich war ein Zentralstaat, der Deutsche Bund ein lose organisierter Staatenbund.

### Arbeitsauftrag 3:

Freiherr von Stein stellte sich eine Nation als Einheit von Kultur, Sprache und Bildung vor, die von einem starken konstitutionellen Monarchen und einer bürgerlichen Volksvertretung geführt wurde. Trotzdem bekam Preußen bis 1849 keine Verfassung. Allerdings stellten regionale Landstände neben der landesherrlichen staatlichen Gewalt eine verfassungsrechtliche Komponente regionaler Selbstverwaltung dar.

Die Karlsbader Beschlüsse wurden in Preußen rigider umgesetzt als in den süddeutschen Staaten. Sie bildeten auch die Grundlage für eine weitgehende „Demagogenverfolgung“, die die Epoche der Restauration und Reaktion kennzeichnete. Besonders gründlich ging Preußen hierbei vor. Die Säuberungen trafen Männer wie den Bonner Professor für Geschichte Ernst Moritz Arndt, der schon zur Zeit der Befreiungskriege mit nationalen Kampfschriften und Liedern hervorgetreten war, oder den „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn, der die Körperertüchtigung als Mittel der vormilitärischen Ausbildung propagierte.

### Arbeitsauftrag 4:

Die Julirevolution in Frankreich und der erfolgreiche Kampf der Belgier für ihre Unabhängigkeit entfachte das Nationalgefühl der Polen, die seit den polnischen Teilungen auf die Selbstregierung verzichten mussten. Die Liberalen in vielen Teilen Europas solidarisierten sich mit den Polen, so auch deutsche Liberale auf dem Hambacher Fest 1832. Der Aufstand in Kongresspolen wurde von Russland blutig niedergeschlagen und das Land auf den Status einer russischen Provinz zurückgestuft. Preußen erfuhr die Auswirkungen der Julirevolution vor allem in seinen östlichen Landesteilen. Die Unterstützung, die der Aufstand in Kongresspolen von Posen aus fand, gab Anlass zur Grenzschießung, Truppenkonzentration und Unterstützung des russischen Heeres mit Nachschub und Transportmaterial. Gleichzeitig wurde die bisherige Sonderstellung der polnischen Provinzen Preußens abgebaut, obwohl es dort zu keinem offenen Aufstand gekommen war. Dadurch wurde nicht nur die Loyalität der Polen untergraben, sondern auch die Distanz des liberalen Bürgertums zum preußischen Staat vertieft, der nunmehr Reaktion statt Reform zu verkörpern schien. Posen besaß 1815 innerhalb Preußens einen Sonderstatus. Allerdings erhielten dort die Polen weitaus weniger Sonderrechte als in Kongresspolen, vor allem weil zu dieser Zeit neben 521 000 Polen auch 216 000 Deutsche und 50 000 Juden in der Provinz Posen lebten. So lag z. B. die Rechtsprechung meist in den Händen deutscher Richter, denen es oft an polnischen Sprachkenntnissen fehlte.

### Arbeitsauftrag 5:

Liberale kamen vor allem aus dem Besitzbürgertum, sie strebten die persönliche Freiheit an, nicht aber die politische Gleichheit. Sie vertraten die Meinung, dass derjenige, der mehr Steuern bezahlte, auch mehr Rechte bekommen sollte (Zensuswahlrecht). In der konstitutionellen Monarchie sahen sie einen Garanten für Recht und Ordnung.

Demokraten waren meist Handwerker und Arbeiter. Sie forderten nicht nur politische sondern auch soziale Gleichheit und die Einführung der Republik. Siebenpfeiffer (M4) fordert Volkssouveränität, politische Gleichheit und nationale Einheit, Büchner (M5) die Republik. Nach Hansemann (M6) birgt das Prinzip der Gleichheit (ähnliche äußere Erscheinung, mehr Nahrungsmittel für alle, Selbstbewusstsein durch Reisen, Bildung durch Allgemeinheit des Unterrichts) die Gefahr des Umsturzes.

## 1.2 Auf den Barrikaden – die Revolution von 1848/49

### Arbeitsauftrag 1:

Forderungen der Bauern: Abschaffung der Abgaben, Frondienste und adligen Vorrechte, unentgeltliche Schulbildung.

**M5:** Märzforderungen der Bauern werden in Südwestdeutschland weitgehend erfüllt.

### Arbeitsauftrag 2:

**M6:** Deutsche Einheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Schutz vor willkürlicher Verhaftung, Herabsetzung des Zensus, Gerichte mit Laienrichtern und öffentlichen Verhandlungen, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung statt auf die Person des Monarchen, Wehrdienst statt stehendes Heer, gesamtdeutsches Parlament.

**M7a:** Mindestlohn, Höchstarbeitszeit, Gewerkschaften, progressive Einkommenssteuer, unentgeltlicher Unterricht und Bibliotheken, keine Lehrlinge als billige Arbeitskräfte, Herabsetzung der Wählbarkeit, Freizügigkeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Errichtung von technischen Bildungseinrichtungen.

**M7b:** Soziale Grundrechte fehlen, Forderung nach Gewerkschaften, Drohung mit Fortsetzung der Revolution.

### Arbeitsauftrag 3:

Arneth (**M11a**) verlangte eine großdeutsche Lösung unter Einbeziehung des gesamten österreichischen Vielvölkerstaates. Ein Großdeutschland einschließlich der deutschen Teile Österreichs, wie es viele Abgeordnete der Paulskirche forderten, hätte das Ende der staatlichen Einheit der Donaumonarchie bedeutet. Eine Abgrenzung des deutschen Sprachraums war im Übrigen auch in den österreichischen Teilen des Deutschen Bundes nicht gegeben: In Böhmen teilte sich die deutsche Bevölkerung zur tschechischen im Verhältnis zwei zu drei. Ganz Südtirol, vom Brenner bis zum Gardasee, gehörte dem Deutschen Bund an. Die Forderung Welschtirols (südlicher Teil von Südtirol) nach Autonomie lehnte die Mehrheit der Abgeordneten empört ab. Hauptargument für die kleindeutsche Lösung waren dann die zentrifugalen Tendenzen in Österreich. Im Oktober 1848 war dort der dritte Aufstand (u. a. meuterndes Militär) blutig niedergeschlagen und der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung angehörende Robert Blum erschossen worden. Zuvor hatte es im Juli in Prag einen Slawenkongress, in Kroatien den Plan eines südslawischen Reiches, Krieg in Oberitalien und vor allem einen blutigen Krieg mit Ungarn (seit September 1848) gegeben.

Dahlmann (**M11b**) wollte ein kleindeutsches Preußendeutschland ohne Österreich.

Von Gagern (**M11c**) strebte nach einer kleindeutschen Lösung, die es Österreich erlauben würde, als Gesamtstaat bestehen zu bleiben aber mit Preußendeutschland in einem „innigsten Verband“, gemeint sind wohl u. a. Handelsverträge mit dem bisherigen Zollverein, verbunden zu bleiben. Der Kompromiss scheiterte am Widerstand Österreichs.

### Arbeitsauftrag 4:

Die Staatsform war zwischen Liberalen und Demokraten (vgl. Antwort zu Frage 5, S. 83 des Schülerbandes) umstritten, ebenso die Frage der Grenzen des zu schaffenden Nationalstaates. Die Nationalversammlung diskutierte zwar ausführlich über die nationale Frage, das Selbstbestimmungsrecht spielte bei der Gestaltung der nationalen Grenzen aber keine Rolle. Die Arbeiten an dem doppelten Ziel von Einheit und Freiheit verzögerten die Arbeit der Nationalversammlung so lange, bis sich die alten Mächte wieder formiert hatten.

### Arbeitsauftrag 5:

**M8:** Die bürgerliche Nationalversammlung wollte eine konstitutionelle Monarchie, Demokraten wie Struve die Republik. Struve fordert die Beseitigung der adligen Vorrechte, der „Tyrannei“ der Fürsten mit ihren Beamten („Blutegel“) in den Staaten des Deutschen Bundes. Aufruf zum zivilen Ungehorsam: Verweigerung aller Abgaben an Grundherrn, Staat und Kirche und zum Aufbruch und Kampf (Gefangennahme von Gendarmen, Amtsleuten, Grundherrn, Fürsten).

### Arbeitsauftrag 6:

In dem kleindeutschen Verfassungsentwurf mussten die Einzelstaaten auf beträchtliche Souveränitätsrechte verzichten. In Frankfurt wünschte man eine starke Reichsgewalt: Der „Kaiser der Deutschen“ sollte ein Erbkaiser sein, der erste Kaiser aber vom Parlament gewählt werden. Seine Aufgaben wären die Außenpolitik, der militärische Oberbefehl, die Entscheidung über Krieg und Frieden und das Recht gewesen, den Reichstag aufzulösen und zu entlassen, Die Einheit von Verkehr, Zöllen und Währung sowie eine einheitliche Reichspost sollten die Voraussetzung für einen reibungslosen Handel schaffen. Die Gesetzgebungsgewalt des Reichstags, der für alle Reichsbürger geltende Grundrechtskatalog und die Institutionen des Reichsverfassungsgerichts waren als das zentralstaatliche Element vorgesehen, das Staatshaus als das föderative, die Rechte der Länder berücksichtigende Gegengewicht. Die Erbmonarchie sollte den Charakter erhalten, den Ludwig Uhland in den Satz kleidete: „Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist.“ Der Kaiser sollte demnach zwar ein suspensives (aufschiebendes) Veto Beschlüsse des Reichstags bekommen, das aber unwirksam wurde, wenn es in drei Sitzungsperioden überstimmt wurde. Der Reichstag sollte aus zwei Kammern bestehen, dem Volkshaus (1. Kammer) und dem Staatshaus (2. Kammer). Beschlüssen mussten beide Kammern zustimmen. Die Abgeordneten des Volkshauses wären nach dem Prinzip der Mehrheitswahl im allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht von allen männlichen Deutschen mit einem Alter von mindestens 25 Jahren, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte waren, zu wählen gewesen. Sie hätten aber keine unmittelbare demokratische Kontrolle über die vom Kaiser ernannte Reichsregierung besessen. Zum Staatshaus sollten die Hälfte der 168 Abgeordneten von den 38 Länderregierungen die andere Hälfte von den Landtagen entsandt werden.

### Arbeitsauftrag 7:

Am 3. April 1849 trug die Kaiserdeputation der Frankfurter Nationalversammlung dem preußischen König die Kaiserkrone an. Friedrich Wilhelm IV. verlas eine von Ministerpräsident Brandenburg verfasste Rede, aus der man eine Ablehnung herauslesen konnte. Er hätte wohl eine ihm von den Fürsten angetragene Krone akzeptiert. Eine ihm vom Volk bzw. den Abgeordneten angetragene Krone wollte er nicht. Das Gottesgnadentum gehörte zu seinen Überzeugungen. Die Zugeständnisse, die er im März 1848 gab, waren nur zur zeitweiligen Besänftigung der Aufständischen gedacht. Der preußische König war darauf vorbereitet, mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und allenfalls bereit, seine absolute Monarchie durch eine konstitutionelle zu ersetzen. **M4** verdeutlicht, dass sich auch das Bürgertum in einer starken Monarchie, die den Bestrebungen der Demokraten nach sozialer Gleichheit entgegen wirkte, wohler fühlte als in einer parlamentarischen Monarchie oder einer Republik.

### Arbeitsauftrag 8:

Liberalen wollten eine konstitutionelle Monarchie, Demokraten die Republik. Die blutigen Straßenkämpfe (Reichsverfassungskampagne) im Frühjahr 1849 machten dem Bürgertum Angst, seinen Besitz und Einfluss zu verlieren. Eine starke Monarchie erschien ihm als das geringere Übel. Die Machtlosigkeit der provisorischen Regierung zeigte sich im Einmarsch preußischer Truppen nach Schleswig und besonders in deren Abzug nach der Intervention der „Heiligen Allianz“. Friedrich Wilhelm wollte keine Krone vom Volk.

Die Bauern, vor allem in Süddeutschland, hatten schon während der Märzrevolution die Abschaffung der Grundherrschaft erreicht, meist ohne Ablösezahlungen. Der Vielvölkerstaat Österreich wäre nach der Eingliederung seiner deutschen Teile in einen deutschen Nationalstaat zerfallen. Die Nationalversammlung nahm sich sehr viel Zeit für die Verabschiedung der Grundrechte und für die Diskussion von „Nationalitätenfrage“ anstatt sich frühzeitig um das zukünftige Regierungssystem zu kümmern. Einig sind sich alle Historiker darüber, dass in Deutschland das doppelte Ziel von Einheit und Freiheit unerreichbar war. Gemessen an den Zielen ihrer Träger scheiterten die Revolutionen von 1848 aber trotz Teilerfolgen überall in Europa, auch im französischen Zentralstaat.

### Arbeitsauftrag 9:

Erfolge der Nationalversammlung waren u. a. die Bildung von Fraktionen mit Kontakten zu politischen Klubs und die Verabschiedung eines Katalogs von Grundrechten mit Signalwirkung. Die Revolution gilt als Beginn der organisierten Arbeiterbewegung als auch der Frauenbewegung. Einzelstaatliche Verfassungen, z. B. in Preußen, blieben, wenn auch in modifizierter Form, erhalten. Auch die von den Bauern erkämpfte Abschaffung vieler Feudalrechte blieb bestehen. Die revolutionären Sturmjahre bildeten einen epochalen Einschnitt in die deutsche Geschichte. Sie prägten die universalen Ideen der Menschenrechte, der demokratischen Sozialordnung und der Gleichberechtigung aller Nationen bis heute. Die bürgerlich-demokratische Revolution leitete einen nicht mehr rückgängig zu machenden Prozess einer Erneuerung in allen Lebensbereichen ein. Erstmals eröffnete sich der Ausblick auf eine von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit bestimmte Gesellschaftsordnung. Erstmals wurden die Ideen der freiheitlich-parlamentarischen Demokratie, der Föderativrepublik, der Abschaffung aller sozialen Privilegien verkündet.

## 1.3 Die Einigung Deutschlands – durch Krieg statt durch Revolution

### Arbeitsauftrag 1:

Die Bismarcksche Reichsverfassung von 1871 war ein Kompromiss zwischen der konservativen Monarchie und dem Juniorpartner der nationalen und liberalen Bewegung des Bürgertums. Die Einzelstaaten behielten ihre eigenen Zuständigkeiten und Institutionen. Sie waren Träger des Justiz- und Schulwesens und führten mit ihrem Verwaltungsapparat die Reichsgesetze durch. Ihnen gegenüber stand die Kompetenz des Reiches, dessen alleinige Zuständigkeit die Militär- und Außenpolitik war. Gesetzgeberisch war der Bundesstaat darüber hinaus für Wirtschaft, Soziales und Justiz verantwortlich. Formal waren die „verbündeten Regierungen“ die Träger der Souveränität. Die eigentliche Aufgabe des Bundesrats bestand darin, durch seine Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gesetzgebung die Macht des gewählten Parlaments einzuschränken. Die Verfassung war ein kompliziertes Neben- und Gegeneinander von Reichstag, Bundestag und Regierung. Preußen hatte zwar, obwohl es etwa zwei Drittel des Reichsgebiets und der Reichsbevölkerung umfasste, im Bundesrat keine Mehrheit, aber es gab immer genügend Kleinstaaten, die mit ihm stimmten. Das „Präsidium des Bundes“ war der König von Preußen. Den Vorsitz im Bundesrat hatte der von ihm ernannte Reichskanzler inne. Der Reichstag konnte den Reichskanzler weder ernennen noch stürzen. Er war dem Reichstag gegenüber nicht verantwortlich und hing ausschließlich vom Vertrauen des Kaisers ab. Der Reichstag hatte drei bedeutende Kompetenzen: Er war an der Gesetzgebung beteiligt, ohne ihn gab es keine Gesetze, allerdings auch nicht gegen den Bundesrat oder de facto gegen den Kanzler und Preußen. Das zweite klassische Recht des Parlaments war das Budgetrecht. Das Parlament legte jährlich den Haushalt fest in Form eines Gesetzes. Die Ausgabenposten waren detailliert aufgeführt, auf jeden Einzelposten konnte der Reichstag Einfluss nehmen. Die Haushaltsdebatte wurde darum zur klassischen Debatte über sämtliche Bereiche der Regierungspolitik. Schließlich gab es noch ein drittes Recht des Reichstags in Form von Interpellationen (parlamentarischen Anfragen), die die Abgeordneten ausgiebig nutzten. Ein Misstrauensvotum gegen den Kanzler oder einen Minister gab es aber nicht. Die entscheidende Waffe, die Kaiser und Kanzler und Bundesrat in der Auseinandersetzung mit dem Reichstag zur Verfügung standen, war Auflösung und Neuwahl. Daraus entwickelte sich ein Instrument zur Einschüchterung des Parlaments und zur Änderung der Mehrheitsverhältnisse. Zur Paulskirchenverfassung vgl. Antwort zu Frage 6, S. 93. Auf den ersten Blick sind sich beide Verfassungen ähnlich. Beide Verfassungen hatten eine konstitutionelle Erbmonarchie zur Grundlage. Der Kaiser hatte jeweils das Recht, den Bundestag bzw. Reichstag einzuberufen und zu schließen. Er war Oberbefehlshaber des Heeres und übte die völkerrechtliche Vertretung des Reiches aus. Die Legislative bestand jeweils aus einer föderativ zusammengesetzten Kammer (Bundesrat) und einer im allgemeinen Wahlrecht gewählten Kammer (Reichstag/Volkshaus). Trotzdem gibt es Unterschiede: Der Verfassung von 1849 waren Grundrechte beigefügt, die Bismarckverfassung verzichtete darauf. Bei der 1849er-Verfassung hätten die Kammern des Reichstag die Gesetze selbstständig beschlossen und nur der Kaiser hätte ein suspensives (=aufschiebendes) Veto gehabt. 1871 hatte der Reichskanzler, der vom Kaiser ernannt und entlassen wurde, den Vorsitz im Bundesrat. Er handelte i.d.R. nicht gegen die Interessen des Kaisers. Außerdem wurden die Abgeordneten des Bundesrates von den Souveränen der Bundesstaaten gewählt, was zur Folge hatte, dass dort Männer saßen, deren Loyalität sich die Fürsten sicher sein konnten. 1848 wären die Hälfte der Abgeordneten des Staatshauses aus den einzelstaatlichen Parlamenten gekommen. Somit spielten 1871 der Kaiser und auch die Fürsten (also die Monarchen allgemein) eine wesentlich größere Rolle.

### Arbeitsauftrag 2:

1871 zusätzlich Elsass-Lothringen, Schleswig, Ostpreußen, Westpreußen, Posen. Nicht mehr Luxemburg, Böhmen und die deutschsprachigen Gebiete Österreichs.

1815 besaßen sowohl Preußen als auch Österreich Gebiete innerhalb und außerhalb der Bundesgrenzen. **M3** zeigt Preußen-Deutschland nach den preußischen Annexionen, die eine Arrondierung des zuvor zweigeteilten preußischen Staates bewirkten. In Schleswig lebte eine starke

dänische Minderheit, in Posen waren 70 Prozent der Bevölkerung Polen und die Bewohner des annektierten Elsass-Lothringens fühlten sich größtenteils als Franzosen und nicht als Deutsche. Der Verzicht auf Posen oder auch nur die rein polnischen Teile der Provinz – wie noch nach der Polendebatte der Paulskirche beschlossen – stand für die preußische Regierung nicht mehr zur Debatte. Auch die Liberalen in der Norddeutschen Bundesversammlung und später im Reichstag waren nicht gewillt, den ohnehin „kleindeutschen“ Zusammenschluss durch Gebietsabtretungen zu schmälern. Bismarck vertrat in der polnischen Frage die Idee der Einschmelzung des Polentums in den deutschen Staat (Assimilierung). Dem von den Polen beanspruchten ethnisch-sprachlichen Nationalitätenprinzip, das bei der Annexion Elsass-Lothringens zur Anwendung kam, stellte Bismarck in Posen den Begriff des preußischen „Volkes“, also den der Kulturnation gegenüber.

### Arbeitsauftrag 3:

Nach der Reichsgründung nahmen Industrie und Wirtschaft einen schnellen Aufschwung: Deutschland entwickelte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts von einem überwiegenden landwirtschaftlich ausgerichteten Staat zu einem industriell und großstädtisch geprägten Land. Zwischen 1871 und 1914 versechsfachte sich Deutschlands industrielle Produktion. Mit Einsetzen der „Gründerkrise“ 1873 stockte der wirtschaftliche Aufschwung zwischenzeitlich. Firmen- und Bankenzusammenbrüche, Niedergang von Handel und Gewerbe, ansteigende Arbeitslosigkeit und soziale Unzufriedenheit waren die unmittelbaren Folgen des konjunkturellen Einbruchs. Während der zwischen der Mitte der 1890er-Jahre bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs anhaltenden Hochkonjunktur entwickelte sich Deutschland zur größten Industriena-tion Europas: Sein Anteil an der Weltindustrieproduktion lag bei rund 15 Prozent, der britische Anteil bei 14 und der US-amerikanische bei 32 Prozent.

### Arbeitsauftrag 4:

Das Kaiserreich hatte bei den Reichstagswahlen das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht, aber die Regierung war dem Parlament nicht verantwortlich, sondern hing vom Wohlwollen des Kaisers ab. Das preußische Abgeordnetenhaus wurde bis 1918 nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt. Die Sozialdemokraten waren durch die Sozialistengesetze behindert, die katholische Kirche und das Zentrum durch den „Kulturkampf“. Die dominierende Stellung von Adel und Militär behinderte die Herausbildung einer zeitgemäßen Gesellschaftsordnung. Das Bürgertum stellte seine politischen Ansprüche zurück und koalierte mit den alten Mächten. Das galt auch für Lehrer und Beamenschaft, die dem Kaiser treu ergeben waren.

### Arbeitsauftrag 5:

Das „persönliche Regiment“ des Kaisers erzeugte vor allem in England Misstrauen und Ablehnung. Die Darstellung als Schlächter in **M9** zeigt den Grad der Betroffenheit über den von ihm verkörperten Militarismus. **M6** stellt ihn als Opfer ausländischer Interventionen dar.

### Arbeitsauftrag 6:

Bülow: Aggressives Eintreten für die eigenen Interessen, Förderung von Schifffahrt, Handel und Industrie. Hintergrund: Am bekanntesten ist wohl die Sozialimperialismustheorie von Hans-Ulrich Wehler. Danach führten Industrialisierung und technologischer Fortschritt zu Wachstums Krisen, die durch ökonomische Expansion (Waren- und Kapitalexport) entschärft werden konnten. Überproduktion und Konjunkturschwankungen verschärften die Angst vor einer Sozialrevolution, die durch Expansion nach außen verhindert werden sollte, um die Wirtschaft zu sanieren und die herkömmliche traditionelle Gesellschaftsordnung im Inneren zu stabilisieren. Sozialimperialismus verstand Wehler demnach als moderne Herrschaftstechnik, um den innenpolitischen sozialen Status quo durch Ablenkung nach außen zu stabilisieren. Für Bismarck mag das europäische Gleichgewicht, wie er es in einem am 15. Juni 1877 in Bad Kissin-

gen diktierten diplomatischen Aktenstück zur Balkankrise (Kissinger-Diktat) formuliert hatte, letztlich für seine Sinnesänderung zugunsten einer aktiven Kolonialpolitik entscheidend gewesen sein. Spürbare ökonomische Effekte erwartete er nicht. Bülow begründet den deutschen Imperialismus vor allem mit der Angst, sonst im Welthandel benachteiligt zu sein. Die populäre Machterweiterung nach außen war aber auch ein Baustein seiner persönlichen Herrschaftssicherung.

Kolonien in Südostasien waren u. a. das 1885 erworbene Nord-Neuguinea (Kaiser-Wilhelm-Land), die davor gelegenen Inselgruppe (Bismarck-Archipel) und das von China 1898 gepachtete Kiautschou.

### Arbeitsauftrag 7:

Der Kaiser war Oberbefehlshaber von Armee und Flotte. Die Soldaten waren auf ihn vereidigt. Wilhelm II. betonte in vielen – zum Teil überaus taktlosen – Reden dieses Abhängigkeitsverhältnis. Er zeigte sich gern in Uniform, selbst die Kinder waren im Kaiserreich oft militärisch gekleidet, zum Teil in den damals populären Matrosenanzügen. Die Rolle des Heeres und des Offizierskorps war konservativ geprägt innerhalb einer sich rasant verändernden Gesellschaft. Ihre Ideale waren Monarchie, Patriotismus, Kampf gegen sozialdemokratische Tendenzen, Aufrechterhaltung der hierarchischen Ordnungen. Damit zeigt sich die auf den monarchistischen Obrigkeitsstaat ausgerichtete und hier geforderte Haltung der Offiziere, die im aktiven Dienst und als Reserveoffiziere diese Wertvorstellungen in die Gesellschaft tragen und verbreiten sollten. Die ablehnende Einstellung gegenüber allen demokratischen, liberalen oder gar sozialistischen Vorstellungen bildete eine schwere Hypothek für die spätere Weimarer Republik. Auch schon im Kaiserreich wurde die Bewunderung für alles Militärische zu einer Belastung für eine angemessene Auseinandersetzung mit politischen und sozialen Konflikten.

### Arbeitsauftrag 8:

Individuelle Schülerlösungen.

Zum Hintergrund: Bismarck sah seine konservative Ordnung vor allem durch den Internationalismus der sozialistischen Bewegung bedroht. Ihr revolutionäres Potential wollte er möglichst im Ansatz ersticken. Dabei unterschätzte er die Willenskraft und den Organisationsgrad seiner Gegner. Maßnahmen des Sozialistengesetzes waren zwar für das einzelne Mitglied der Sozialdemokratie einschneidend, sie vermochten die Partei aber nicht dauerhaft zu schädigen. Das undemokratische obrigkeitsstaatliche Vorgehen zeigte sich darin, dass Bespitzelung und Einschüchterung durch die Polizeibehörden an der Tagesordnung waren.

Darüber hinaus wollte Bismarck den traditionellen Einfluss der Kirche einschränken. Er fürchtete, wohl nicht zu Unrecht, die Einmischung der katholischen Kirche in die Innenpolitik des noch nicht sehr gefestigten zweiten deutschen Kaiserreichs. Deshalb versuchte er mit dem „Kanzelparagrafen“ jegliche Form der Kommentierung seiner Politik seitens der katholischen Kirche zu verhindern. Ein Teil der Bismarckschen Maßnahmen galt aber auch für die protestantische Kirche. Die Kirchen wurden auf die Verkündung des Christentums und auf karitative Tätigkeiten verwiesen, auf darüber hinausgehende Aufgaben sollten sie verzichten. Bismarck wollte die Gesellschaft dadurch enger an den Staat binden. Die Reichstagswahlergebnisse zeigen, dass das Zentrum kurzfristig, die SPD langfristig als Sieger hervorging. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie scheiterte, die Kirchen verloren dagegen erheblichen Einfluss, u. a. im Schulwesen und bei standesamtlichen Maßnahmen.

## 2.1 Zwischen Räterepublik und parlamentarischer Monarchie

### Arbeitsauftrag 1:

**29.09.1918:** Die OHL gesteht die militärische Niederlage ein und fordert Waffenstillstandsverhandlungen.

**Ende Oktober 1918:** Matrosen meutern gegen den Befehl der Flottenführung, zu einem letzten Gefecht gegen die Engländer auszulaufen.

**Anfang November 1918:** Unruhen und Aufstände in den Küstenstädten breiten sich über das gesamte Land aus. Überall werden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet.

**09.11.:** Zunächst wird der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert neuer Reichskanzler, später rufen sowohl Philipp Scheidemann (SPD) als auch Karl Liebknecht die Republik aus.

**10.11.:** Der Rat der Volksbeauftragten mit drei Vertretern der SPD und drei des rechten Flügels der USPD fungiert als Übergangsregierung. Kaiser Wilhelm II. flieht in die Niederlande.

**11.11.:** Im französischen Compiègne wird der Waffenstillstand unterschrieben.

**14.11.:** Um die Rückführung des Heeres und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten, arbeiten Reichsregierung und OHL zusammen (Ebert-Groener-Bündnis).

**15.11.:** Die Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wird gegründet, wichtige sozialpolitische Grundlagen werden festgelegt (z. B. kollektiver Arbeitsvertrag, Achtstundentag).

**16.–20.12.:** Der Deutsche Rätekongress in Berlin lehnt das Räteystem als politische Ordnung des Reiches ab und beschließt die Wahl der Nationalversammlung.

**01.01.1919:** Die KPD wird unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aus dem bis dahin bestehenden Spartakusbund gegründet.

**06.–15.01.:** Spartakusaufstand von Kommunisten und USPD.

**15.01.:** Luxemburg und Liebknecht werden von Freikorpsoffizieren ermordet.

**18.01.:** Die Friedenskonferenz in Versailles wird ohne deutsche Vertreter eröffnet.

**19.01.:** Die Nationalversammlung wird gewählt. Frauen besitzen das aktive und passive Wahlrecht.

### Arbeitsauftrag 2:

**M10:** Annahme der als hart empfundenen Waffenstillstandsbedingungen; Sicherung des Wirtschaftslebens; Sicherung des sozialen Friedens.

### Arbeitsauftrag 3:

Um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten und einen drohenden blutigen Bürgerkrieg nach russischem Vorbild zu vermeiden, schlossen der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert und General Wilhelm Groener am 10. November ein Bündnis. Während Groener der neuen Regierung Loyalität und militärische Unterstützung der OHL zusicherte, garantierte Ebert Mithilfe bei der Aufrechterhaltung der militärischen Hierarchien, vor allem der Kommandogewalt der Offiziere. Ebert ging es um die Absicherung der Verfassungsreform vom Oktober 1918. Ebert war bereit, mit den alten Machteliten zusammenzuarbeiten, um die dringendsten sozialen und ökonomischen Probleme zu lösen. Er wollte Ruhe, Ordnung und innere Sicherheit wahren, revolutionäre Unruhen vermeiden und die Ernährungslage stabilisieren. Die sozialen Ziele sollten durch demokratische Reformen verwirklicht werden.

### Arbeitsauftrag 4:

Ebert schob die Sozialisierung zunächst auf **(M10)**, später hatten SPD und KPD zusammen keine Reichstagsmehrheiten, um eine Sozialisierung durchführen zu können. Das Ebert-Groener-Bündnis sicherte dem Militär die Beibehaltung der bisherigen Führungsstrukturen zu, im Stinnes-Legien-Pakt wurden schon früh die Weichen so gestellt, dass die rheinisch-westfälischen

Schwerindustriellen – auch sie Säulen des kaiserlichen Obrigkeitsstaates – von Enteignungen verschont blieben.

### Arbeitsauftrag 5:

**M12a:** Starke Zentralgewalt muss durch Wahlen legitimiert sein; Arbeiter- und Soldatenräte drücken nur einen Teilwillen der Bevölkerung aus. Cohen-Reuss lehnt das Rätssystem ab.

**M12b:** Das parlamentarische System ist ein bürgerliches System. Die Gewerkschaften verdrängen die Arbeiterräte. Die russische Rätediktatur muss nicht auf Deutschland übertragen werden. Fehler der Räte während der Zeit ihrer Entstehung („Kinderkrankheiten“) müssen sich nicht wiederholen. Das parlamentarische System ist kaum mehr als eine Fortsetzung des politischen Systems des Kaiserreichs. Däumig plädiert für ein modifiziertes Rätssystem.

### Arbeitsauftrag 6:

Abgeordnete des pazifistischen linken Flügels der SPD gründeten in Gotha im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Mit Beginn der Novemberrevolution fand eine kurzfristige Einigung der beiden verfeindeten sozialdemokratischen Parteien statt. Gemeinsam übernahmen sie Regierungsverantwortung. Die SPD verfolgte mit dem Ebert-Groener-Bündnis und dem Stinnes-Legien-Pakt die ihr notwendig erscheinende Realpolitik. Die USPD-Volksbeauftragten verließen das Gremium bereits wieder im Dezember 1918. Gleichzeitig mit dem Bruch zwischen USPD und SPD vollzog sich mit der Gründung der KPD zur Jahreswende 1918/19 die Abspaltung des linksradikalen Spartakusbunds von der USPD unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die eine Rätediktatur nach sowjetrussischem Vorbild anstrebten. Die Mitglieder der USPD traten entgegen der KPD-Anhängerschaft mit überwältigender Mehrheit für die Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ein. Eine Mehrheit in der USPD bekannte sich trotz Teilnahme an den Wahlen aber weiterhin nicht zur parlamentarischen Demokratie, sondern zum Rätssystem. 1920 vereinigte sich die USPD-Linke mit der KPD. Die politischen Positionen der USPD und der SPD näherten sich im Laufe der nächsten zwei Jahre zunehmend an, da die USPD-Führung dem sozialistischen Sonderweg der Partei immer weniger Erfolgsaussichten einräumte. Am 24. September 1922 schlossen sich beide Parteien wieder zusammen.

### Arbeitsauftrag 7:

Die KPD strebte die Errichtung einer bolschewistischen Rätediktatur nach sowjetischem Vorbild an. Sie lehnte das parlamentarische System ab. Die von der KPD entfesselten Hetzkampagnen gegen Demokratie und das „herrschende Finanzkapital“ trugen zum Untergang der Demokratie bei.

Die SPD setzte sich während der Revolutionsphase für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung ein. Sie bewegte sich später in einem fortwährenden Spagat zwischen pragmatischer Kompromissbereitschaft und Verantwortung sowie sozialistischer Programmatik. Letzteres führte dazu, dass es ihr nicht gelang, ihre Anhängerschaft über das sozialdemokratische Milieu hinaus auszudehnen.

Die Zentrumspartei verstand sich als politische Interessenvertreterin der katholischen Bevölkerung und als Befürworterin eines starken Föderalismus. Unter der Führung Erzbergers bekannte sie sich zum republikanischen Verfassungsstaat. Danach war ihr Kurs nicht einheitlich: Anhänger des linken Flügels befürworteten den Ausbau des Sozialstaats und die außenpolitische Verständigung, die des rechten Flügels eine obrigkeitstaatlich orientierte Innen- und eine revisionistische, nationalbetonte Außenpolitik.

Die DNVP als Repräsentanz des konservativ-monarchistischen Lagers bekämpfte das demokratische System und die mit dem Versailler Vertrag etablierte internationale Ordnung. Sie vertrat die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen von Großgrundbesitzern und Großindustriellen. Nach anfänglicher begrenzter Kooperation radikalisierte sie sich unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden Hugenberg, der ihre republikfeindliche und antisemitische Ausrichtung intensivierte.

Die DDP stand auf dem Boden der demokratischen Ordnung. Die in Bildungsbürgertum und Mittelstand verankerte Partei forderte die strikte Trennung von Staat und Kirche und eine Begrenzung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Sie strebte einen Ausgleich zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen an.

Die DVP stand dem neuen Staat indifferent bis ablehnend gegenüber. Sie vertrat vornehmlich die Interessen des Großbürgertums und des gewerblichen Mittelstands. Politisch noch stark der Gedankenwelt des Obrigkeitsstaats und der Monarchie verhaftet, befürwortete sie den Aufbau eines starken Zentralstaates. Außenpolitisch strebte sie eine Revision des Versailler Vertrags an. Unter dem Vorsitz Stresemanns arrangierte sich die Partei mit dem demokratischen System und schwenkte auf einen Kurs der Verständigung mit den Siegermächten ein. Nach Stresemanns Tod näherte sich die Partei dem rechten Parteienspektrum an.

Die NSDAP versuchte mit nationalistischen und antisemitischen Protest- und Gewaltaktionen gegen den Versailler Vertrag und die Weimarer „Erfüllungspolitiker“ die in konservativen Kreisen verbreitete systemfeindliche Stimmung zu unterstützen und das demokratische System zu unterminieren. Ihre antisemitische und antikapitalistische Agitation fand erst nach der Verunsicherung und sozialen Verelendung breiter Bevölkerungskreise während der Weltwirtschaftskrise breites Gehör.

### Arbeitsauftrag 8:

Durch Art. 48, dem Notstandsparagraph, war der Reichspräsident an der Gesetzgebung beteiligt. Er konnte den Reichstag auflösen (Art. 25). Er kontrollierte die Regierung (Art. 53) durch Ernennung und Entlassung von Kanzler und Ministern. Er war Oberbefehlshaber aller Streitkräfte (Art. 47). Er wurde direkt vom Volk für sieben Jahre gewählt und konnte beliebig oft wiedergewählt werden. Die Reichsregierung hatte eine schwache Stellung, da sie vom Reichstag durch das einfache Misstrauensvotum und vom Reichspräsident durch dessen Vertrauen abhängig war.

Dazu kommt die unrühmliche Rolle des zweiten Reichspräsidenten Hindenburg in der OHL und als Miturheber der „Dolchstoßlegende“. Einerseits übte Hindenburg sein Amt im Wesentlichen verfassungskonform aus. Aber er nahm auch häufig auf Regierungsbildungen Einfluss und bevorzugte dort konservative Politiker. Es gibt darüber hinaus eine Vielzahl von Beispielen, die belegen, dass Hindenburg nicht vorbehaltlos für die parlamentarisch-repräsentative Republik trat und darin von seiner „Kamarilla“ (u. a. Otto Meißner, Otto von Hindenburg, Elard von Oldenburg-Januschau, Kurt von Schleicher) bestärkt wurde. Am häufigsten wird die Ernennung Hitlers durch Hindenburg diskutiert. Die Reichsverfassung zwang den Reichspräsidenten keineswegs, den Chef der stärksten Partei im Reichstag zum Kanzler zu ernennen. Hindenburg war frei in der Auswahl, entschied sich aber dafür, eine Regierung zu bilden, die auf den nationalsozialistisch dominierten Reichstag Rücksicht nahm.

## 2.2 Belastungen und Umbrüche

### Arbeitsauftrag 1:

**06. – 15.1.1919:** Spartakusaufstand von Kommunisten und USPD. In Berlin kommt es zum Generalstreik und zu Straßenkämpfen. Der Aufstand wird von Reichswehrtruppen und Freikorps unter dem Oberbefehl des Volksbeauftragten Gustav Noske (SPD) niedergeschlagen.

**März/April 1919:** Es kommt zu erneuten Unruhen in vielen großen Städten. Eine in München errichtete Räterepublik wird von Freikorps zerschlagen.

**13. – 17. 3. 1920:** In Berlin besetzt ein Freikorps unter Wolfgang Kapp und General Walter von Lüttwitz das Regierungsviertel. Der „Kapp-Putsch“ scheidet jedoch vor allem am passiven Widerstand der Ministerialbeamten und an einem Generalstreik der Bevölkerung. Danach kommt es zu einer kommunistischen Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet. Deswegen besetzt Frankreich u. a. Frankfurt und Darmstadt.

**Januar 1923:** Aufgrund nicht erbrachter Reparationsleistungen besetzen französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet. Der von der Reichsregierung ausgerufene und finanziell unterstützte passive Widerstand gegen die Besetzung führt in den kommenden Monaten zu einer Hyperinflation.

**09.11.1923:** In München scheidet ein Putschversuch der NSDAP. Hitler hatte im Bündnis mit General Erich Ludendorff die bayerische Regierung wie auch die Reichsregierung für abgesetzt erklärt.

### Arbeitsauftrag 2:

Umfangreiche Gebietsabtretungen sowohl im Westen als auch im Osten. Das Deutsche Reich musste etwa ein Siebentel seines Territoriums mit einem Zehntel seiner Bevölkerung abtreten. Damit gingen etwa 50 Prozent der Eisenerzvorkommen, 25 Prozent der Steinkohlereserven und 17 Prozent der Kartoffelernte verloren.

Deutschland musste die allgemeine Wehrpflicht abschaffen. Das Heer wurde auf 100 000 Mann, die Marine auf 25 000 Mann beschränkt.

Die westliche Rheingrenze wurde dauerhaft demilitarisiert und von den westlichen Siegern maximal 15 Jahre lang besetzt. Dazu gehörten auch die östlich des Rheins gelegenen Brückenköpfe Kehl, Mainz, Koblenz und Köln. Darüber hinaus wurde ein 50 km breiter Streifen rechts des Rheins zur demilitarisierten Zone erklärt. Weiterhin wurde Deutschland zu Reparationsleistungen verpflichtet. Dazu zählten Sachleistungen wie z. B. 60 Prozent der deutschen Kohleförderung, 90 Prozent der Handelsflotte, Lokomotiven und Waggons. Dazu kamen in ihrer Höhe noch nicht festgelegte Geldleistungen. Zu den Vertragsbestimmungen gehörte auch der § 231, der Deutschland zum Alleinschuldigen am Krieg erklärte. Dies war die juristische Begründung der Reparationsforderungen. Vor allem wegen dieses „Kriegsschuldartikels“ wurde der Versailler Vertrag von der äußersten Rechten bis hin zu den bürgerlichen Parteien als ein „Diktat“ und „Schandfrieden“ abgelehnt.

### Arbeitsauftrag 3:

Die Machtverhältnisse im Reichstag waren derart instabil, dass die Republik sechzehn Reichsregierungen erlebte, durchschnittlich alle achteinhalb Monate eine neue. Dies führte fast zwangsläufig zu Vorurteilen gegenüber jeder Form von „Parteiherrschaft“. Durch die Schwäche der gemäßigten Regierungen neigten viele Wähler extremen Parteien zu, die autoritäre Machtausübung versprachen. Auch absurde Theorien wie die der Dolchstoßlegende (**M4a**) fanden eine breite Anhängerschaft. Dass der Krieg eindeutig, vor allem aufgrund des amerikanischen Kriegseintritts, auf dem Schlachtfeld verloren ging, (**M4b**), wurde verdrängt. Durch die formale Anerkennung der deutschen Alleinschuld am Krieg mit dem Versailler Vertrag herrschte das Gefühl vor, einem ungerechten Gewaltakt wehrlos ausgeliefert zu sein.

Die bürgerliche Mittelschicht lehnte den demokratischen Staat weitgehend ab. Viele Menschen, die durch die Inflation faktisch „enteignet“ worden waren, lebten in einem permanen-

ten Krisenbewusstsein und öffneten sich gegenüber antidemokratischer Propaganda: Für die wirtschaftliche Katastrophe wurden in aller Regel Demokratie und Republik verantwortlich gemacht. Selbst die Beamtenschaft hatte ihre Schwierigkeiten mit dem Gegenwartsstaat: Für eine große Mehrzahl unter ihnen waren Monarchismus und konservative Staatsauffassung „selbstverständliche Standeskennzeichen“.

Die Karikatur **(M3)** aus der traditionsreichen satirischen Zeitschrift „Simplicissimus“ stellte die „Entscheidungssituation“ Deutschlands vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrags dar. Lloyd George (Großbritannien) hält den Vertragstext in beiden Händen. Clemenceau (Frankreich) hält eine Augenbinde bereit, Wilson (USA) lässt resigniert beide Hände sinken, während das durch den Vertrag verurteilte Deutschland mit gebundenen Händen auf die Hinrichtung wartet. Die Guillotine spielt auf die Hinrichtungsmaschine der Französischen Revolution an, der Text verweist auf das in den 14 Punkten Wilsons festgelegte Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts“. Aus deutscher Sicht wurde dieses Prinzip im Versailler Vertrag als Mittel zur Ausplünderung Deutschlands gesehen.

### Arbeitsauftrag 4:

Die Dolchstoßlegende war eine von führenden Vertretern der OHL initiierte Verschwörungstheorie: Das deutsche Heer sei im Felde unbesiegt, aber von hinten, aus der Heimat heraus, mit „einem Dolchstoß“ erledigt worden. Gemeint war damit die angeblich zu geringe Unterstützung der kämpfenden Truppen. Der Vorwurf richtete sich vor allem gegen die am 3. Oktober 1918 gebildete parlamentarische Regierung, aber auch gegen Parlamentarismus und Demokratie überhaupt. Besonders verhängnisvoll war die Aussage des Feldmarschalls Paul von Hindenburg vor einem Untersuchungsausschuss des Parlaments am 18. November 1919 **(M4a)**. Hindenburg täuschte damit bewusst die Öffentlichkeit, denn er selbst hatte zusammen mit der Obersten Heeresleitung im Oktober 1918 die ultimative Forderung nach einem Waffenstillstandsgesuch erhoben, mit der Feststellung, die militärische Niederlage sei unabwendbar. Das Ersuchen um Waffenstillstand und später den Friedensschluss zu den als schmachvoll empfundenen Bedingungen des „Diktats von Versailles“ überließen die Militärs den Politikern der damaligen Opposition und späteren Regierung der Weimarer Koalition. Die Legende diente als Propagandainstrument gegen die Novemberrevolution, den Versailler Vertrag, die Parteien der Weimarer Koalition und die Weimarer Verfassung. Sie gilt als bewusst konstruierte Geschichtsfälschung und Rechtfertigungsideologie der militärischen und konservativen Eliten des Kaiserreichs und lieferte dem Nationalsozialismus wichtige Propagandaargumente. Die Metapher vom „Dolchstoß von hinten“ wurde vermutlich erstmals in einem Artikel in der Neuen Züricher Zeitung vom 17. Dezember 1918 unter Berufung auf den britischen General Frederick Maurice verwendet. Ludendorff erwähnte in seinen Erinnerungen ein angebliches Tischgespräch mit General Neill Malcolm im Juli 1919, bei dem er ihm die Gründe der deutschen Niederlage erläutern habe, worauf Malcolm zurückgefragt habe: „You mean that you were stabbed in the back?“ Hindenburg behauptete in seiner Aussage vor dem „Untersuchungsausschuss für Schuldfragen“ im Reichstag ebenfalls, ein englischer General habe gesagt: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Die Verwendung des Ausdrucks wurde jedoch von beiden Briten heftig bestritten. Payer **(M4b)** beschreibt die ausschließlich militärische Niederlage (verlustreicher Stellungskrieg, zahlenmäßige Überlegenheit des Gegners, besser ausgerüstete und mit Nahrungsmitteln versorgte gegnerische Truppen, Kriegseintritt der Amerikaner, Scheitern des U-Bootkrieges, keine mit den englischen Panzern vergleichbaren Waffen), nennt als Gründe der Niederlage aber auch die gedrückte Stimmung in Heer und Bevölkerung, das fehlende Vertrauen in die OHL und das überstürzte durch die OHL bewirkte Ersuchen nach einem Waffenstillstand.

### Arbeitsauftrag 5:

Der Abbruch des „Ruhrkampfes“ seitens der Großen Koalition Stresemanns erfolgte aus Vernunftgründen ohne Alternative. Der passive Widerstand war auf Dauer nicht zu finanzieren. Das Beenden dieses passiven Widerstandes wurde von rechten Kreisen als Einknicken vor dem Feind bewertet und propagandistisch ausgeschlachtet. Führende Politiker wurden als Verräter und Feiglinge denunziert.

Die Hyperinflation, die auch mit den Folgen des „Ruhrkampfes „ zu tun hat, bereitete insofern auch der NS-Bewegung den Weg, da vor allem weite Teile des Mittelstandes finanziell ruiniert, politisch haltlos und für radikale Lösungen anfällig wurden.

### Arbeitsauftrag 6:

Die Ursachen der Inflation in den ersten Jahren der Weimarer Republik waren bereits während des Ersten Weltkriegs begründet worden: Zur Kriegsfinanzierung war die Geldmenge stark aufgebläht worden, gleichzeitig entstand durch die Produktion von Kriegs- statt Zivilgütern eine Warenknappheit. Eine weitere Erhöhung der Staatsschulden war nach dem Krieg notwendig: Kriegsversehrte und Arbeitslose mussten mit Geld unterstützt werden, die Kriegswirtschaft erst mühsam wieder auf die Produktion ziviler Investitions- und insbesondere Konsumgüter zur Überwindung der Warenknappheit umgestellt werden. Ferner mussten die Kriegsanleihen zurückbezahlt werden. Um die Haushaltslücken zu stopfen, musste der Staat Kredite bei der Reichsbank aufnehmen. Alle Dämme brachen schließlich mit dem „Ruhrkampf“ seit Januar 1923, als die Industrieproduktion an der Ruhr massiv sank und die Reichsregierung den passiven Widerstand durch eine Ausweitung des Druckes von Papiergeld finanzierte. Da nun jegliches Vertrauen in die Mark verloren war und daher jedermann jede empfangene Mark schnellstmöglich in Sachwerte anlegte, stieg die Umschlagshäufigkeit auf eine zuvor unbekannte Höhe. Im Oktober 1923 deckten die Steuereinkünfte des Staates nur noch 1 Prozent der Reichsausgaben.

Die Verlierer einer Inflation waren Sparer, alle Gläubiger und die Bezieher von Löhnen und Gehältern oder von Mieteinnahmen, die sich der Inflation nur zeitverzögert anpassten. Teile des Mittelstandes verarmten. Sie wurden zu Gegnern der Republik. Gewinner waren Schuldner, auch der Staat, der nun schuldenfrei war. Gewinner waren auch diejenigen, die die Entwicklung der Inflation vorausahnten und, möglichst auf Kredit rechtzeitig Sachwerte wie Unternehmen, Grund und Boden oder dauerhafte Konsumgüter kauften oder, wie viele Landwirte, alte Schulden nun mit wertlosem Papiergeld bedienten.

**M5:** Preissteigerungen u. a. bei Nahrungsmitteln, die Bevölkerung wird von den Bauern ausgebeutet, Kurzarbeiter und Erwerbslose sind von der Hungersnot besonders betroffen, Mangel an Zahlungsmitteln, die von Händlern akzeptiert werden.

## 2.3 Die „goldenen“ Jahre der Republik

### Arbeitsauftrag 1:

**M6:** SPD stellt sich nicht grundsätzlich gegen Rationalisierungen, diese müssten aber mit einer Steigerung der Reallöhne einhergehen. Um Arbeitsplätze zu erhalten und gleichzeitig höhere Reallöhne zu erzielen, sei eine Belebung der Märkte für Industrieprodukte notwendig, also die Erhöhung der Nachfrage.

**M9a:** Die ersten Nachkriegsjahre waren durch den Übergang von der Kriegswirtschaft auf die Friedensproduktion gekennzeichnet. Von zentralem Interesse war dabei die Wiedereingliederung der zurückkehrenden Soldaten in den Wirtschaftsprozess. Neben der Einführung des Achtstundentags gelang das vor allem durch die Inflation, die vorgezogene Investitionen und Konsumgüterkäufe begünstigte. Durch sinkende Wechselkurse konnten deutsche Produkte zu Dumpingpreisen ins Ausland exportiert werden. Während die Produktionszahlen von Landwirtschaft und Industrie anzogen, herrschte bei den Arbeitnehmern nahezu Vollbeschäftigung. Dieser inflationsbedingte Nachkriegseffekt wirkte nicht lange. Der völlige Zusammenbruch der Währung 1923 und der Rückgang der Produktion stürzten Deutschland erneut in eine schwere wirtschaftliche Krise. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets war die Wirtschaft im übrigen Deutschland von ihren wichtigsten Energie- und Rohstoffquellen abgeschnitten. Der Wirtschaftskrise folgte nach der Währungsreform und der Verabschiedung des Dawes-Plans 1924 eine Phase des Aufschwungs. Ausländische Kredite und Investitionen ermöglichten die Einführung modernster Technologien. Technischer Fortschritt und Rationalisierung des Arbeitsprozesses begünstigten die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Sie erhöhten aber die Arbeitslosigkeit. Die Weltwirtschaftskrise beendete die wirtschaftliche Erholung.

**M10:** Frauenarbeit, weil Ehemann arbeitslos. Trotz des Achtstunden-Arbeitstages ist der Arbeitstag aufgrund der langen Wegezeiten überaus mühsam. Doppelbelastung am Arbeitsplatz und im Haushalt. Der arbeitslose Ehemann scheint im Haushalt keine Hilfe zu leisten. Trotz der Belastungen Besuch von Partei- und Gewerkschaftsversammlungen.

### Arbeitsauftrag 2:

**M1:** Im Stil der dem Expressionismus folgenden „Neuen Sachlichkeit“ ist das Nachtleben in einer Großstadt dargestellt. Auf der Mitteltafel ist das Innere einer Tanzbar zu sehen. Auf der linken Seite spielt eine Jazz-Band. Auf der rechten Seite sitzen und stehen die Wohlhabenden. Beide Gruppen werden durch ein tanzendes Paar verbunden. Auf dem linken Flügel sieht man mehrere Frauen auf einer Straße unter einer Brücke vor dem rot erleuchteten Eingang der Bar. Sie sehen über zwei Männer, einer auf dem Boden liegend, der andere ein Kriegskrüppel, verächtlich hinweg. Die Männer werden von einem Hund bedrängt. Der rechte Flügel wird beherrscht von einer Gruppe von Frauen, die an einem weiteren Kriegskrüppel achtlos vorbei gehen. Das Bild verdeutlicht das neuerwachte Lebensgefühl der „goldenen zwanziger Jahre“, aber auch den Egoismus der Wohlhabenden und die Ignoranz gegenüber sozialen Problemen.

**M4:** „Stützen der Gesellschaft“, ebenfalls im Stil der Neuen Sachlichkeit ist ein 1926 entstandenes Ölgemälde von George Grosz. Als Stützen der Gesellschaft stellt der Maler typisierte Repräsentanten gesellschaftlicher Eliten der Weimarer Republik in einer Art Collage zusammen. Die physiognomischen Merkmale und die zugefügten Attribute machen deutlich, dass es sich bei diesem „modernen Historienbild“ um eine gesellschaftskritische Allegorie handelt. Im Vordergrund befindet sich ein „Alter Herr“ mit Schmiss und blindem Monokel als Corpsbruder einer schlagenden Verbindung mit Bierseidel und Florett. Grosz bringt das schwarz-rot-goldene Band der Studentenverbindung in engen Kontakt zu dem Hakenkreuz als Krawattennadel. Der seinem aufgesägten Schädel entspringende Reiter mit kaiserlichem Wimpel an der Lanze weist ihn als Kavallerie-Offizier des Ersten Weltkriegs aus. Die Paragrafenzeichen kennzeichnen ihn als Juristen. Er ist aber nicht nur blind, sondern auch taub. Über dem Vatermörder, dem steifen Stehkragen, fehlt das Ohr.

Der Mann vorn links, ein Journalist, trägt die Züge Alfred Hugenbergs (Mitbegründer der Alldeutschen Partei, führendes Mitglied der DNVP – seit 1928 Parteivorsitzender – und Herr über

einen mächtigen Medienkonzern von Tageszeitungen, Nachrichtenbüros und Filmunternehmen). Der Nachttopf auf dem Kopf symbolisiert beschränkte geistige Zurechnungsfähigkeit. Der Journalist trägt in der Hand als Zeichen der Friedfertigkeit den Palmwedel, ein wenig rot angemalt, unter dem Arm das „8-Uhr-Abendblatt“ und den „Berliner Lokal-Anzeiger“, die „Deutsche Zeitung“ und die „BZ“ mit typischen zeitgenössischen Schlagzeilen: „Neuer grausiger Kindermord in Schlesien“, „Die morgigen Kommunisten-Demonstrationen. Ausreichender Polizeischutz“, „Starker Rückgang der Konkurse“, „Bleibt der Bubikopf?“.

Der feiste Mann (rechts hinter dem Journalisten), in dessen aufgeschnittenem Kopf sich nichts als dampfende Exkremate befinden, dürfte – darauf weist sein auf den Reichstag gestützter linker Arm hin – ein Parlamentarier sein.

Ein als versoffenes Subjekt dargestellter Geistlicher predigt scheinheilig Frieden und duldet hinter seinem Rücken Mord und Totschlag durch Uniformierte mit Säbel und Handgranate, angeführt von einem Monokel und Orden tragenden Offizier der monarchisch gesonnenen Reichswehr, Revolver im Anschlag und blutbefleckten Säbel über der Schulter. Den Hintergrund bildet ein im Bürgerkrieg in Brand gesetztes Haus.

### Arbeitsauftrag 3:

**M7:** Nach wie vor dominiert in Militär und Beamtschaft der demokratiefeindliche Geist des Kaiserreichs. Die alten Machteliten aus der Kaiserzeit konnten an vielen Stellen ihre Machtposition wahren. Dies zeigt nicht zuletzt die Wahl des ehemaligen Generalfeldmarschalls Hindenburg zum neuen Reichspräsidenten der Republik.

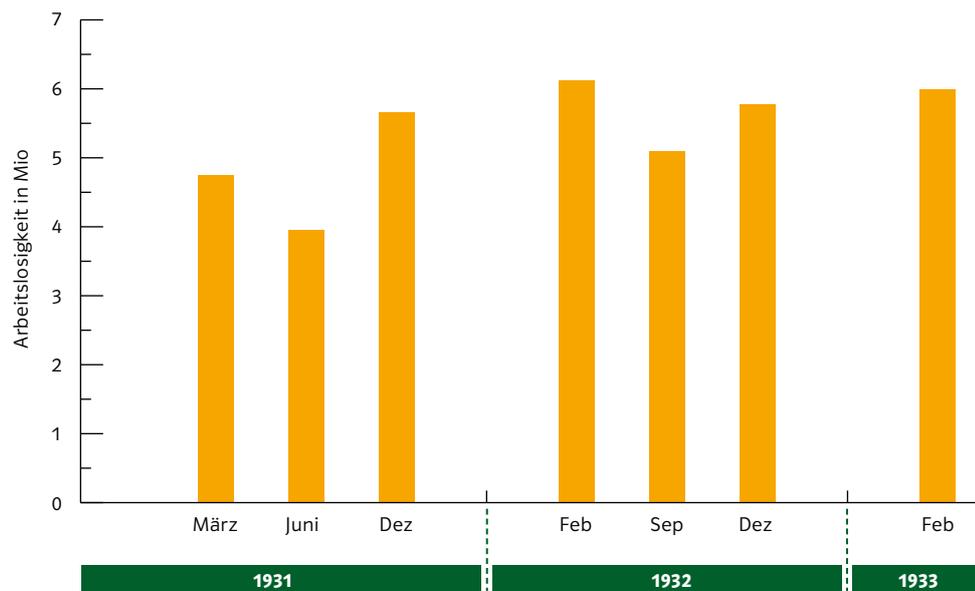
## 2.4 Die Zerstörung der Republik

### Arbeitsauftrag 1:

Die Phase des konjunkturellen Aufschwungs endete 1929/30 abrupt mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der Abzug amerikanischer Kredite aus Deutschland, auf denen der Aufschwung seit 1924 beruhte, führte überall im Deutschen Reich zu Firmenzusammenbrüchen. Die dadurch steigende Arbeitslosigkeit reduzierte die Kaufkraft der Bevölkerung drastisch. Die Industrieproduktion sank von 1929 bis 1932 um 40 Prozent und fiel auf den Stand von 1904. Auch der Außenhandel ging vehement zurück, da auch das Ausland massive Finanzprobleme hatte und so die Importe zurückfuhr. 1931 führte zudem der Zerfall des internationalen Währungssystems zum Bankrott der Darmstädter- und Nationalbank (Danat-Bank) und beinahe auch der Dresdner Bank. Sparer stürmten Banken und Sparkassen, um ihr Geld zu retten. Die Bankenkrise verschärfte die wirtschaftliche Rezession. Massenarbeitslosigkeit und die sprunghafte Zunahme von Armut waren die Folge. Für die NS-Propaganda war die soziale Not ein ergiebiger Nährboden. Die NSDAP stieg zur Massenpartei auf.

### Arbeitsauftrag 2:

#### M9: Arbeitslosigkeit 1931 – 1933



**M8:** Die öffentlichen Investitionen sanken vor allem zur Zeit der Ära Brüning rapide. Die Folge war ein Anstieg der Arbeitslosigkeit.

### Arbeitsauftrag 3:

Die Reichsregierung betrachtete die Wirtschaftskrise als ein Ungleichgewicht des Staatshaushaltes. Brüning wollte mit seiner Deflationspolitik die Preise heimischer Produkte senken und dadurch den Export wiederbeleben. Er wollte dadurch genügend Devisenreserven für die Reparationszahlungen erwirtschaften, aber auch Arbeitsplätze schaffen. Mithilfe von Notverordnungen versuchte er die öffentlichen Ausgaben und vor allem den Staatshaushalt den sinkenden Preisen und fallenden Steuereinnahmen anzupassen – ein Rennen, das er nicht gewinnen konnte, weil seine Maßnahmen dazu beitrugen, dass Preise und Steuereinnahmen immer weiter

sanken. Brüning wollte den Gläubigern der Reparationsforderungen Deutschlands den ehrlichen Willen nachweisen, den Young-Plan erfüllen zu wollen, brachte das Land aber dadurch in ein wirtschaftliches Ungleichgewicht.

**M10:** Es gab keine Reichstagsmehrheiten, um die Brüning'schen Notverordnungen aufzuheben. Die SPD enthielt sich meist der Stimme. Durch Preissenkungen sollte der Export belebt werden. Da aber u. a. England seine Währung abwertete und Schutzzölle einführte, blieb der erhoffte Effekt aus. Die von Keynes geforderten staatlichen und in den USA umgesetzten Investitionsprogramme zur Konjunkturbelebung waren in Europa noch wenig populär. In Deutschland fürchtete man eine erneute Inflation in Folge der dann zu erwartenden Staatsverschuldung.

**M11:** Ab 1930 tolerierte die SPD die Politik von Reichskanzler Brüning (Zentrum), um eine sich abzeichnende Übernahme der politischen Macht durch die Nationalsozialisten zu verhindern. Die Tolerierungspolitik der SPD-Reichstagsfraktion führte beim linken Parteiflügel zu wachsender Kritik und führte 1931 zu einer Abspaltung eines Teils der Parteilinken zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP).

### Arbeitsauftrag 4:

Gemeinsam ist die weltwirtschaftliche Verflechtung der Kreditmärkte. 1929 riefen die Banken in den USA kurzfristig vergebene Kredite zurück. Die Krise von 2008 basierte auf dem Umstand, dass viele Amerikaner ihre Hausbaukredite nicht zurückzahlen konnten. Mitte der 1990er-Jahre hatte der damalige US-Präsident Bill Clinton ein Programm angekündigt, das deutlich mehr Amerikaner in den Stand setzen sollte, sich ein Eigenheim kaufen zu können. Dieses politische Ziel übernahm sein Nachfolger George W. Bush. Es ermöglichte eine Vergabe von Eigenheimdarlehen selbst an Familien mit niedrigem Einkommen oder geringem Eigenkapital. Das war der Nährboden dafür, dass sich bei äußerst günstigen Zinsen immer mehr Amerikaner ein Eigenheim zulegte. Auch die Politik des ehemaligen US-Notenbankchefs Alan Greenspan, die Zinsen zur Abwendung einer Deflation niedrig zu halten, trug zu dieser Entwicklung bei. Aufgrund der großen Nachfrage schnellten die Häuserpreise in die Höhe. Viele Amerikaner glaubten, dieser Effekt würde sich fortsetzen und hofften auf einen Vermögenszuwachs. Doch das Ansteigen der zur Finanzierung in den USA meist verwendeten flexiblen Zinsen seit Ende 2005 brach vielen Hauskäufern das Genick. Die Federal Reserve hatte ihre Zinsen kontinuierlich erhöht.

Die globalen Auswirkungen der geplatzten Immobilienblase lagen u. a. darin begründet, dass sich viele europäische Investoren auf die günstige Bewertung von amerikanischen Hypothekendarlehen durch US-Ratingagenturen verlassen hatten. Ein Teil der Hauskredite waren darin verbrieft und an europäische Investoren weitergereicht worden.

### Arbeitsauftrag 5:

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930, die mit 82 Prozent eine hohe Wahlbeteiligung verzeichnete, endete mit einer Katastrophe für die Demokratie. Die NSDAP, noch 1928 mit 2,6 Prozent (12 Mandate) eine Splitterpartei, erhielt 18,3 Prozent. Mit 107 Abgeordneten stellte sie die zweitstärkste Fraktion (hinter der SPD, vor der KPD). Einen derartigen Wahlerfolg hatte es in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus noch nicht gegeben. Die SPD erlitt erhebliche Verluste, die KPD registrierte starke Gewinne. In der Arbeiterschaft hatte es einen Linksruck gegeben, zusammengenommen waren die Arbeiterparteien ungefähr gleich stark geblieben. Die bürgerlichen Parteien DDP und DVP mussten schwere Verluste hinnehmen, auch die rechtskonservative DNVP büßte Stimmen ein.

Die Wählerwanderungen lassen vermuten, dass vor allem nationalkonservative und liberale, oft protestantische, Mittel- und auch Oberschichtenwähler zur NSDAP gewandert waren. Besonders stark wurde Hitlers Partei offenbar vom „alten Mittelstand“ (selbstständige Handwerker, Einzelhändler, kleine und mittlere Unternehmer, freie Berufe und Bauern) und vom „neuen Mittelstand“ (Beamte und vor allem Angestellte) gewählt.

**M7:** Nicht die Arbeitslosigkeit selbst ist der Hauptgrund (Arbeitslose haben im September 1930 vor allem die KPD gewählt), wohl aber die Wirtschaftskrise. Die NSDAP hat keine nennenswerte Stammwählerschaft, sie profitiert hauptsächlich von Wechsel- und Protestwählern. Gewählt wurde Hitler unterproportional von Industriearbeitern, wesentlich mehr aber von Landarbei-

tern, die von den ostelbischen Gutsbesitzern dazu „kommandiert“ wurden. Gewählt wurde Hitler vor allem von der Masse der Angestellten („Stehkragenproletarier“) mit ihrem Ständedünkel, von Studenten und junge Akademikern, die die Juden als Konkurrenz empfanden und von Beamten, die immer noch dem monarchischen Denken verfallen waren. Weitere Wählerschichten rekrutieren sich aus dem selbstständigen Mittelstand (Handwerker, Gewerbetreibende, Kleinkaufleute). Sie sahen ihre Existenz durch die Moderne (vor allem die Industrialisierung) gefährdet.

### Arbeitsauftrag 6:

**M12:** Bildung einer vom Parlament unabhängige Regierung sei auch mit der NSDAP möglich, die ebenfalls antiparlamentarische Ziele verfolge; weitere Reichstagsauflösungen behinderten die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft; Hitler sei der Führer der größten nationalen Gruppe.

### Arbeitsauftrag 7:

Mit seiner Collage kritisierte John Heartfield die Präsidialkabinette: Sie umgingen mit Artikel 48 der Weimarer Verfassung die Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten des Reichstages. Heartfield (1891–1968), eigentlich Helmut Herzfeld, war ein deutscher Maler, Graphiker und Bühnenbildner. Er gilt als der Erfinder der politischen Fotomontage.

### Arbeitsauftrag 8:

individuelle Schülerarbeit

### Arbeitsauftrag 9:

**Karl Dietrich Bracher (M14):** Unvollendete Revolution aufgrund der Kontinuität vordemokratischer Kräfte (u. a. Beamte, Militär). Die deutsche Demokratie wurde als Ergebnis der unerwarteten Kriegsniederlage empfunden und blieb unpopulär. Der Versailler Vertrag fand breite Ablehnung. Zunehmende Unterstützung bekamen sowohl die extremen Linken als auch die Rechten, die beide die Republik bekämpften. Die „Kapitalistenklasse“ galt bei den Linken, die „Novemberverbrecher“ bei den Rechten als Schuldige am deutschen Elend. („Einkreisung der Demokratie“)

**Hagen Schulze (M15):** Bevölkerungsmehrheit lehnt das politische System der Weimarer Republik ab. Parteien und Verbände zeigen sich den Anforderungen des Parlamentarismus nicht gewachsen. Zu starker Einfluss des Reichspräsidenten. Ökonomische Krisen. Preußisch-deutsche Traditionen belasten das Demokratieverständnis.

Außerdem: außenpolitische Belastungen, das Verhältniswahlrecht, antirepublikanische Tendenzen in Armee, Bürokratie und Justiz, Inflation, Weltwirtschaftskrise, Präsidialdemokratie, keine 5-Prozent-Klausel bei den Reichstagswahlen, kein konstruktives Misstrauensvotum, verfassungsfeindliche rechte und linke Parteien, zu geringe Bereitschaft der SPD, Regierungsverantwortung zu übernehmen, Demokratiefeindlichkeit von Militär und Beamtenschaft u. a.

### Arbeitsauftrag 10:

Individuelle Schülerantwort. Es geht dabei um die Beschreibung und Bewertung der Demokratiefeindlichkeit von Militär und Beamtenschaft, um die Kumulation unterschiedlicher Krisenerscheinungen, die die Republik von Anfang an begleiteten bis hin zur Erklärung der politischen Entwicklung vor allem nach rechts einschließlich des bewusst systemzerstörenden Handelns der rechten Eliten.

## 3.1 Machtübernahme und Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft

### Arbeitsauftrag 1:

**1932:** Bei den Reichstagswahlen im Juli wird die NSDAP mit 230 Mandaten stärkste Fraktion und bleibt dies auch trotz des Rückgangs ihrer Mandate (196) nach der erneuten Wahl im November. Wirtschaftsvertreter plädieren beim Reichspräsidenten für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

**1933:** Hitler wird am 30. Januar zum Reichskanzler ernannt. Der Reichstagsbrand löst eine Verhaftungswelle gegen die Kommunisten aus. Unter legalistischem Anschein wird das Staatswesen durch eine Reihe administrativer Maßnahmen („Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, „Ermächtigungsgesetz“, „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, Auflösung der Gewerkschaften, Verbot der SPD, „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“, „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“) gleichgeschaltet.

**1934:** Mit dem Tod Paul von Hindenburgs vereinigt Hitler das Amt des Reichspräsidenten und Reichskanzlers in seiner Person und nennt sich „Führer und Reichskanzler“. Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches wird die Länderhoheit aufgehoben.

### Arbeitsauftrag 2:

Mit dem Gesetz erlangte die Regierung die Macht, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat sowie ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen. Die Trennung von Legislative und Exekutive war damit aufgehoben. Das zunächst auf vier Jahre verabschiedete Ermächtigungsgesetz wurde 1937, 1939 sowie 1943 verlängert und blieb bis zum Ende des NS-Regimes im Mai 1945 rechtliche Grundlage deutscher Gesetzgebung.

### Arbeitsauftrag 3:

Mit der „Reichstagsbrandverordnung“ (**M4**), die bereits einen Tag nach dem Reichstagsbrand (27. Februar 1933) in Kraft trat, wurden die Grundrechte massiv eingeschränkt, die Polizei weitgehend der Kontrolle der Reichsregierung unterstellt und damit der Verfolgung und Ausschaltung von politischen Gegnern alle Möglichkeiten eröffnet, von denen die sogenannte Hilfspolizei aus SA und SS (**M5**) ausgiebig Gebrauch machte. In einem nächsten Schritt wurden die parlamentarische Demokratie und der Rechtsstaat abgeschafft. Obwohl die Regierung unter Führung der NSDAP über eine stabile Mehrheit im Reichstag verfügte, strebten die Nationalsozialisten danach, ihre Herrschaft zu etablieren. Der Zerstörung der Demokratie sollte jedoch ein legaler Anschein gegeben werden. Mit dem „Gesetz zur Bekämpfung der Not von Volk und Reich“ („Ermächtigungsgesetz“) wurden der Reichsregierung nahezu unbeschränkte Befugnisse zum Erlass von Gesetzen ohne parlamentarische Zustimmung übertragen. Da das Gesetz weitgehende Änderungen der Weimarer Verfassung vorsah, war zu seiner Verabschiedung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament als auch die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Reichstagsabgeordneten nötig. Um dieses Quorum zu erreichen, wurden die Mandate der 81 KPD-Abgeordneten annulliert. Zudem waren eine Reihe von Abgeordneten bereits geflohen, verhaftet oder ermordet worden. Trotzdem war die Regierung auf die Unterstützung des Zentrums angewiesen. Dessen Zustimmung wurde u. a. mit dem Versprechen eines Konkordats mit dem Vatikan erreicht.

### Arbeitsauftrag 4:

Innerhalb weniger Monate nach seiner Machtübernahme zerstörte Hitler die grundlegenden Rechtsstaatsprinzipien der Weimarer Verfassung. Durch das Außerkraftsetzen von Grundrechten („Reichstagsbrandverordnung“), die Absetzung der Gewaltenteilung („Ermächtigungsgesetz“) und den routinemäßigen Erlass von rückwirkenden Gesetzen gewann er die uneinge-

schränkte Staatsmacht und ernannte sich selbst zum „obersten Gerichtsherrn“ des deutschen Volkes. Mit der Unterwerfung der Justiz wurde Hitlers Wille zum Gesetz.

Das Foto veranschaulicht die allgemeine Verachtung, die die NS-Führung dem Rechtsstaat entgegenbrachte. Auf ihm ist der preußische Justizminister Hanns Kerrl (1887 – 1941) zu sehen, dessen Amt ebenfalls im Zuge der Auflösung des preußischen Landtages am 30. Januar 1934 abgeschafft wurde.

### Arbeitsauftrag 5:

Die auf Grundlage von Art. 48 der Weimarer Verfassung erlassene „Reichstagsbrandverordnung“ ging über ihren angegebenen Zweck der „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ weit hinaus. Sie setzte Grundrechte außer Kraft und begründete einen permanenten Ausnahmezustand, der es dem nationalsozialistischen Regime ermöglichte, Unterdrückungsmaßnahmen gegen Oppositionelle mit dem Schein von Legalität zu umgeben. Politische Gegner konnten ohne Anklage und Beweise in gerichtlich nicht kontrollierbare „Schutzhaft“ genommen und kritische Zeitungen verboten werden. Drei Tage nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 erfolgte auf Grundlage der „Reichstagsbrandverordnung“ die Annullierung aller politischen Mandate von Mitgliedern der KPD. Auch bei dem im Juni 1933 verhängten Verbot der SPD und der Errichtung des Einparteienstaats war die Verordnung von entscheidender Bedeutung. Sie erlaubte der Reichsregierung Eingriffe in die Länderrechte. Damit erhielten die Beseitigung bundesstaatlicher Strukturen und die einsetzende Gleichschaltung der Länder eine rechtliche Grundlage. Zusammen mit dem „Ermächtigungsgesetz“ höhle die Verordnung die formal bis 1945 existierende Weimarer Verfassung aus und zementierte die NS-Herrschaft.

### Arbeitsauftrag 6:

Ablehnung der parlamentarischen Republik; Rückbesinnung auf monarchische Traditionen; Glaube, Hitler dennoch kontrollieren zu können

### Arbeitsauftrag 7:

Vgl. Diskussion über die Notstandsgesetze, u. a. Antwort zu Frage 3, S. 57. Wenn ein Staat sich einer Bedrohung ausgesetzt sieht, die seine Herrschafts- und Lebensform angreift, stellt sich die Frage nach den geeigneten Mitteln zur Gegenwehr. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit solchen Angriffen bislang zwei Mal auseinandersetzen müssen; im „Deutschen Herbst“ der 1970er-Jahre und aktuell durch den Al-Qaida-Terrorismus. Beide Male waren die Herausforderer Terroristen, die den Rechtsstaat zum Ziel hatten. Die jeweiligen Regierungen reagierten schnell durch umfangreiche Gesetze. Nach dem 11.09.2001 wurden zwei Sicherheitspakete in aller Eile geschnürt und auf den Weg gebracht, Ergänzungsgesetze folgten. Ausländer- und Abschieberechte wurden verschärft und die Befugnisse der Geheimdienste erweitert. Die temporäre Aushebelung von Grundrechten bedeutet einen Machtzuwachs der Vollzugsorgane und die Gefahr eines Machtmissbrauchs.

### Arbeitsauftrag 8:

individuelle Schülerantwort

### Arbeitsauftrag 9:

Die SA wird als grobschlächtig, ungehobelt beschrieben, ein Anwalt wird verprügelt. Mehrere Referendare erwiesen sich als Sympathisanten (zustimmendes Lachen), Mitläufer gibt es u. a. bei den Wachtmeistern, keinerlei Widerstand bei der Mehrheit. Auch Haffner passt sich an.

### Arbeitsauftrag 10:

Die Gewalt hatte in der Anfangsphase der NS-Diktatur verschiedene Funktionen. Sie diente der Ausschaltung der Opposition, ebenso wie dem Aufbau eines gewaltigen Drohpotenzials gegenüber der übrigen Bevölkerung.

Der Terror der SA, die schon bald als „Hilfspolizisten“ brutal gegen Andersdenkende vorgingen, führte dazu, dass Oppositionelle emigrierten, in den Untergrund abtauchten oder verhaftet wurden und somit kaum mehr öffentlich andere Meinungen bekundet werden konnten. Das gewaltsame Vorgehen wirkte zudem einschüchternd auf die Bevölkerung. Zudem mögen die brutalen Auftritte der gewaltbereiten SA-Horden manchen Bevölkerungsteilen auch imponiert haben.

### Arbeitsauftrag 11:

Der nationalsozialistische Staat war kein perfekt von oben nach unten durchorganisierter zentralistischer Staat. Eher herrschte ein Kompetenzgerangel und eine Konkurrenzsituation um Macht und Einfluss zwischen Ressortministern, „Beauftragten des Führers“ oder Sonderbehörden für bestimmte Aufgaben sowie höheren NSDAP- und SS-Funktionären. In dieser „Polykratie“ (Herrschaft vieler), die auch untergeordneten Chargen Einfluss bescherte, resultierte Hitlers diktatorische Stellung vor allem aus seiner Rolle als von allen akzeptierter Schiedsrichter. Das „Dritte Reich“ war ein Doppelstaat, in dem der traditionelle Staat nur in unpolitischen Bereichen wie der Wirtschaft oder den Steuern erhalten blieb, während der politische Bereich wie die Bekämpfung politischer Gegner oder die Rassenpolitik von einem außergesetzlichen „Maßnahmenstaat“ überwuchert wurde.

### Arbeitsauftrag 12:

Zunächst noch Demutsgeste gegenüber den alten Eliten (**M11**), dann oberster Herrscher des Volkes, dem alle folgen (**M3**). Am Jahrestag der ersten Reichstagssitzung 1871 im Kaiserreich wurde am 21. März 1933 der erste Reichstag nach der Machtübernahme eröffnet. Potsdam wurde als Traditionsort preußischer Geschichte für die feierliche Konstituierung ausgewählt. Der eine Woche zuvor zum Propagandaminister ernannte Joseph Goebbels inszenierte den „Tag von Potsdam“ als symbolische Verbindung von konservativem Traditionsbewusstsein und nationalsozialistischem Erneuerungswillen. Das „Dritte Reich“ präsentierte sich als legitimer Erbe des 1871 gegründeten und im November 1918 untergegangenen „Zweiten Reichs“.

## 3.2 Ideologie und Propaganda

### Arbeitsauftrag 1:

**M5:** Menschen mit germanisch-nordisch-germanischem Blutsteil werden innerhalb der SS aus der „in ihren Erbanlagen gemischten“ Bevölkerung bewusst „ausgelesen“ (Sozialdarwinismus). Dies geschieht u. a. nach dem äußeren Erscheinungsbild.

Im Dezember 1931 erließ Himmler den „Verlobungs- und Heiratsbefehl der SS“. Dieser verlangt von allen unverheirateten Angehörigen der SS vor einer beabsichtigten Eheschließung die Erlaubnis des Reichsführers SS einzuholen. Mittels eines Abstammungsnachweises und einer rassischen sowie eines gesundheitlichen Untersuchung hatten der SS-Mann und seine Braut den Nachweis ihrer rassischen und erbbiologischen Wertigkeit zu erbringen.

### Arbeitsauftrag 2:

#### M3:

**Zeile 1 – 12** Rassismus, Sozialdarwinismus: durch Blutvermischung „Senken des Rassenniveaus“

**Zeile 13 – 30** Antisemitismus, Antibolschewismus: Internationalisierung wird gleichgesetzt mit Bolschewismus und „jüdische Weltfinanz“, Frankreich als Unterstützer der „jüdischen Welt-eroberungstendenz“.

#### M4:

**a)** Antibolschewismus, Lebensraumideologie: Deutsche Grenze am Ural, Ausrottung des Bolschewismus

**b)** Lebensraumideologie „Der Zukunft des Volkes willen“, müssen Kriege geführt werden.

**c)** Kolonialismus, Rassismus: Keinerlei Verpflichtung gegenüber den Menschen in den eroberten osteuropäischen Gebieten. Deutsche Herrenmenschen und Einheimische als „Indianer“. Sozialdarwinismus: Hitler „als Vollstrecker des geschichtlichen Willens“.

**d)** Sozialdarwinismus auch bezüglich der Deutschen, wenn sie der ihnen zugeordneten Rolle nicht gerecht werden.

### Arbeitsauftrag 3:

Die vor allem während der Renaissance entstandene wissenschaftliche Naturbeobachtung in Form von Experimenten wird anerkannt, nicht aber die theoretische Physik, wie sie von Einstein vertreten wird. Sie wird als jüdische von der Wirklichkeit losgelöste Theorie diffamiert. Es handelt sich auch hier, wie so oft in der NS-Ideologie um eine Abkehr von der Moderne. Beschleunigte Veränderungen in Technik, Wirtschaft und Gesellschaft überforderten die Fähigkeit vieler Zeitgenossen, die Veränderungen mental zu verarbeiten. Die NSDAP lehnte wesentliche Errungenschaften der Modernisierung ab. Sie verwarf die Menschenrechte, Frauenemanzipation und parlamentarische Demokratie, lehnte Völkerfriede und Gewaltlosigkeit, Urbanität, Liberalismus und moderne Kunst ab. Sie setzte dagegen auf Rassismus, Antisemitismus und die Höherwertigkeit des eigenen Volkes vor allem gegenüber den Völkern Osteuropas, auf das „Führerprinzip“ und damit auf die Diktatur in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens, auf Männerherrschaft, Gewalt und Krieg, auf eine einheitliche „Volksgemeinschaft“, auf Verklärung des Landlebens und des Bauerntums und auf eine Kunst eigener Art, die nicht provozieren, kritisieren und nachdenklich machen durfte. Auch Juden galten als verhasste Symbolfiguren der Moderne. Der Ausstieg aus der Moderne, die das eigene Denken und Handeln überforderte, ist auch heute ein zentraler Beweggrund vor allem junger Menschen, sich in rechtsextreme Gemeinschaften zu flüchten.

### Arbeitsauftrag 4:

**M1:** 1933 bestimmte Hitler Nürnberg zur „Stadt der Reichsparteitage“. Propagandistisch wurde damit die Verbindung zwischen der NS-Bewegung und der großen Vergangenheit der Reichsstadt als Ort der Kaiserherrlichkeit und mittelalterlichen Reichstage konstruiert. Deshalb hielt man hier bis 1938 alljährlich im September die Reichsparteitage der NSDAP ab. Mit einer „Zentralstelle“ wurde die Stadt in die von Jahr zu Jahr aufwändigere Veranstaltungsorganisation eingebunden. Rund eine Million Besucher und Teilnehmer aus ganz Deutschland kamen zu dem Ereignis; sie mussten transportiert, versorgt und untergebracht werden. Schauplatz der spektakulären Masseninszenierungen war das Reichsparteitagsgelände, ein elf Quadratkilometer großes Areal im Südosten der Stadt. Hier sollte nach Planungen Hitlers und seines Architekten Albert Speer eine „Tempelstadt der Bewegung“ mit riesenhaften Versammlungsbauten und Aufmarschanlagen entstehen, die bis zum Kriegende aber nicht fertiggestellt wurden.

**M2:** Russischer Soldat mit Totenkopf und Bajonett in einem Flammenmeer symbolisiert den Bolschewismus, der die Erdkugel erobern will. Die NS-Propaganda-Ausstellung „Antibolschewistische Ausstellung“ im Bibliotheksbau des Deutschen Museums (1936) ging von dort 1937 als Wanderausstellung in viele Städte. Der Antibolschewismus richtete sich insbesondere gegen die Festsetzung und Ausbreitung von Verhältnissen, wie sie in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution herrschten und war vor allem antisemitisch motiviert. Der Nationalsozialismus bildete ein bewusstes Gegenkonzept zum internationalen marxistischen Sozialismus. Durch das Führerprinzip sollten Staat und Gesellschaft innerhalb der Volksgemeinschaft konsequent hierarchisch aufgebaut sein. Im Gegensatz dazu standen der Marxismus bzw. Bolschewismus, aber auch die Sozialdemokratie bis hin zu den Gewerkschaften, die sich für die gesellschaftliche Gleichheit einsetzten.

### Arbeitsauftrag 5

individuelle Schülerarbeit

### Arbeitsauftrag 6:

**M7:** Erzeugung emotionaler Ergriffenheit und von Glaubensbereitschaft bis hin zum ekstatischen Gemeinschaftserlebnis; Manipulation des Massenverhaltens durch Ausbeutung christlicher Gewohnheiten; Ausschaltung kritischen Urteilens, stattdessen Sicheinfügen in ein System von Befehl und Gehorsam; Durchdringung und Indoktrination der deutschen Gesellschaft in allen Lebensbereichen – sei es die Erwachsenen in der Freizeit und in der Arbeitswelt, in den parteinahen Organisationen oder die Jugend in den Jugendorganisationen und der Schule.

### Arbeitsauftrag 7:

Verbrannt wurden vor allem Werke jüdischer, pazifistischer und politisch andersdenkender Schriftsteller. Initiiert wurde die Aktion von der Deutschen Studentenschaft. Verbrannt wurden Bücher u. a. von Ernst Bloch, Bertold Brecht, Lion Feuchtwanger, Sigmund Freud, Heinrich Heine, Franz Kafka, Erich Kästner, Karl Liebknecht, Thomas Mann, Heinrich Mann, Robert Musil, Erich-Maria Remarque, Nelly Sachs, Bertha von Suttner, Kurt Tucholsky, Franz Werfel oder Stefan Zweig.

### 3.3 „Volksgemeinschaft“ und Terror – das NS-Herrschaftssystem

#### Arbeitsauftrag 1:

Zwar proklamierte die NS-Propaganda mit dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ die angebliche Auflösung der Klassengesellschaft, also eine Gesellschaft ohne Standesunterschiede, in der alle sozial gleichgestellt sein sollten. Doch die Wirklichkeit sah anders aus: Die Nationalsozialisten unterschieden nämlich sehr wohl und sehr deutlich. Kriterien für eine Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ waren die rassistischen Vorstellungen der NS-Ideologie.

All jene, die nicht ins Weltbild der Nationalsozialisten passten, wurden ausgegrenzt. Dies waren neben politischen Gegnern jene, die nicht dem NS-Rasseideal entsprachen, also Juden, Sinti und Roma oder Behinderte, aber auch Obdachlose oder Homosexuelle.

#### Arbeitsauftrag 2:

Die Nationalsozialisten sahen die „natürliche“ Hauptaufgabe der Frauen darin, möglichst viele Kinder zur Welt zu bringen, um somit die Ausbreitung der „arischen Rasse“ zu gewährleisten. Das rassistische Gedankengut der Nationalsozialisten drückt sich auch in deren Vorstellungen von der Eheschließung aus. Eine Ehe galt nur zwischen „arischen“ Partnern als legitim.

#### Arbeitsauftrag 3:

individuelle Schülerarbeit

#### Arbeitsauftrag 4:

individuelle Schülerarbeit

#### Arbeitsauftrag 5:

**M9:** Grundlage von Entscheidungen:



Der dezidierte Rassismus ist einer der wesentlichen Grundzüge der NS-Ideologie. Den Nationalsozialismus u. a. deshalb als amoralisch zu bezeichnen, impliziert, dass seine interne Struktur ausschließlich nach Gewaltdurchsetzungsstrategien funktioniert hat. Das bedeutet, dass sich die Mitglieder der NS-„Volksgemeinschaft“ nach diesem Gewaltprinzip organisieren ließen, ohne überhaupt an moralische Legitimationen dessen, was sie taten oder zuließen, zu denken. Beliebt ist die Argumentation nach dem Schema „Führer-Verführte“, die den Willen zur Gewalt nicht als eigene Entscheidung, sondern als von außen kommende Anordnung beschreibt. Lehnt man dieses Schema ab, so bleibt das Bild der Überzeugungstäter, die ganz bewusst moralische

Begründungsansprüche aufgegeben haben, die also im vollen Sinn als amoralisch zu bezeichnen sind. Dazwischen liegen die Positionen des „man konnte nicht anders“ der gezwungenen Mitläufer, der Verführten u. a. Alle diese Positionen haben eines gemeinsam: sie gehen davon aus, dass das, was im NS geschehen ist, mit moralischen Kategorien nicht zu beschreiben ist, weil die Mitglieder der NS-„Volksgemeinschaft“ sich (gezwungen oder ungezwungen) nach ihrer auf die Führungselite bezogenen Perspektive amoralisch verhielten. Dementgegen bediente sich der Nationalsozialismus eines Vokabulars, das überaus moralisch klang: Begriffe wie „Sittlichkeit“, „Ehre“, „Treue“, „Pflicht“, „Tapferkeit“, „Kameradschaft“ usw. wurden ausufernd benutzt.

### Arbeitsauftrag 6:

**M3:** Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Staatsaufträge, vor allem im Bereich der Rüstung. Weitere Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung: Einführung von Wehrpflicht, Arbeitsdienst, Entlassung von Frauen aus dem Berufsleben.

**M4:** Die Lohnsenkungen der Deflationspolitik von Brüning bleiben bestehen und bleiben durch den Lohn- und Preisstopp stabil. Unsoziale Einkommensverteilung: geringe Löhne aber hohe Gewinne (keine Gewerkschaften).

**M5:** Auch die Konsumausgaben entsprechen dem geringen Lohnniveau.

### Arbeitsauftrag 7:

Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ errichtete das NS-Regime einen Terrorapparat, der die gesamte Gesellschaft seinem totalitären Anspruch unterwerfen sollte. Der Rechtsstaat wurde systematisch zerstört: Politische Gegner kamen zu Tausenden in sogenannte Schutzhaft. Konzentrationslager wurden errichtet, die Justiz gleichgeschaltet und die Gesetzgebung neu ausgerichtet. Da große Teile der Bevölkerung diese Entwicklung mittrugen, waren Misstrauen, Angst und Denunziation allgegenwärtig. Seit Kriegsbeginn verdrängten die systematischen Verfolgungsmaßnahmen den willkürlichen Terror. Die Strafen verschärfen sich drastisch. Eine unvorsichtige Bemerkung konnte nun eine jahrelange Zuchthausstrafe nach sich ziehen, aktive Regimegegner mussten mit einem Todesurteil rechnen. Ziel war es, bei der Bevölkerung und allen Meinungsbildnern kritisches Denken und Handeln zu unterbinden und alle dem System von Befehl und Gehorsam zu unterwerfen.

## 3.4 NS-Außenpolitik und Zweiter Weltkrieg

### Arbeitsauftrag 1:

Die von Hitler angestrebte expansive deutsche Außenpolitik ging weit über die Revision des Versailler Vertrags hinaus. Hitler strebte die deutsche Vormachtstellung in Europa an und wollte Deutschland als Weltmacht etablieren. Um Hitlers rassistischen Anspruch vom „Lebensraum“ im Osten umzusetzen und eine rücksichtslose Germanisierung Osteuropas zu erzwingen, sollte das Deutsche Reich militärisch aufgerüstet und wirtschaftlich autark werden.

### Arbeitsauftrag 2:

- 1. Phase 1933/1934:** Abschirmung der inneren Machtergreifung, Konsolidierung des Regimes, illegaler Ausbau der bewaffneten Macht. Friedensversprechungen aber gleichzeitig Revisionsforderungen des Versailler Vertrags. (1933: Das Deutsche Reich tritt aus dem Völkerbund aus.)
- 2. Phase 1935/1936:** Ausbruch aus der Isolation, Bruch von Versailles, Beginn der britischen Politik des appeasement. (07. März 1936: Deutsche Truppen marschieren in das entmilitarisierte Rheinland ein.)
- 3. Phase 1936 – 1939:** Vorbereitung des Eroberungskrieges (Überproportionale Aufwendungen für Aufrüstung, Vierjahresplan, Achse Berlin-Rom, 12. März 1938: Deutsche Truppen marschieren in Österreich ein, 29. September 1938: Die „Münchener Konferenz“ akzeptiert den Einmarsch in das Sudetenland. 01. September 1939: Nach einem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion mit einem geheimen Zusatzabkommen marschieren deutsche Truppen in Polen ein.)

### Arbeitsauftrag 3:

**M11:** Angst vor einer Aufrüstung der anderen europäischen Großmächte; die wirtschaftliche Vernachlässigung elementarer Faktoren – etwa von Wohnungsbau und Konsum – zu Lasten der Rüstung ließ sich nicht unbegrenzt fortsetzen; ideologische Überlegungen hinsichtlich eines Vorgehens gegen den Bolschewismus gewannen an Einfluss; Angst, dass Stillstand Rückschritt bedeute.

### Arbeitsauftrag 4:

Stieff schildert nahezu fassungslos den grausamen Krieg in Polen und dessen Auswirkungen und distanziert sich dabei vom brutalen Vorgehen gegen die Bevölkerung. Die Widersprüchlichkeit liegt darin, dass Stieff zwar den Krieg und dessen Folgen als abscheulich kennzeichnet, er aber als Angehöriger der Wehrmacht diesen Krieg mit führt, er nicht den Dienst quittiert und insofern den Krieg mitzuverantworten hat.

Erscheinungsformen der deutschen Kriegsführung: Stieff spricht den Charakter des Vernichtungsfeldzugs im Osten an, weist immer wieder auf das brutale Vorgehen gegen die einheimische Bevölkerung und die Ermordung der Juden hin.

### Arbeitsauftrag 5:

individuelle Schülerantwort

Zum Schicksal Warschaus: Im September 1939 marschierten die deutschen Truppen in Warschau ein. Nach der Besetzung Warschaus durch die deutsche Wehrmacht wurden die Juden der Stadt und der Umgebung seit dem November 1940 im Warschauer Ghetto eingesperrt. Von ihnen wurden mindestens 300 000 deportiert und ermordet. Am 18. April 1943 kam es zum Aufstand im Warschauer Ghetto. Daraufhin zerstörte die SS im Mai 1943 die Große Synagoge in Warschau, brannte das Stadtviertel nieder und ließ die meisten der überlebenden Juden im KZ Treblinka ermorden. Beim Warschauer Aufstand der polnischen Heimatarmee vom August bis

Oktober 1944, der überwiegend durch Einheiten der Waffen-SS niedergeschlagen wurde, kamen fast 200 000 polnische Soldaten und Zivilisten ums Leben. Als Repressalie wurde die Mehrzahl der noch vorhandenen Gebäude auf dem linken Weichselufer von den deutschen Truppen planmäßig gesprengt und Warschau weitgehend zerstört.

### Arbeitsauftrag 6:

**M8:** Aufgaben, die über das „Soldatentum“ hinausgehen: Ausrottung der Juden. Partisanen, deren Aktionen „erfahrungsgemäß von Juden angezettelt werden“, dürfen nicht gefangen sondern müssen ermordet werden. Vergeltungsakte sind auf die unbeteiligte männliche Bevölkerung auszudehnen. Erbarmungslose Ausrottung „artfremder Heimtücke“. Begründet wird das Vorgehen mit Antisemitismus, Antibolschewismus und der „völkischen Idee“ – also mit den rassistischen Grundprinzipien der NS-Ideologie.

### Arbeitsauftrag 7:

Das einigende Band der NS-Ideologie und der NS-Politik ist zum einen der Rassismus, zum anderen die Lebensraumpolitik mit dem damit verbundenen „Vernichtungskrieg im Osten“. Osteuropa wurde von den Nationalsozialisten als angestammter deutscher Kolonial- und Siedlungsraum betrachtet. Ganz offensichtlich war der Krieg in Osteuropa, anders als die Feldzüge in Westeuropa, ein Vernichtungskrieg. Die Genfer Konvention wurde zwar auf die Gefangenen der westlichen Alliierten, nicht aber auf die sowjetischen Kriegsgefangenen angewendet, die zu Millionen erschossen wurden oder in Lagern zugrunde gingen. Die Zivilbevölkerung wurde ebenso massenhaft getötet, um „Lebensraum“ zu gewinnen. Auch die Partisanenbekämpfung betraf zunehmend mit der Partisanentätigkeit in keinem Zusammenhang stehende Personen, Ortschaften, und Bevölkerungsgruppen. Es wurden häufig nicht nur Partisanen, sondern auch vorgebliche „Partisanenhelfer“ und „Partisanenverdächtige“ ungeprüft und relativ wahllos getötet.

### Arbeitsauftrag 8:

Hitler hat selbstverständlich den Krieg gewollt: Um die bereits in der Weimarer Republik geheim begonnene Aufrüstung zu forcieren, entschloss sich Hitler 1933 zum Verlassen der Genfer Abrüstungskonferenz und zum Austritt aus dem Völkerbund. Da das deutsche Rüstungskonzept mit dem bestehenden Berufsheer schnell an personelle Grenzen stieß, bestimmte das „Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht“ vom 16. März 1935 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht war Hitler. Mit der Namensänderung von Reichswehr in Wehrmacht änderte sich 1935 auch offen die während der Weimarer Republik entwickelte Defensivstrategie der Armee. Die zeitgleichen Umbenennungen von Reichswehrminister in Reichskriegsminister und Reichsmarine in Kriegsmarine deuteten bereits auf Strukturen einer Angriffsarmee sowie auf den Beginn von Breitenrüstung und Kriegsvorbereitungen hin, die Hitler schließlich ein Jahr später schriftlich umriss. In einer geheimen Denkschrift zum Vierjahresplan erklärte er im August 1936, die Wehrmacht müsse in „vier Jahren einsatzfähig, die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein“. Zwischen 1933 und Ende 1936 verfünffachte sich die Heeresstärke der Wehrmacht auf 550 000 Mann. 1939 erreichte das Heer eine Stärke von knapp 2,75 Millionen Soldaten. Am deutlichsten werden Hitlers Absichten in der Hoßbach-Niederschrift. Oberst Friedrich Hoßbach fertigte nach seinen Notizen eine Niederschrift über eine Besprechung am 5. November 1937 in Berlin an, während der Hitler in einem mehrstündigen Monolog den wichtigsten Vertretern der Wehrmacht und dem Außenminister erstmals die Grundzüge seiner auf gewaltsame Expansion ausgerichteten Außenpolitik darstellte.

## 3.5 Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden 1933 bis 1945

### Arbeitsauftrag 1:

**M4:** Verbot der Benutzung öffentlicher Einrichtungen, vor allem von Schwimmbädern durch Juden. Außenpolitische Bedenken, vor allem während der Zeit der Olympischen Spiele. Ausnahme von Verbotsregeln am Wannsee.

Die beteiligten Ratsherren und Kommunalpolitiker werden hier auf eigenen Antrieb hin aktiv und versuchen, die generelle antisemitische Ideologie der Nationalsozialisten in dem von ihnen zu verantwortenden Bereich selbst umzusetzen. Sie stehen somit exemplarisch für das Handeln vieler Regierungsbeamten und Parteigenossen, die „dem Führer entgegenarbeiten“ wollten.

### Arbeitsauftrag 2:

Für den 20. Januar 1942 lud der von der NS-Führung mit der „Endlösung der Judenfrage“ beauftragte Reinhard Heydrich 13 Staatssekretäre verschiedener Ministerien sowie hohe Partei- und SS-Funktionäre zu einer Besprechung in eine Villa am Wannsee ein. Thema der Konferenz war die Koordinierung der Zusammenarbeit aller an der „Endlösung“ beteiligten Dienststellen. Das Protokoll der Besprechung führte Adolf Eichmann, zuständig für die zentrale Organisation der Deportationen. Durch dieses Protokoll sind die wesentlichen Ziele und Ergebnisse der Besprechung überliefert. Ein vorrangiges Ziel der Zusammenkunft war die Einbindung der vertretenen Institutionen in die Planung und technisch-organisatorische Umsetzung des Völkermords. Dieser war zum Zeitpunkt der Konferenz bereits in vollem Gang. Einsatztruppen hatten bis Januar 1942 in Polen und in der Sowjetunion schon über 500 000 Juden erschossen oder in Gaswagen qualvoll getötet. Nun aber setzte der NS-Staat alle Mittel ein, um den Völkermord europaweit zu koordinieren und systematisch durchzuführen.

### M6

**A:** Den Völkermord organisiert die SS.

**B:** Statt Vertreibung „Evakuierung nach Osten“, also Ermordung

**C:** Tötung der unterernährten Menschen durch brutale Überlastung beim Arbeitseinsatz.

**D:** Überlebende der oben erwähnten Maßnahmen werden ebenfalls ermordet.

**E:** Auch sogenannte „Halbjuden“ werden ermordet.

**F:** Einrichtung von Vernichtungslagern ohne die Bevölkerung zu beunruhigen.

### Arbeitsauftrag 3:

Gemäß der nationalsozialistischen Ideologie des Rassismus und Antisemitismus wird die Ermordung der Juden in beiden Reden als „zwingende Notwendigkeit“ dargestellt.

### Arbeitsauftrag 4:

individuelle Schülerantwort

### Arbeitsauftrag 5:

**M10:** Waffen-SS, deutsche Bau-Unternehmen, deutsche und polnische Zivilarbeiter vor Ort, Bewohner von Auschwitz und Umgebung, Eisenbahnpersonal, Polizisten vor Ort, Angehörige der Ordnungspolizei, Reisende in der Region.

Aussagen von an Mordaktionen Beteiligten muss insofern mit Vorsicht begegnet werden, als das zu vermuten ist, dass die Beteiligten ihren Anteil an den Mordaktionen als gering oder nicht vorhanden darstellen werden.

**Arbeitsauftrag 6:**

Mitteilungen über Massenmorde hinter der Ostfront und in den Vernichtungslagern waren den Beteiligten zwar untersagt, dennoch gab es Erzählungen und Berichte von unmittelbar Beteiligten oder Soldaten auf Heimaturlaub. Neben den Tätern gab es viele beteiligte Tatzeugen: Lokpersonal und andere Bahnbedienstete, Ingenieure, Verwaltungsbeamte, Polizisten oder Soldaten, die Wissen von Mordaktionen haben konnten und dieses mitunter auch weitergaben. So kursierten bald Gerüchte in der Bevölkerung über die Mordtaten und Vernichtungslager.

Das offizielle Vorgehen der Nationalsozialisten war widersprüchlich. Vernichtungslager wurden aus Sorge vor dem Bekanntwerden in der deutschen Öffentlichkeit außerhalb der Reichsgrenzen im Osten angesiedelt. Andererseits proklamierte Hitler in Reden öffentlich die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

Wer wissen wollte, was mit den Juden geschah, konnte sich ein ungefähres Bild davon machen. Zumal die im Oktober 1941 begonnenen Deportationen aus den deutschen Großstädten sich öffentlich auf Versammlungsplätzen und Bahnhöfen vollzogen und vielfach von großen Mengen Schaulustiger begleitet wurden. Plötzlich leer stehende Wohnungen jüdischer Familien nach ihrer Deportation können den benachbarten Familien nicht verborgen geblieben sein. Auch die Zwangsversteigerungen und Zwangsverkäufe jüdischen Hausrats oder anderen Besitzes fanden in der Öffentlichkeit statt.

## 3.6 Widerstand gegen den Nationalsozialismus

### Arbeitsauftrag 1:

**M5:** Die innere Emigration von Künstlern und Schriftstellern kann als Ausdruck von Resistenz und Nonkonformität bezeichnet werden. Das Verhalten des Münchner Staatsanwalts Wintersberger kann als Übergang von der Nonkonformität zur Verweigerungshaltung charakterisiert werden. Er agierte im öffentlichen Raum und verweigerte sich der Erwartungshaltung seiner Vorgesetzten. Die Frauen von der Rosenstraße, die im Februar 1943 für die Freilassung ihrer jüdischen Männer demonstrierten, haben durch ihr mutiges Verhalten ihren Protest gegen eine Maßnahme der Regierung öffentlich bekundet. Die Mitglieder des Nationalkomitees für Deutschland oder der Roten Kapelle waren aktive Widerstandskämpfer, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten das NS-Regime bekämpften und auf einen Systemwechsel hinwirkten. Das Verhalten der Brettheimer Bürger lässt einen großen Interpretationsspielraum offen und kann als Beispiel für die fließenden Übergänge in Peukerts Schema gesehen werden. Um zu einer abschließenden Beurteilung zu kommen, müsste die Motivlage zumindest des Bauern Hanselmann näher bekannt sein. Auf jeden Fall liegt in allen drei Fällen eine Verweigerungshaltung gegenüber den geltenden Normen des Unrechtsstaates vor.

Problematisch am Peukertschen Schema bleibt die starre Struktur, die zu unflexibel für manche Aktionen erscheint.

### Arbeitsauftrag 2:

**M7:** Warnung vor Kriegsniederlage; Deutsche folgen dem Führer ins Verderben und ziehen die Verachtung der ganzen Welt auf sich; Warnung vor der antibolschewistischen Propaganda; imperialistische Machtgedanken und preußischer Militarismus sollen beendet werden; Deutschland soll föderalistisch sein, die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Völkern suchen, nicht mehr nach einer autarken Wirtschaft streben, soziale Arbeitsbedingungen schaffen und Grundrechte verwirklichen.

**M8:** Geltung der Grundrechte gewährleisten; Auflösung von Konzentrationslagern; Ende der Judenverfolgung.

### Arbeitsauftrag 3:

**M12:** Widerstand wurde nur von einer verschwindend kleinen Minderheit geleistet. Der Widerstand von Angehörigen der Arbeiterbewegung nahm sowohl zahlenmäßig wie hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Verankerung einen herausragenden Rang ein. Dies soll nur die quantitative Widerstandsbasis aufzeigen und keinesfalls die Opposition gegen Hitler herabwürdigen. Jene, die aufbegehrten gegen das Unrechtsregime, taten die aus politischer und/oder moralischer Überzeugung und brachten großen Mut auf. Geschätzte Zahlen der sich zumindest zeitweise im aktiven Widerstand Befindenden: Einige Tausend SPD-Mitglieder, jeweils mehrere Tausend Mitglieder von Zwischengruppen und der „Zeugen Jehovas“ und 150 000 KPD-Mitglieder, später auch Angehörige des bürgerlich-militärischen Lagers. Insgesamt also weniger als 200 000 Widerständler in einer Bevölkerung von 60 bis 70 Millionen.

**M13:** Widerstand ist Symbol des Anstandes und der Zivilcourage. Voraussetzung und Grundlage für die Wiederherstellung des Ansehens Deutschlands in der Welt. Manifestation eines aufgeklärten Patriotismus. In Art. 20 Abs. 4 GG ist das Recht auf Widerstand, auf Auflehnung gegen staatliches Unrecht, ausdrücklich verankert. Der Widerstand liefert Orientierung für den Umgang mit ähnlichen Situationen.

### Arbeitsauftrag 4:

individuelle Schülerlösung

**Arbeitsauftrag 5:**

Henning von Tresckow war als Generalmajor im Widerstand tätig. Er gehörte zum Widerstandskreis des Attentats vom 20. Juli 1944. Um nicht bei der erwarteten Folter die Namen andere Beteiligten preisgeben zu müssen, entschloss er sich nach dem gescheiterten Attentat zum Selbstmord.

**M10:** Einige Attentäter haben Verbrechen gegen politische und militärische Gegner mitgetragen, zum Teil auch den Mord an den Juden akzeptiert und brutale Vergeltungsaktionen gegen Partisanen unterstützt.

**M11:** Tresckow war zu unbedeutend, um Verbrechen an Partisanen und Juden verhindern zu können. Widerstand wäre dabei zwecklos gewesen. Statt sich aber weiter zum Mitschuldigen zu machen, wählte er den Weg des Hitlerattentats.

**M13:** „Widerstand als Symbol des Anstandes und der Zivilcourage“. Trotz des Scheiterns war der Widerstand deshalb nicht sinnlos.

**Arbeitsauftrag 6:**

„Gerechter unter den Völkern“ ist ein in Israel nach der Staatsgründung 1948 eingeführter Ehrentitel für nichtjüdische Einzelpersonen, die unter nationalsozialistischer Herrschaft während des Zweiten Weltkriegs ihr Leben einsetzten, um Juden vor der Ermordung zu retten.

**Arbeitsauftrag 7:**

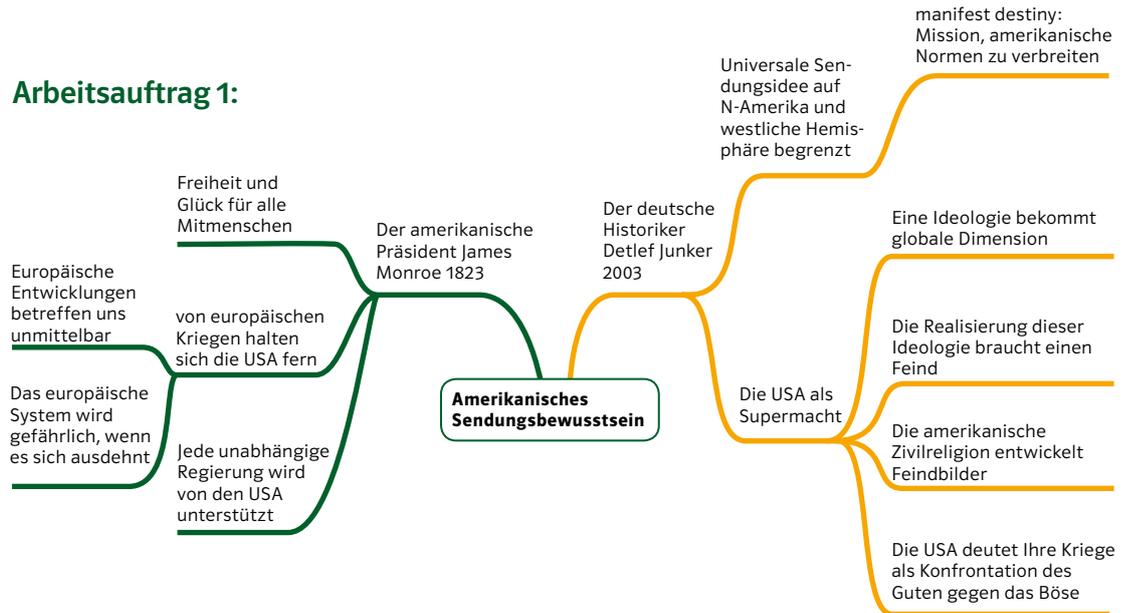
Vgl. Antwort zu Frage 3.

**Arbeitsauftrag 8:**

individuelle Schülerarbeit

## 1.1 Die Formierung neuer Weltmächte

### Arbeitsauftrag 1:



### Arbeitsauftrag 2:

**Vor 1890:** Außenpolitische Zurückhaltung, wie sie US-Präsident James Monroe 1823 (Monroe-Doktrin) verkündet hatte: Grundsätzlich empfinden die USA freundschaftliche Gefühle für Europa, verlangen aber den Verzicht auf Einmischung und Kolonisation in der westlich-amerikanischen Interessensphäre und versprechen dafür die Nichteinmischung in die Belange der europäischen Mächte (z. B. Kolonien). Jegliches Eingreifen einer europäischen Macht mit dem Ziel, unabhängige Regierungen zu unterdrücken, wird als „unfreundliche [...] Gesinnung“ gegen die Vereinigten Staaten gesehen.

**1890 bis 1917:** Die US-Außenpolitik ändert sich grundlegend. Die USA bekommen den karibisch-mittelamerikanischen Raum in den Griff und bauen Brückenpfeiler nach Ostasien aus. Der Einflussbereich in Mittel- und Südamerika wird ausgedehnt, die „new diplomacy“ ist eine „Politik des großen Knüppels.“ Mit ihrem Eintritt in den Ersten Weltkrieg beginnt für die USA der Aufstieg zur Weltmacht.

**1917 bis 1941:** Nach Kriegsende ziehen sich die USA wieder aus Europa zurück und wollen auch 1939 im gerade begonnenen Krieg neutral bleiben. Erst die militärischen Erfolge des nationalsozialistischen Deutschlands leiten einen Stimmungsschwung in der Bevölkerung ein. Bis Ende 1941 verändert sich zudem das Verhältnis der USA gegenüber Japan, da die Achse Berlin-Rom-Tokio als Gefahr gesehen wird; der japanische Überfall auf Pearl Harbor bewirkt den Kriegseintritt der USA.

Die Grundlagen dieser neuen Außenpolitik sind die von US-Präsident Roosevelt formulierten „vier Freiheiten“: die Freiheit der Rede und der Meinungsäußerung überall in der Welt; die Freiheit für jeden, Gott auf seine Weise zu verehren, überall in der Welt; die Freiheit von Not, die der Bevölkerung jedes Landes Frieden sichert; die Freiheit von Furcht, d. h. eine alle betreffende Abrüstung, so dass keine Nation in der Lage ist, einen Angriff gegen ein Nachbarland zu führen.

### Arbeitsauftrag 3:

Lenins Ziel 1919 heißt Weltrevolution. Mehrfach hat er davon gesprochen, dass die Verelendung der Proletarier immer mehr Realität werde. Die sozialistische Revolution wird den internationalen Imperialismus besiegen. Deshalb wird es kein Kampf der revolutionären Proletarier gegen die Bourgeoisie eines jeden Landes sein, sondern ein Kampf aller unterdrückten Länder gegen den internationalen Imperialismus. Im November 1918 schien die politische Instabilität ein Garant für den Erfolg einer Revolution; in dieser Stimmung wurde auch im März 1919 die Kommunistische Internationale gegründet.

**Arbeitsauftrag 4:**

USA	UdSSR
<ul style="list-style-type: none"> <li>• umfassende Landesverteidigung</li> <li>• Verpflichtung zur Unterstützung aller Länder, die nichtdemokratischen Angreifern entschlossen Widerstand leisten</li> <li>• niemals das Einverständnis zu einem Frieden geben, wenn dieser um den Preis der Freiheit anderer Völker erkaufte wird</li> <li>• weltweite Garantie menschlicher Freiheitsrechte</li> <li>• weiterer Ausbau der Wirtschaft = größerer Exportmarkt</li> <li>• erst spät direkter Eintritt in den Ersten Weltkrieg</li> <li>• der Wunsch nach Neutralität bzw. die Beschränkung auf Kriegslieferungen an Großbritannien und Frankreich wird wegen der Stärke der Achse Berlin-Rom-Tokio aufgegeben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Idee einer Weltrevolution (Lenin)</li> <li>• verstärkte innenpolitische Inanspruchnahme (Bürgerkrieg) + Sozialismus in einem Land (Stalin)</li> <li>• lange Jahre außenpolitisch isoliert;</li> <li>• Anerkennung der UdSSR durch die USA erst 1933</li> </ul>

**Arbeitsauftrag 5:**

USA	UdSSR
<p>Die Leitideen heißen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Freiheit, Menschenrechte und Frieden</li> <li>• Demokratie</li> <li>• Marktwirtschaft</li> </ul>	<p>Die Leitideen heißen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weltrevolution</li> <li>• Kommunismus</li> <li>• radikale wirtschaftliche Umgestaltung (Verstaatlichung, Kollektivierung)</li> </ul>
<p>Die Feindbilder sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der Nationalsozialismus</li> <li>• der Kommunismus</li> </ul>	<p>Die Feindbilder sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der Nationalsozialismus</li> <li>• der internationale Imperialismus und das kapitalistische System</li> </ul>

## 1.2 Der Kalte Krieg

### Arbeitsauftrag 1:

Der Kalte Krieg ist wie eine Art tödliche Zwickmühle, in die sich die beiden Großmächte USA und UdSSR manövriert haben. Das entscheidende Problem besteht darin, dass gleichgültig, wer den nächsten Zug macht, beide Verlierer sein werden. In diesem propagandistisch und psychologisch geführten Krieg musste nicht der Klügere nachgeben, da beide Seiten wussten, was geschähe, wenn einer von beiden den (atomaren) Angriff wagte.

Unter „kalt“ verstehen wir deshalb, dass beide Seiten einen kühlen Kopf bewahren und die Waffen „kalt“ lassen und nicht feuern. „Kalte“ Angst befällt uns noch heute, wenn wir an die Folgen denken, wenn aus dem „Kalten Krieg“ ein „heißer Krieg“ geworden wäre.

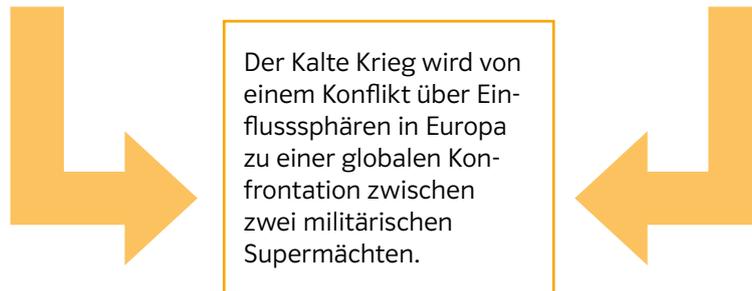
Das „kalt“ steht daher für einen immer bevorstehenden, aber nie ausgebrochenen Krieg, der jedoch durch einen einzigen Befehl hätte real werden können, dann nämlich, wenn aus den Kriegsdrohungen Kriegshandlungen, d.h. der „heiße Krieg“ geworden wäre.

### Arbeitsauftrag 2:

Schon am Ende des Zweiten Weltkrieges sind die Kräfte neu verteilt. Das ehemals starke Deutschland ist besetzt, und auch Japan befindet sich auf dem Rückzug. Die Sieger sind die USA und die UdSSR. Nach dem Krieg erlangen beide eine vollkommen neue Bedeutung. Die USA versteht sich endgültig als neue Weltpolizei. Und die UdSSR ist zu einer Wirtschaftsmacht angewachsen. Wer genau hinschaut, für den ist es keine Überraschung, dass sich beide Nationen nach Kriegsende feindlich gegenüber stehen: Die UdSSR wird von einem Diktator regiert, während die USA das Banner der Demokratie trägt. Deshalb zeichnen sich schon bald Spannungen ab. Beide Nationen sind davon überzeugt, dass jeweils ihre politische Orientierung die einzig richtige sei, deshalb sind sie ebenso fest davon überzeugt, man dürfe dem anderen keine Schwäche zeigen. Auch die Tatsache, dass sich die USA wie auch die UdSSR sofort nach Ende des Krieges auf die Suche nach Verbündeten machen, trägt dazu bei, Blockbildungen zu stabilisieren. Diese Nachkriegskonstellationen sowie die unterschiedlichen politischen Ansichten machen den Kalten Krieg fast unausweichlich. Weitere Fehlentscheidungen schon während, aber auch nach dem Krieg verhärteten die Fronten noch mehr und schafften Vorurteile und eine Atmosphäre des Misstrauens.

**Arbeitsauftrag 3:**

Mit dem Abwurf der Atombomben am 6. und 8.9.1945 auf Hiroshima und Nagasaki hat Truman „einen Hammer für diese Jungs“ (=Russen).	1945–1946	Stalin beginnt systematisch, kommunistisch beherrschte Marionettenregierungen in Osteuropa einzuführen
Um die Versuche der UdSSR zu untergraben, ihren Einfluss weiter (z. B. Griechenland, Türkei) auszuweiten, wird am 12.3.1947 die Truman-Doktrin verkündet: Allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch äußeren Druck bedroht ist, soll Beistand gewährt werden.	1947	Auf Stalins Befehl hin werden in Osteuropa Politiker mit antisowjetischen Tendenzen verhaftet, verbannt oder sogar hingerichtet.
Vertreter von zwölf westeuropäischen und nordamerikanischen Mächten gründen am 4.4.1949 ein Militärbündnis gegen den Ostblock: die North Atlantic Treaty Organization (NATO)	1949	Mit dem Sieg der kommunistischen Revolution in China und der Gründung der VR China werden die zwei größten und bevölkerungsreichsten Länder der Erde kommunistisch regiert.

**Arbeitsauftrag 4:**

Nach 1945 ist die amerikanische Außenpolitik stark von den gespannten Beziehungen zur UdSSR geprägt, und die Allianz zwischen den beiden Staaten zerbricht wegen den immer häufiger werdenden Unstimmigkeiten. Die UdSSR ärgert sich darüber, dass die USA sich weigert, ihre Atomwaffen unter internationale Kontrolle zu stellen; ebenso sind sie erbost über das Ausbleiben von Reparationslieferungen aus der amerikanischen Besatzungszone.

Demgegenüber fühlt sich die amerikanische Regierung während der Potsdamer Konferenz vor vollendete Tatsachen gestellt, auch weil sie der Besetzung Ostpolens und Ostdeutschlands durch die UdSSR zustimmen muss. Truman selbst ist über diese Tatsache sehr verärgert und schreibt 1946 in einem Brief an seinen Außenminister James F. Byrnes, dass er glaube, man müsse „den Russen mit deutlicher Sprache und eiserner Faust entgegentreten“; er habe es satt, weiterhin auf Kompromisse einzugehen und die Sowjets zu hätscheln. So entwickelt sich ein „eiserner Vorhang“ zwischen den USA und der UdSSR.

Ab 1947 kündigt die US-Regierung an, sie wolle gefährdeten Staaten wirtschaftliche Hilfe zukommen lassen und verabschiedet den Marshall-Plan. Am 12. März 1947 verkündet der US-Präsident vor dem US-Kongress die nach ihm benannte Truman-Doktrin; sie kennzeichnet einen Wendepunkt in der amerikanischen Außenpolitik. In dieser Rede betont er, dass es der außenpolitische Grundsatz der Vereinigten Staaten werden müsse, allen Völkern, welche durch militante Minderheiten oder durch Druck von außen ihrer Freiheit beraubt würden, beizustehen.

Es sei auch wichtig, Völkern zu helfen, ihre Geschichte selbst zu bestimmen. Laut Truman gebe es zwei große Regierungsrichtungen in dieser Zeit: Eine, die sich auf den Willen der Mehrheit gründe und durch freiheitliche Einrichtungen gekennzeichnet sei, und eine andere, welche sich auf dem gewaltsam aufgezwungenen Willen einer Minderheit begründe. Truman entwickelt in seiner Rede das Szenario eines schicksalhaften Kampfes zwischen den freiheitlichen Demokratien und den totalitären Diktaturen; damit findet das durch die US-Regierung entwickelte Konzept des „containment“ seine erste Anwendung.

Mit dieser Rede ist der Trennungsstrich zwischen den USA und der UdSSR endgültig gezogen. Von jetzt an muss jede Nation zwischen den zwei großen Regierungsrichtungen wählen. Der Begriff „containment“ bedeutet konkret die Eindämmung des Kommunismus, d.h. die Eindämmung jener totalitären Regierungen, die sich auf Terror, Unterdrückung, vorgeschriebene Wahlen und Entzug der persönlichen Freiheit stützen.

### Arbeitsauftrag 5:

Als Reaktion auf die Truman-Doktrin und den Marshall-Plan erklärt Schdanow, dass sich zwei Lager unversöhnlich gegenüberstünden: das „imperialistische und antidemokratische“ unter Vorherrschaft der USA und das „antiimperialistische und demokratische“ unter Führung der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten, so Schdanow, seien bestrebt, alle kapitalistischen Länder in einem Block zu organisieren, um aggressive, gegen die Sowjetunion gerichtete Pläne zu verfolgen. Deshalb sei es die Pflicht der „demokratischen“ Länder, sich auf einen Kampf für den Sieg des Kommunismus vorzubereiten. Ihr Ziel sei es, den Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und gegen die imperialistische Expansion zu führen, die „Demokratie“ zu festigen sowie die Überbleibsel des Faschismus auszurotten. Dabei falle der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik „die führende Rolle“ zu. Damit diagnostizierte Schdanow eine Zweiteilung der Welt, eine ideologische und politische Spaltung, mit den Hauptgegnern USA und Sowjetunion, die jeweils ihr „Lager“ anführten.

Im September 1947 wird das „Kommunistische Informationsbüro“ (Kominform) gegründet. Damit schafft sich die Sowjetunion eine Organisation, die es ihr ermöglicht, nicht nur auf der diplomatischen Ebene, sondern auch auf der Ebene der kommunistischen Parteien außenpolitisch zu agieren. Wie die Auflösung der Komintern 1943 als Zeichen für die Zusammenarbeit mit dem Westen im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition zu verstehen gewesen war, so kann die Neugründung des Kominform als Demonstration und Kampfansage im Kalten Krieg verstanden werden.

### Arbeitsauftrag 6:

Der Kalte Krieg ist ein Krieg der Drohungen, in dem sich die USA und die UdSSR gegenseitig zu Feinden erklären. Dass diese zwei Kontrahenten nie direkt gegeneinander Krieg führten, liegt an der Erfindung der bis dahin fürchterlichsten Waffe der Menschheitsgeschichte: der Atombombe. Seit ihrem Einsatz in Japan weiß jeder um das enorme Zerstörungspotential dieser Waffe.

Aus Angst, die USA könnten mit ihrem nuklearen Waffenarsenal die UdSSR bezwingen, veranlasste Stalin die Entwicklung eigener Kernwaffen. 1949 zündeten die Sowjets ihre erste Atombombe. Damit etabliert sich ein beispielloser Rüstungswettlauf, in dem das „Gleichgewicht des Schreckens“ eine trügerische Stabilität garantiert. Auf einen nuklearen Erstschlag würde die andere Seite sofort mit einem atomaren Vergeltungsschlag antworten. Aufgrund der Zerstörungskraft der atomaren Waffen wären beide Seiten Verlierer.

Nachdem die USA Raketenbasen in der Türkei aufgebaut hatten, erhielt die Sowjetunion vom kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro die Zustimmung zum Bau von Raketenabschussrampen auf Kuba. Die USA verstanden diese Aktion als direkte Bedrohung und verhängten über Kuba ein Einfuhrempargo: Kein Schiff sollte unkontrolliert nach Kuba gelangen. Damit setzten sie Kuba und indirekt der Sowjetunion ein Ultimatum, die Abschussrampen zu demontieren, sonst würden die USA militärische Maßnahmen einleiten. Nach einer Woche qualvoller Ungewissheit und zäher Verhandlungen zog Nikita Chruschtschow die Raketenanlagen aus Kuba ab. Als Gegenleistung bauten die USA ihre in der Türkei stationierten Raketen ab.

Beide Seiten erkannten, dass niemand diesen „Kalten Krieg“ durch Waffengewalt gewinnen konnte: Die Atombombe machte beide Supermächte unangreifbar für den anderen.

### Arbeitsauftrag 7:

#### Wichtige Motive sind

- zunächst die Unterstützung Frankreichs, um die früheren kolonialen Machtverhältnisse wiederherzustellen,
- die Furcht der USA, „Gesamtvietnam“ könne unter kommunistischen Einfluss geraten und damit
- die Orientierung an der „Dominotheorie“, wonach das Bollwerk gegen den Kommunismus zerbricht, wenn erst einmal ein Stein (=Staat) kommunistisch wird.

#### War Vietnam für die USA ein „Trauma“?

Ja, der Vietnamkrieg ist aus meiner Sicht ein „Trauma“ für die USA. Am Ende des Krieges, 1973, stehen sie vor einem Trümmerhaufen: Sie haben 58 000 Soldaten verloren, ihre Wirtschaft ist angeschlagen und die Vorstellung von der Unschlagbarkeit der „Supermacht“ ist ebenso verloren wie die innenpolitische Zustimmung der Bevölkerung zu diesem Krieg. Damit stürzen die Vereinigten Staaten in eine tiefe Depression. Ihre Außenpolitik und ihre Stellung als freiheits- und friedensstiftende Weltpolizei stehen auf unsicheren Beinen. Diesmal stehen die USA nicht wie in Deutschland und Korea als Retter da, sondern als imperiale Macht, die unbedingt ihren Willen durchsetzen wollte.

#### Wie veränderte Vietnam die amerikanische Außenpolitik?

Der Vietnamkrieg stellt einen Wendepunkt in der US-Außenpolitik dar. Richard Nixon entwickelt unter diesem Druck eine außenpolitische Alternative zur Eindämmungspolitik und setzt diese auch teilweise in die Tat um. Hierbei steht ihm sein Sicherheitsberater Henry Kissinger zur Seite.

Kissinger vertritt das Konzept eines Gleichgewichtes der Mächte, das deren Existenz, unabhängig von ihrer inneren Ordnung, als legitim anerkennt. Die USA müssten, so Kissinger, eine stabile Weltordnung der Hauptmächte stiften, so wie es den Delegierten 1814/15 auf dem Wiener Kongress gelungen sei, für ein Jahrhundert Frieden in Europa zu schaffen.

## 1.3 Zwischen Spannung und Entspannung

### Arbeitsauftrag 1:

1956	Nikita Chruschtschow: Mit seiner Ansprache über eine mögliche friedliche Koexistenz von Kapitalisten und Kommunisten legt Chruschtschow den Grundstein für eine Entspannung zwischen Ost und West. Er erklärt, dass es nicht Absicht der UdSSR sei, den Kommunismus zu verbreiten oder ihn gar mit Waffengewalt durchzusetzen.
1963	John F. Kennedy: In seiner „Friedensrede“ sagt Kennedy, dass er den Kommunismus zwar ablehne, dem russischen Volk aber mit großem Respekt begegne. Kennedy weist darauf hin, dass beide Länder Unsummen in die Rüstungspolitik steckten und in einem unheilvollen Kreislauf des Argwohn gefangen seien. Deshalb erklärt er sein tiefes Interesse an einem echten Waffenstillstand und damit an einem Stopp des Wettrüstens.
1975	KSZE-Schlussakte von Helsinki: Die Unterzeichnerstaaten bekennen sich zu territorialer Integrität, politischer Unabhängigkeit sowie dazu, dass Streitfälle nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden sollen.

### Arbeitsauftrag 2:

1972 und 1979 kommen zwischen den USA und der Sowjetunion die beiden SALT-Abkommen (Strategic Arms Limitation Talks) zustande, welche zwar die Obergrenze für Raketensysteme festlegen, aber keine Abrüstungsvereinbarungen beinhalten.

Ende der 1970er-Jahre kommt es zwischen beiden Fronten zur Verhärtung, weil sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschieren. Die Sowjetunion stützt die kommunistische Regierung in Kabul, um damit ein Übergreifen der „islamischen Revolution“ im benachbarten Iran auf die islamischen Südrepubliken der UdSSR zu verhindern und um die Kontrolle über das aus ihrer Sicht in ihrem Machtbereich liegende Land zu behalten. Doch die Besetzung Afghanistans führt nur zu endlosen Gebirgskämpfen gegen muslimische Widerstandskämpfer, welche von den USA unterstützt werden.

Diese Intervention und insbesondere die ungebremste sowjetische Aufrüstung von Raketensystemen führt zu Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR und zum NATO-Doppelbeschluss, den der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in seinen 2004 erschienen Erinnerungen damit rechtfertigt, dass es der Sowjetunion nicht gelingen dürfe, bei den Mittelstreckenwaffen ein „fast totales Übergewicht“ festzuschreiben. Moskau verfüge sonst über die präventive Erstschlagkapazität mit modernen Nuklearwaffen, wodurch der US-Präsident unter Zugzwang geraten könne, entweder zu kapitulieren oder unter Inkaufnahme der Vernichtung weiter Teile seines Landes dieses zu verteidigen. Europa sei damit vom nuklearen Schutz der USA abgeschnitten.

Kohls Argumentation folgend entscheidet sich in der Frage der Nachrüstung „das Schicksal unserer gesamten Verteidigungsstrategie.“

### Arbeitsauftrag 3:

#### Rüstungskontrolle – nicht für Atomwaffen

*1982. Drei Jahre nach den SALT-II-Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion sind die Atomwaffenbestände immer noch so groß, dass ein Atomkrieg nicht ausgeschlossen werden kann.*

Der Rüstungswettkampf zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO geht schon lange und er ist beispiellos. Seit 1945 wird vor allem auf Atomwaffen gesetzt, die den Gegner abschrecken sollen. Doch spätestens seit die beiden Supermächte in der Kuba-Krise 1962 unmittelbar aufeinander treffen, ist allen klar, dass eine Rüstungskontrolle zur Verhinderung eines Atomkrieges notwendig ist. Zudem müssen die ungeheuren Kosten dieses Wettrüstens eingedämmt werden. Deshalb verabschiedeten die Sowjetunion und die USA 1972 und 1979 die zwei SALT-Abkommen (Strategic Arms Limitation Talks). In diesen Verträgen wird zwar die Obergrenze für Raketen-systeme festgelegt, jedoch nicht der Abbau bereits vorhandener Waffenbestände. Von Abrüstung kann daher nicht die Rede sein.

Dies verdeutlicht auch die Grafik: Rüstung in Ost und West (Stand Anfang 1982). Betrachtet man die dort aufgeführten Waffenvorräte drei Jahre nach dem letzten SALT-Abkommen, so ist auffällig, dass die Anzahl der Atomsprengköpfe zwar ausgeglichen, aber doch sehr hoch ist. Der Warschauer Pakt verfügt über eine höhere Anzahl an Interkontinentalraketen und zudem noch über 600 Mittelstreckenraketen.

Wenn sich die beiden Supermächte auch an die SALT-Verträge gehalten haben und die Produktion der Interkontinental-Raketen eingestellt ist, so wird jene anderer Waffen fortgesetzt bzw. ihr Bestand nicht abgebaut. Angesichts solcher „Abrüstung“ ist noch immer die Möglichkeit eines Atomkrieges gegeben. Deshalb stellt sich drängend die Frage: Haben die SALT-Abkommen ihr Ziel verfehlt?

[redigierte Schülerarbeit]

### Arbeitsauftrag 4:

Stephen Kinzers Buch über amerikanische Putschbeihilfen würde hierzulande gewiss Antiame-rikanismus vorgeworfen, wäre der Autor nicht ein gefeierter amerikanischer Journalist und Pu-litzer Preisträger.

Kinzer beschreibt das US-Engagement in Afghanistan als enorm kostspielig und macht deutlich, wie sehr diese Politik den USA letztlich geschadet habe. Kurzfristig zwar erfolgreich habe diese Politik zwar Macht, Märkte und Selbstbewusstsein vergrößert. Rückblickend aber zeige sich, dass die meisten dieser Operationen die Sicherheit Amerikas vermindert haben. Denn Afgha-nistan habe Unruheherde geschaffen, denen erst Jahre später ungeahnte Gefahren entspran-gen.

## 1.4 Das Ende des Kalten Krieges

### Arbeitsauftrag 1:

Die von Präsident Ronald Reagan in seinen Erinnerungen formulierte Auffassung zu SDI entspricht ganz seinem Selbstverständnis, ist insofern in sich schlüssig, lässt aber keinen Zweifel an Reagans Willen, die US-Dominanz zu festigen. Die Aussage, er wolle durch seine Militärstrategie zu einem Weltfrieden (als pax americana) beitragen, unterstreicht diesen Eindruck. Man gewinnt den Eindruck vom guten amerikanischen Präsidenten, der durch seine innovative Technologie SDI das Unrecht und das Böse bekämpfen und besiegen will.

Keinen deutlichen Hinweis gibt der Textabschnitt über Reagans Hochrüstungspolitik, wenn er von einer „allgemeinen Modernisierung unserer Streitkräfte“ spricht. Doch letztlich konnte die UdSSR bei den anstehenden Rüstungskosten nicht mehr mithalten.

(Beim Abwägen von Reagans Ideen ist sicherlich die Überlegung, inwieweit seine Strategie die UdSSR finanziell in die Knie gezwungen habe, nur mit zusätzlichem Material zu klären. Auch die Frage der Effizienz von SDI darf ebenso wenig die rüstungstechnischen Entwicklungen und Realitäten wie die politisch wünschenswerten Zielvorstellungen vergangener sowie aktueller Außenpolitik außer Acht lassen.)

### Arbeitsauftrag 2:

#### Hauptgedanken Gorbatschows

- Perestroika = Initiative der Massen, Entwicklung der Demokratie, Stärkung von Ordnung und Disziplin, Kritik und Selbstkritik, Intensivierung der gesamten sowjetischen Wirtschaft, vorrangige Entwicklung des sozialen Bereichs
- Glasnost = Demokratie ist die Luft, ohne die wir ersticken.
- Neues Denken = Der einzige Weg zur Sicherheit ist der von politischen Entscheidungen und Abrüstung.
- Betonung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen sozialistischen Länder

#### Breschnew – Doktrin bedeutet demgegenüber

- beschränkte Souveränität der Staaten des „sozialistischen Lagers“
- sowjetischen Anspruch auf Vorherrschaft im kommunistischen Staatensystem und rechtfertigt damit die
- militärische Intervention in der Tschechoslowakei im Jahre 1968

#### Gorbatschow Politik aus heutiger Sicht

1990 erhält Gorbatschow für seine Reformpolitik den Friedensnobelpreis. In seiner Zeit an der Spitze der Sowjetunion ist er zweifellos eine der bedeutendsten Personen der jüngeren Geschichte. Wer die Lebensgeschichte des Politikers weiter verfolgt – sofern dies im Rahmen des Unterrichts zeitlich möglich ist –, der stellt fest, wie manche seiner Reformen und politischen Visionen noch das Russland bis heute prägen. Und in der Bundesrepublik zählt er immer noch zu den größten Sympathieträgern.

### Arbeitsauftrag 3:

Diese Frage lässt sich (auch) beispielhaft beantworten: Als Enkid am Anfang April 1987 einen Fragebogen zur Rüstungsdebatte fertig stellt, scheint es darum zu gehen, ob der Westen sich mit der von Gorbatschow vorgeschlagenen Null-Lösung für Mittelstreckenraketen einverstanden erklären oder darüber hinaus auch die Abschaffung von Raketen mit geringerer Reichweite verlangen soll. Doch schon wenige Tage später bietet sich ein ganz anderes, ein sozusagen seitenverkehrtes Bild. Gorbatschow hat sich bereit erklärt, die Null-Lösung auszudehnen, und nun entsteht der Eindruck, die Hardliner im Westen wehrten sich gegen eine Entwicklung, die sie eben noch hatten herbeiführen wollen.

### Arbeitsauftrag 4:

#### Die Ursachen des Kalten Krieges – Deutungen

Bis heute kontrovers ist die Frage nach den Ursachen des Kalten Krieges. Während eine „traditionalistische“ Sichtweise den Osten dafür verantwortlich macht (Welteroberungsstrategie der UdSSR) und die Reaktionen des Westens (Truman-Doktrin) als unabdingbar sieht, widerspricht dem eine „revisionistische“ Perspektive, nach der sich osteuropäische Sicherheitsbestrebungen aus den westlichen Wirtschaftsinteressen ableiten ließen; „postrevisionistisch“ bezeichnen sich Erklärungen, die wechselseitige Fehlinterpretationen dafür verantwortlich machen, dass sich zwei Lager gebildet hätten.

#### Die Position des Historikers Edgar Wolfrum

Die vielen Gegensätze zwischen Demokratie und Kommunismus – so Wolfrum – hätten den Kalten Krieg nur wahrscheinlich gemacht; erst Furcht und Fehldeutungen ließen ihn unvermeidbar werden. Damit steht der Historiker auf der „postrevisionistischen“ Seite.

#### Eigene (SchülerInnen-) Position

Im Rückblick können wir uns eher der „postrevisionistischen“ Seite anschließen. Gegenseitige – absichts- oder weniger absichtsvolle – Missverständnisse und Fehlinterpretationen im Osten wie im Westen führten zu einer raschen Abschottung beider Lager voneinander.

### Arbeitsauftrag 5:

individuelle Schülerarbeit

### Arbeitsauftrag 6:

Die „neuen Kriege“ werden auch „asymmetrische Kriege“ genannt. Die Bezeichnung „asymmetrische Kriegsführung“ beinhaltet das Ende des klassischen Staatenkrieges, der mittlerweile viele Länder wesentlich weniger bedroht als der moderne Terrorismus. Dieser Terrorismus versteht sich als Fortentwicklung jenes Partisanenkrieges, mit dem sich – seit den Anfängen in der spanischen Guerillabewegung gegen die napoleonische Besatzung – diejenigen zur Wehr setzten, die in einer offenen Schlacht unterlügen. Da solche Kriege vielfältig fremdfinanziert werden dauern sie oft jahrelang.

### Arbeitsauftrag 7:

Historisch, symbolisch, publizistisch und propagandistisch bleibt der „Kalte Krieg“ aktuell; das belegen nicht nur Buchtitel („Der neue Kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe“), sondern auch Überlegungen und Kommentare unterschiedlicher Medien im Kontext militärischer Konflikte („Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen der NATO und Russland“).

Ende des Jahres 2009 lassen sich auf Anhieb zur Frage, ob der Kalte Krieg wieder ein Thema sei, folgende Angaben recherchieren:

- Im Zuge des Streits um den möglichen Bau eines Raketenabwehrschilts der USA in Osteuropa berichten Zeitungen über russische Pläne, die Entwicklung von Angriffswaffen voranzutreiben. Überschriften dazu lauten: „Russland entwickelt Raketen zum Schutz vor USA“.
- In dem amerikanischen Computerspiel „Call of Duty: Modern Warfare 2“ erleben die Russen ein Comeback als Feindbild: So darf mit einiger Verspätung der Albtraum des Kalten Krieges wahr werden: Russische Truppen marschieren im Schatten des Capitol auf und springen in Scharen aus Flugzeugen über dem Mittleren Westen der USA ab.

Wie ernsthaft solche und ähnliche Darlegungen zu verstehen sind, welche Interpretationen sie zulassen und welche Konsequenzen sie zeitigen, das bedarf auf jeden Fall weiterer Nachforschung und immer genauem Abwägens.

### Arbeitsauftrag 1:

Karikatur (M1): jede Besatzungsmacht versucht, die jeweilige Zone nach eigenen Vorstellungen umzugestalten

**USA:** schnelle Abkehr vom Morgenthau-Plan (Umwandlung Deutschlands in einen reinen Agrarstaat); Demokratisierung von „unten“, d. h. Aufbau einer demokratischen Selbstverwaltung, Zulassung demokratischer Parteien, Entmilitarisierung und Abrüstung Deutschlands, Entnazifizierung und Bestrafung der NS-Verbrecher; schneller Wiederaufbau des Landes;

**Großbritannien:** ähnliche Ziele wie USA, demokratisches Deutschland soll als „Bollwerk“ gegen den Kommunismus fungieren;

**Frankreich:** Verhinderung eines deutschen Zentralstaates aus Angst vor Wiedererwachen des deutschen Nationalismus (Dezentralisierung), internationale Kontrolle des Ruhgebietes, Annexion des Saarlandes, dauerhafte Schwächung des Nachbarlandes;

**UdSSR:** Reparationen, Westverschiebung Polens und Abtretung des nördlichen Ostpreußens an die UdSSR, Umgestaltung der Zone nach sozialistischen Vorstellungen in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht

### Arbeitsauftrag 2:

Stalin hatte eine starke Verhandlungsposition, ohne die Rote Armee hätten die Westmächte den Krieg nicht gewinnen können, die UdSSR hatte darüber hinaus die meisten Kriegstoten zu beklagen und musste nach Ansicht der Westmächte entschädigt werden. Ein Bruch der Anti-Hitler-Koalition sollte zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz vermieden werden, da die UdSSR noch bei den Kriegshandlungen in Asien als Verbündeter benötigt wurde.

Den Amerikanern war die Dimension der Bevölkerungsverschiebungen vermutlich nicht klar. Churchill fühlte sich den Polen gegenüber verpflichtet (London war im 2. Weltkrieg Sitz der polnischen Exilregierung). Er wollte ethnisch homogene Gebiete und Vielvölkerstaaten vermeiden.

### Arbeitsauftrag 3:

individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

### Arbeitsauftrag 4:

individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

### Arbeitsauftrag 5:

Alltagsprobleme der Deutschen nach dem Krieg: Hunger, mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Brennstoffen, etc., zerstörte Wohnungen und mangelnder Wohnraum (auch für die vielen Flüchtlinge), oft schwierige Suche nach Familienangehörigen, traumatisierte und körperliche versehrte Kriegsheimkehrer, zerrüttete Familien

### Arbeitsauftrag 6:

individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

### Arbeitsauftrag 7:

individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

**Arbeitsauftrag 8:**

Ziele der Entnazifizierung: Verfolgung und Bestrafung der NS-Kriegsverbrecher u. a. NS-Täter, Umerziehung des gesamten deutschen Volkes zur Demokratie im Westen bzw. zum Sozialismus in der SBZ;

Verlauf: englische und amerikanische Zone: zunächst per Fragebogen (auszufüllen von jedem Deutschen) und ab 1947 Übernahme der Entnazifizierung durch Spruchkammern, die mit deutschen Laienrichtern besetzt waren;

Beurteilung: einerseits Scheitern der Entnazifizierung, da Belastete mit so genannten „Persilscheinen“ eine schnelle Rehabilitierung erreichen konnten, keine wirkliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, andererseits Erfolg der Umerziehungsmaßnahmen, da kein Wiederaufleben nationalsozialistischer Parteien

**Arbeitsauftrag 9:**

Byrnes-Rede 1946: Abkehr von der Direktive JCS 1067; Signal, dass Amerikaner die Gründung eines westdeutschen Teilstaates anstreben, Deutschland soll sich wieder selbst regieren dürfen, wird nicht länger als Feindstaat betrachtet;

Reaktion der deutschen Politiker: große Freude und Erleichterung über Kurswechsel der Amerikaner und baldige Gründung einer deutschen Regierung

**Arbeitsauftrag 10:**

in den westlichen Zonen: Wiedergründung der SPD, Neugründung der CDU (Sammelbecken christlich-konservativer Menschen, darunter viele ehemalige katholische Zentrumspolitiker) sowie der CSU (in Bayern) und der FDP (aus DDP und DVP), in der SBZ KPD (in der BRD 1956 verboten);

in der SBZ nach der Gründung der Parteien Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED (1946) unter Pieck und Grotewohl; SED erhebt rasch Führungsanspruch

**Arbeitsauftrag 11:**

KPD befürchtete, dass SPD bei Wahlen größeren Zulauf haben würde, deshalb forcierte sie die Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946; SPD-Mitglieder wurden z.T. verhaftet und unter Druck gesetzt, damit sie der Vereinigung zustimmten; in der SED übernahmen die Moskautreuen Kommunisten bald zentrale Schlüsselpositionen, eine demokratische Entwicklung wurde so verhindert, die Auseinanderentwicklung Deutschlands schritt voran; im Westen wurde die Entwicklung mit Sorge betrachtet, antikommunistische Tendenzen verstärkten sich (1956 Verbot der KPD)

### Arbeitsauftrag 1:

Wirtschaftspolitische Ziele des Marshall-Planes: wirtschaftlicher Wiederaufbau und Stabilisierung Westeuropas, ein wirtschaftlich gesundes Westeuropa dient als Bollwerk gegen den Kommunismus; gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik;  
Keine Teilnahme der osteuropäischen Länder am ERP, da Stalin dies verhindert; fürchtet Einflussnahme der Amerikaner; westliches Wirtschaftssystem entspricht den sozialistischen Vorstellungen einer Planwirtschaft

### Arbeitsauftrag 2:

Amerikaner werden als Verbündete und Freunde betrachtet, nicht länger als Besatzer; der Kommunismus wird zum neuen, gemeinsamen Feindbild

### Arbeitsauftrag 3:

Stimmung des Liedes: fröhlich, heiter (Karnevalslied), spiegelt den Wunsch nach einem Ruhelassen der Vergangenheit wider; zwar regieren die Politiker und „Diplomaten“, doch es gibt Gründe, wieder stolz auf Deutschland zu sein; Verweis auf deutsche Kultur (Goethe ...) soll von den Schrecken des 2. Weltkrieges und der Schuld der Deutschen am Krieg und Holocaust ablenken; das Lied drückt ein neues Selbstbewusstsein aus; es gibt nur ein Trizonesien, d.h. die SBZ wird bereits als separater Teil Deutschlands betrachtet

### Arbeitsauftrag 4:

individuelle Lösung der Schülerinnen und Schüler

### Arbeitsauftrag 5:

#### wichtige Stationen auf dem Weg zur Gründung der BRD:

Byrnes-Rede (September 1946) / Marshall-Plan und Gründung der Bizone am 1. Januar 1947 (ab 1949 Trizone) / Gründung des Frankfurter Wirtschaftsrates als „Vorparlament“ / Londoner Sechs-Mächtekonferenz im Frühjahr 1948 / Währungsreform (Juni 1948) und Berlin-Blockade (Juni 1948 bis Mai 49) / Frankfurter Dokumente (1948) / Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (August 1948) / Zusammentreten des Parlamentarischen Rates 1948 / Verabschiedung und Inkrafttreten des Grundgesetzes (8. bzw. 23. Mai 1949) / erste Wahlen im Spätsommer 1949; DDR: Gründung der SED (April 1946) / Bodenreform (ab 1945) und Sozialisierung der Wirtschaft / Zusammentreten des 1. Volkskongresses (1947) / Wahl eines Deutschen Volksrates (März 1948) / Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung (1948) / Konstituierung des Provisorischen Volkskammer (Oktober 1949) / Gründung der DDR am 7. Oktober 1949

### Arbeitsauftrag 6:

Einführung der D-Mark auf Betreiben der Amerikaner; Voraussetzung für Gelingen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des westlichen Wirtschaftssystems und somit auch für die Demokratie;  
Gewinner: Sachwertbesitzer (z. B. Immobilien, wertvolle Gegenstände, etc.); Verlierer: Menschen mit Sparguthaben, Flüchtlinge und Vertriebene

### Arbeitsauftrag 7:

**Lastenausgleich:** Vermögenssteuer in Höhe von 50 Prozent bzw. 25 Prozent (Landwirtschaft), als Berechnungsgrundlage diente das zum Stichtag vorhandene Vermögen; Zahlungen bis 1979; Solidaritätszuschlag: zweckgebundene, unbefristete Einkommens- bzw. Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 Prozent zur Finanzierung des Wiederaufbaus Ostdeutschlands (erhoben seit 1991)

**Vergleich:** Vom Lastenausgleich waren Wohlhabene stärker betroffen als normale Bürger, während der Solidaritätszuschlag nur von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Körperschaften bezahlt wird; der „Soli“ wird vielfach kritisiert, da er die Einkommen belastet und somit die Kaufkraft der Bürger schwächt, 20 Jahre nach dem Mauerfall erscheint diese Abgabe vielen als ungerecht, vor allem den Bürgern in wirtschaftlich schwächeren, westlichen Bundesländern); Vorschläge zur Umwandlung des „Solis“ in einen „Soli für Bildung“ werden diskutiert; offen bleibt, wie lange der Zuschlag noch erhoben wird. Ziele beider Abgaben: Angleichung der Lebensverhältnisse, Solidarität zwischen Arm und Reich.

### Arbeitsauftrag 8:

„Bonn ist nicht Weimar“: ein Abgleiten Deutschlands in eine Diktatur soll für immer unmöglich sein, z. B. durch eingeschränkte Machtbefugnisse des Bundespräsidenten im Vergleich zum Reichspräsidenten, (Präsident hat lediglich repräsentative Funktion), der Einführung der 5-Prozent-Hürde und der Festlegung von Grund- und Menschenrechten, die laut Grundgesetz nicht abgeschafft werden können; die strikte Trennung der Gewalten lässt Machtmissbrauch nicht zu

### Arbeitsauftrag 9:

BRD als „Staat auf Probe“: die Besatzungsmächte behalten sich vor, im Falle eines Notstandes die Regierungsgewalt wieder zu übernehmen, in zentralen Bereichen (z. B. Außenpolitik) ist die BRD laut Besatzungsstatut auf die Zustimmung der Alliierten angewiesen, die BRD ist nur bedingt souverän

### Arbeitsauftrag 10:

Alleinvertretungsanspruch der BRD, da in SBZ keine freien Wahlen stattgefunden haben, das Sowjetsystem den Bürgern in der DDR also aufgezwungen wird

### Arbeitsauftrag 11:

Verhältnis zwischen BRD und DDR 1949 ist angespannt, Adenauers Rede ist von einer deutlichen antikommunistischen Haltung geprägt, Pieck sieht hingegen die Gründung der BRD als Fehler an, die DDR vertrete die „Interessen des gesamten deutschen Volkes“; beide Politiker sprechen dem jeweils anderen Staat die Legitimation ab.

### Arbeitsauftrag 12:

individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

### Arbeitsauftrag 1:

**M6:** (Position der Adenauer-Regierung): Rückgewinnung der westdeutschen Souveränität und Integration in ein westliches Bündnissystem sind oberste Ziele, Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, freies vereinigtes Europa statt kommunistischer Diktatur, Kampf gegen den Kommunismus, christlich-europäische Kultur anstatt Materialismus, Politik der Stärke durch überlegene westliche Wirtschaft und Rüstung.

**M7:** (Position der SPD-Opposition): gesamtdeutsche Wahlen sollten Ziel sein, Westintegration der Bundesrepublik rückt Wiedervereinigung in weite Ferne, Deutschland soll kein „Vasall des Westens“ noch ein „Satellit des Ostens“, sein, sondern neutral zwischen den Blöcken stehen.

### Arbeitsauftrag 2:

Die soziale Marktwirtschaft ist eine Leitidee, die Marktfreiheit mit dem sozialen Ausgleich verbindet. Sie garantiert den Bürgern ein gewisses Maß an Freizügigkeit, d. h. sie dürfen ihren Wohn- und Arbeitsort frei wählen, ferner das Recht auf Eigentum und das Erbrecht. Der Staat hat aber in beschränktem Umfang Eingriffsmöglichkeiten. So sind z. B. Enteignungen möglich, wenn eine Straße oder Schule gebaut werden muss. Der Staat garantiert zwar marktwirtschaftliche Prinzipien, greift aber immer dann ein, wenn Fehlentwicklungen, Auswüchse und Benachteiligungen drohen. Dazu gehören die staatliche Wettbewerbspolitik, die Sozialpolitik, die Konjunkturpolitik und die Umweltpolitik.

**M8:** Innerhalb eines Ordnungsrahmens Preisbildung durch Angebot und Nachfrage, Freizügigkeit, leistungsgerechte Entlohnung. Ergänzung der Wirtschaftspolitik durch sozialpolitische Maßnahmen.

### Arbeitsauftrag 3:

**M10:** Vom Westen eingeschleuste Provokateure („faschistische Jugendliche aus Westberlin“) sollten die Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland torpedieren. Sie veranlassten Bauarbeiter gegen fehlerhafte Normenfestsetzungen zu demonstrieren.

**M9:** Manipulierte Wahlen, keine konkurrierenden Parteien, politische Gefangene, durch Volkspolizei überwachte Zonengrenze, unzureichender Lebensstandard, Repressalien gegen Streikende.

### Arbeitsauftrag 4:

**M12a:** Westberlin ist eine durch die Militärbehörden der USA, Frankreichs und Englands kontrollierte Insel innerhalb der DDR. In der Bundesrepublik ist das Besatzungsregime teilweise aufgehoben, nicht aber in Westberlin. Westberlin ist ein Herd für Propaganda und Untergrundarbeit gegen die DDR und Osteuropa. Westberlin ist ein „krankhafter Auswuchs“ des Kalten Krieges. Die „Berliner Frage“ muss geregelt werden, gemeint ist damit die Umwandlung Westberlins in eine freie entmilitarisierte Stadt.

**M12b:** 1961 kamen Kennedy und Chruschtschow zu einem Gespräch in Wien zusammen. In einem Memorandum drohte der sowjetische Partei- und Regierungschef mit dem Abschluss eines separaten Friedensvertrages mit der DDR. Dadurch wäre der freie Zugang der Westmächte nach Berlin in das Ermessen des SED-Regimes gestellt worden. Kennedy setzte dieser Drohung Ende Juli 1961 seine „three essentials“ entgegen: Am freien Zugang nach Berlin, der Anwesenheit der Westmächte in der Stadt und der Freiheit der Bevölkerung West-Berlins dürfe nicht gerüttelt werden. Da der Mauerbau am 13. August 1961 diese Punkte nicht verletzte, wurde er von den Westmächten ohne Gegenmaßnahmen hingenommen. Die UdSSR verzichtete ihrerseits auf den Friedensvertrag mit der DDR und hielt am Viermächtestatus von Berlin fest.

### Arbeitsauftrag 5:

#### M14:

- Keine Vereinigungsfreiheit: Repressalien gegenüber denjenigen, die sich nicht in FDJ, FDGB u. a. betätigten
- Unzureichende Lebensbedingungen: geringes Einkommen, kleine Wohnungen, keine Auslandsreisen.
- Keine freie Berufswahl: Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung der Betriebe, Probleme am Arbeitsplatz.
- Keine Meinungsfreiheit: SED meinungsbildend, Angst vor Strafen bei Beziehungen zum Westen, Bespitzelung durch MfS, Benachteiligung Oppositioneller im Bildungssystem.

### Arbeitsauftrag 6:

Etwa 3,6 Millionen Menschen hatten zwischen 1945 und 1961 die sowjetische Zone, die DDR und Ost-Berlin verlassen: ein Flüchtlingsstrom, der zu 50 Prozent über West-Berlin führte und die SED-Führung vor immer größere Schwierigkeiten stellte. Täglich passierten zehntausende Menschen die Sektorengrenze in beide Richtungen und konnten so die Lebensbedingungen vergleichen. Allein 1960 gingen etwa 360 000 Menschen dauerhaft in den Westen. Die DDR stand kurz vor dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Dieser konnte mit dem Bau der Mauer zunächst gestoppt werden.

Andererseits bedeutete der Mauerbau einen verheerenden Ansehensverlust des SED-Regimes. Der Mauerbau verletzte allerdings nicht die von Kennedy festgelegten drei „essentials“ (vgl. Antwort zu Frage 4).

### Arbeitsauftrag 1:

**M4:** Die kommunistische Herrschaft soll nicht beseitigt, die DDR nicht „befreit“ sondern verändert werden. Voraussetzung für eine Entspannung ist die Akzeptanz von zwei Staaten, also eine Anerkennung der Realitäten, Verständigung und Abrüstung sollen an die Stelle des Kalten Krieges treten.

### Arbeitsauftrag 2:

**M4:** Jede Politik, die auf einen Sturz des SED-Regimes und der sowjetischen Vorherrschaft ausgerichtet ist, erscheint aussichtslos.

**M5:** Es gibt nur einen Souverän, der darüber befinden kann, ob es zwei Staaten geben soll, nämlich den Wähler. Keine Regierung darf in dieser Frage über das Volk hinweg entscheiden. Der „Pseudostaat“ DDR sei nicht durch freie Wahlen legitimiert. Konzessionsbereitschaft führe nur zu weiteren Forderungen.

### Arbeitsauftrag 3:

Am 7. Dezember 1970 unterzeichnete Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau einen Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Im Warschauer Vertrag wird zunächst auf das Leid Polens im Zweiten Weltkrieg eingegangen, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkannt und auf gegenseitige Gebietsansprüche verzichtet. Durch eine unerwartete Geste wird der Besuch Brandts zu einem Wendepunkt in der deutsch-polnischen Geschichte. Bei einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus im ehemaligen Warschauer Ghetto kniete Brandt plötzlich nieder. Der Kniefall wurde in der ganzen Welt als Bitte um Vergebung für die Verbrechen, die im Zweiten Weltkrieg in deutschem Namen begangen wurden, verstanden. Konservative Kreise in der Bundesrepublik kritisierten jedoch heftig die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und warfen Brandt vor, die deutschen Ostgebiete verraten zu haben. Ein knappes Jahr später erhielt Willy Brandt den Friedensnobelpreis.

### Arbeitsauftrag 4:

**M9:** Der Wunsch nach Annäherung wird als Versuch verstanden, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Die Bundesrepublik ist für die DDR imperialistisches Ausland. Die Herrschaft der Arbeiterklasse einerseits und der Monopolkapitalismus und Imperialismus andererseits bilden unvereinbare Gegensätze. Ziel ist aber eine friedliche Koexistenz der sozialistischen Staatengemeinschaft mit den NATO-Staaten.

### Arbeitsauftrag 5:

Ein Gewaltverzichtsvertrag mit der UdSSR, ein weiterer, der die Grenzenerkennung Polens beinhaltete und der „Grundlagenvertrag“ von 1972 mit der DDR schufen zusammen mit anderen Verträgen geregelte Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und der Bundesrepublik. Außerdem ermöglichten sie die gleichzeitige Aufnahme der DDR und Bundesrepublik in die UNO. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wurden intensiviert, ebenso die menschlichen Kontakte. Zudem wurde das Provisorium in Berlin parallel dazu verlängert: Die Sowjetunion garantierte den Zugang zu Westberlin und akzeptierte eine enge politische Verbindung Westberlins mit Westdeutschland.

### Arbeitsauftrag 1:

**M5:** An den Anfang seiner Regierungserklärung, gehalten am 28. Oktober 1969, wenige Tage nach seiner Vereidigung als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik, stellte Willy Brandt sein Bekenntnis: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Er meinte damit, die Bürger zur Mitverantwortung und zur Mitwirkung an der Reform von Staat und Gesellschaft zu ermutigen. Als Fundamente für „mehr Demokratie“ nannte er das Bemühen um gegenseitiges Verständnis und vor allem auch die Offenlegung der Regierungsarbeit, die Herabsetzung des Wahlalters, die Ausweitung der Mitbestimmung und mehr Investitionen in die Bildung.

Hintergrund: 1966 hatte sich erstmals eine Große Koalition im Bundestag gebildet. Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde Helmut Schmidt. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wurde im Kabinett Kiesinger Vizekanzler und Außenminister. Außerhalb des Parlaments erstarkte mit dem Ringen um eine Notstandsgesetzgebung eine Protestbewegung, die in den Studentenunruhen von 1968 gipfelte. Nach intensiven Diskussionen hatte die Große Koalition im Mai 1968 eine Notstandsregelung verabschiedet. Die Notstandsgesetze weiten im Verteidigungsfall, bei inneren Unruhen und Naturkatastrophen die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus. Außerdem erlauben sie die Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses und den Einsatz der Bundeswehr im Fall des inneren Notstandes gegen militärisch bewaffnete Revolutionäre, deren Ziel es sei, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen. Im Fall innerer und äußerer Notstände unterliegt die Regierung dabei jedoch der parlamentarischen Kontrolle. Mit der Notstandsverfassung verzichteten die West-Alliierten auf einen weiteren Teil ihrer Vorbehaltsrechte. Gegen die Verfassungsänderungen formierte sich eine außerparlamentarische Opposition (APO). Sie verband sich mit der Protestbewegung der Studenten gegen den Vietnamkrieg und die NATO, wie sie sich auch in anderen westlichen Ländern entwickelte, und richtet sich später gegen das „System“, wie die Bonner Demokratie von ihren Gegnern genannt wurde. Die APO protestierte auch gegen das Verschweigen der Verwicklungen der Elterngeneration in den Nationalsozialismus.

### Arbeitsauftrag 2:

Während der 1960er-Jahre wurden althergebrachte Werte und Traditionen von einer aktiven Minderheit junger Menschen abgelehnt. Nichts war mehr heilig. Vor allem der Vietnamkrieg führte dazu, dass westliche Werte weiten Teilen der Jugend immer fraglicher wurden. Die Unabhängigkeitsbewegungen in vielen Ländern der Dritten Welt gewannen auch im Westen viele Sympathien. In diesem Klima der Verunsicherung wurden zunehmend auch andere traditionelle Werte wie Familie, Religion und Autorität fragwürdig. Dass die Legitimität der Gesellschaftsordnung ausgerechnet in einer Ära noch nie da gewesenen Wohlstandes massiv in Frage gestellt wurde, schien vielen Beobachtern ganz und gar unverständlich. Viele machten deshalb, wohl fälschlich, linke Ideologien für den Protest verantwortlich.

### Arbeitsauftrag 3:

Die klassische Arbeitsteilung, nachdem der Mann das Geld nach Hause bringt und die Frau den Haushalt führt und im Gegenzug auf berufliche Selbstverwirklichung verzichtet, ist heute selten geworden und wird von den Gerichten nach einer Trennung nur noch in Ausnahmefällen als ein Freibrief auf volle Alimentierung anerkannt. Als das BGB am 01.01.1900 in Kraft trat, enthielt es in § 1354 den Satz: „Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu“. Auch die Fragen der Haushaltsführung und der Kindererziehung entschied in Streitfällen der Mann allein. Arbeitsverträge seiner Frau konnte er auch gegen ihren Willen kündigen. Der gesetzliche Güterstand bedeutete die Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Frauenvermögen; das heißt: hatte die verheiratete Frau eigenes Geld, konnte allein der Mann darüber verfügen und ihm allein gehörten die Einkünfte aus dem Vermögen der Frau. Die Frau war in erster Linie zur Haushaltsführung, der Mann zum finanziellen Unterhalt der Familie verpflichtet. Die Ehefrau durfte nur dann berufstätig sein, wenn sie dadurch ihre familiären Verpflichtungen nicht vernachlässigte. Wenn die Einkünfte des Mannes für den Familienunterhalt nicht reichten, war sie aber verpflichtet zu arbeiten. Im

Beruf oder Geschäft des Mannes musste sie mitarbeiten, „soweit dies nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist.“ Für diese Mitarbeit innerhalb des Üblichen bekam sie nichts. Das Gesetz gab Frauen die Möglichkeit, in den Grenzen ihres „häuslichen Wirkungskreises“ Rechtsgeschäfte zu schließen, deren Folgen allein der Mann trug. Vereinfacht gesagt: die Frau konnte im Supermarkt einkaufen, der Mann musste zahlen. Am 1. April 1953 trat das dem Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“) entgegenstehende Recht außer Kraft. Schritt für Schritt formten die Gerichte ein neues Grundgesetz konformes Eherecht: Einigungspflicht statt Entscheidungsrecht des Mannes, Gütertrennung statt Verwaltung und Nutznießung. Erst 1957 kam das Gleichberechtigungsgesetz mit dem neuen gesetzlichen Güterstand, der Zugewinnngemeinschaft. 1977 erließ der Gesetzgeber dann ein neues Ehe- und Familienrecht. Seitdem gibt es die Partnerehe. Der Familienname war nun in gewissen Grenzen frei wählbar, die Hausfrauenehe wurde abgeschafft. Die Ehepartner müssen die Haushaltsführung in gegenseitigem Einvernehmen regeln. Beide sind berechtigt, berufstätig zu sein, beide müssen auf die Familie Rücksicht nehmen. Eine Mitarbeitspflicht im Geschäft des anderen gibt es nicht mehr. Jeder darf „Geschäfte zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs der Familie“ abschließen, für die auch der andere haftet. Nach dem alten Recht war die nachhaltige Verletzung der Haushaltspflichten ein Scheidungsgrund, und wer schuldig geschieden war, bekam weder Unterhalt noch konnte er damit rechnen, die Kinder zu behalten.

#### Arbeitsauftrag 4:

**M7:** Der „polit-ideologische Psychoterror“ hat Ehescheidungen, Medikamentenmissbrauch, Ausreisearträge, Selbstmorde, Alkoholmissbrauch zur Folge.

**M8:** Verfolgungswelle gegen Punks, Festnahmen, Verhaftungen, Druck von Behörden, Polizei, Betrieben, Schulen, Ausweisung aus den Städten.

**M9:** Einschleusung von Spitzeln in den Familien- und Freundeskreis, berufliche Schädigung, Diffamierung durch Vortäuschen von Straftaten oder Ausschweifungen, Abhören von Telefongesprächen.

Ein in Mode, Musik und Habitus an westlicher Jugendkultur ausgerichtetes Verhalten von Jugendlichen war dauernden Repressionen unterworfen. Nonkonformistische Jugendliche engagierten sich zunehmend innerhalb der kirchlichen Jugendarbeit, weil man sich hier im Sinne der „Nischengesellschaft“ freier äußern und ein interessiertes Publikum finden konnte.

### Arbeitsauftrag 1:

**M5:** Schlechte Versorgungslage, unzureichende Dienstleistungen, eingeschränkte Reisemöglichkeiten, schlechte Arbeitsbedingungen, geringe Arbeitsentgelte, Bürokratie.

**M6:** mangelnde medizinische Versorgung, steigender Krankenstand, sinkende Lebenserwartung, zu wenig Alten- und Pflegeheime, Mangel an Medikamenten, Wartelisten bei Operationen, Infolge der Abwanderung Mangel an Ärzten und Pflegern.

### Arbeitsauftrag 2:

**M7a:** Alternativen sind entweder die Eigenständigkeit der DDR mit einer solidarischen Gesellschaft mit antifaschistischen und humanitären Idealen oder die Vereinnahmung durch die Bundesrepublik verbunden mit einem „Ausverkauf moralischer Werte“.

**M8:** Beibehaltung des Kündigungsschutzes und der betrieblichen Mitbestimmung in der DDR, Ablehnung des politischen Einflusses der Großindustrie, Angst vor Verfassungsschutz, Umweltzerstörung, rechtsextremistischen Parteien, Mietwucher und Obdachlosigkeit.

Zu den Gründen für die Massenausreise vgl. M 7b: Kein Vertrauen in eine umgestaltete souveräne DDR: Funktionäre sichern ihre Privilegien, Versuche eines veränderten Sozialismus werden ebenfalls scheitern.

### Arbeitsauftrag 3:

**M10: DDR:** Ablehnung der politischen Einheit, aber stärkere Wirtschaftsbeziehungen. „Stärkere politische Bindungen würden sowohl ihre Machterhaltung als auch die Identität der DDR als sozialistischen Staat gefährden“. Bürgerbewegungen „wollen ihren Staat reformieren statt ihn abzuschaffen.“

**Bundesrepublik:** Bevölkerung „fürchtet, durch den massiven Exodus aus dem Osten überschwemmt zu werden.“ „Wiedervereinigung jetzt nicht auf der Tagesordnung.“

**Frankreich:** Einheit „erschwert die Pariser Priorität eines schnellen Fortschritts der westeuropäischen Wirtschaftsintegration.“ Ein vereinigtes Deutschland „würde das Gleichgewicht in der EG noch mehr in die westdeutsche Richtung verschieben.“

**Großbritannien:** „[...] teilt die französischen Sorgen davor, dass ein vergrößertes Deutschland die wirtschaftliche Supermacht Europas wird.“ „[...] traditioneller englischer Wunsch, das kontinentale Gleichgewicht durch Widerstand gegen den Aufstieg eines übergroßen Rivalen zu erhalten.“

**Polen:** „[...] historische Erinnerungen an frühere Großdeutschlands, deren Drang nach Osten auf ihre Kosten erfolgte.“ Besorgnis, dass ein neu vereinigtes Vaterland die „verlorenen Gebiete“ im jetzt polnischen Schlesien und Ostpreußen wiederverlangt.“

**USA:** Vereinigung würde „die amerikanische Militärpräsenz in Westdeutschland beenden und die NATO ohne adäquaten Ersatz auflösen.“

**Sowjetunion:** „Angst vor einem Nationalismus, [...]“ Sorge, „dass ein geeintes Deutschland eher sein Gewicht in Osteuropa als in einem vereinigten Westeuropa geltend machen würde.“

**M11:** Angst vor neuem Militarismus und Revisionismus der Nachkriegsgrenzen.

### Arbeitsauftrag 4:

**M13:** Gesellschaftliches Auseinanderklaffen am Beispiel des Gegensatzes zwischen „aufgehübschten“ Plattenbauten und neuen Einfamilienhäusern der Wende-Gewinner oder zwischen aufstrebenden Universitätsstädten und ausgedünnten Landstrichen. „Die Lebensverhältnisse haben sich aufgesplittet, die Hecken sind höher gewachsen.“ Die Illusion von einer Gesellschaft der Gleichen wirkt fort. Dass dies schon zu DDR-Zeiten ähnlich war, wird verdrängt. 1,4 Millionen Menschen, die Flexiblen, die gut Gebildeten, die Frauen, haben den Osten verlassen. Betriebe schließen, Kneipen und Schulen ebenso. Viele Ostdeutsche kommen mit dem Parteienstreit der „Berliner Republik“ nicht zurecht. Arbeitslosigkeit wird als tägliche Demütigung empfunden.

### Arbeitsauftrag 5:

Seit Mitte der 1960er-Jahre schuf der DDR-Maler Wolfgang Mattheuer Landschaftsbilder, die nicht einfach nur die Natur „abbildeten“. In seinen Gemälden spielen immer auch die Reflexionen und Gedanken eine Rolle, die er sich beim Betrachten der Landschaft machte. In den 1970er-Jahren nahmen seine Landschaftsmotive symbolische Bedeutung an, wie sein berühmtes Bild „Hinter den sieben Bergen“ exemplarisch demonstriert: Eine endlose Straße führt auf eine Bergkette zu, hinter der sich eine Luftballon schwingende Freiheitsgöttin erhebt. Was erwartet den Fahrer hinter dem Horizont? Der Künstler selbst antwortete vieldeutig: „Hinter den Bergen liegt das Bedenkenswerte und das Gesprächswerte, nicht davor“. Mit Hilfe dergleichen verschlüsselter Bildmotive entwickelte Mattheuer einen Weg, den politischen und gesellschaftlichen Verfall der DDR zu illustrieren – und traf damit den „Nerv der Zeit“. Er stand mit verschlüsselten Kritik nicht allein: Die DDR-Landschaftsmalerei zeichnete sich ab etwa 1965 allgemein durch zunehmend kritische Tendenzen aus. Ein Vierteljahrhundert später griff Mattheuer in „Hinter den 7 x 7 Bergen“ das Motiv noch einmal auf. Inzwischen war die Wende erfolgt. Aber Mattheuer blieb auch angesichts der veränderten politischen Verhältnisse der eigensinnige, kritische Dickkopf, als der er sich unter der Zwangsherrschaft der aufgelösten DDR behauptet hatte. Jetzt zeigte er sich skeptisch auch gegenüber den Bedingungen des Lebens im Westen. Diese Skepsis ist in dem Bild von 1993 deutlich zu spüren: Von oben, durch zwei Hochhäuser hindurch, erfasst der Blick eine moderne Stadt mit öden Bürotürmen, durchzogen von mehrspurigen Autobahnen. Die Stadt geht über in ein bergiges Umland, das ans Meer grenzt. Über Stadt und Land schweben mit bunten Luftballons barbusige Frauengestalten: verführerische Sinnbilder des angeblich befreiten Lebens. Die versprochene Freiheit könnte eine Illusion sein.

## 8.1 Erste Stationen der Einigung

### Arbeitsauftrag 1:

**1947:** Der Marshall-Plan verpflichtete die europäischen Länder zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. **1949:** Zehn europäische Staaten bilden den Europarat. **1952:** Die „europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montanunion) trat in Kraft. **1955:** „Die Sechs“ und Großbritannien schlossen das Verteidigungsbündnis der „Westeuropäischen Union“ (WEU). **1958:** Die Verträge über die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) traten in Kraft. **1969:** Mit der Vollendung der Zollunion verschwanden die Zollgrenzen in der EWG. **1973:** Dänemark, Großbritannien und Irland traten der EG bei. **1975:** 35 europäische Staaten sowie die USA und Kanada verabschiedeten in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). **1981/86:** Süderweiterung der EG: Griechenland (1981), Portugal und Spanien (1986). **1992:** Der Vertrag von Maastricht begründete die Europäische Union (EU). **1993:** Die Wirtschaftsunion (vollendeter Binnenmarkt) trat in Kraft. **1995:** Finnland, Österreich, Schweden wurden EU-Mitglieder. **1999:** 11 Europäische Staaten führten die gemeinsame Währung Euro ein. **2002:** Der EURO wurde in 12 EU-Staaten alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. **2004:** „Osterweiterung“ der EU um zehn neue Mitglieder. Der Europäische Rat verabschiedete den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“. **2007:** „Südost-erweiterung“ der EU um Bulgarien und Rumänien. **2009:** Vertrag von Lissabon trat in Kraft.

### Arbeitsauftrag 2:

**M3:** Europa als Quelle christlichen Glaubens und christlicher Ethik, Ursprung jeglicher Kultur, Kunst, Philosophie und Wissenschaft.

Der Europäischen Union fehlen aber noch identitätsstiftende Ressourcen, etwa eine gemeinsame Sprache oder gar eine loyalitätsstiftende Krone wie im britischen Commonwealth. Es gibt nicht einmal eine offizielle Hymne. Die große Herausforderung der kommenden Jahrzehnte liegt folglich darin, zu einer verbindenden europäischen Identität zu gelangen. Dazu gehören mehr Rechte für das Europäische Parlament und eine durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eingeleitete gemeinsame europäische Außenpolitik.

### Arbeitsauftrag 3:

**M3:** Einträchtige Verwaltung des „gemeinsamen Erbes“, Glück und Wohlstand durch einen Zusammenschluss. Schutz vor weiteren Kriegen.

**M4b:** Die „Solidarität der Produktion“, also die gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung, macht jeden Krieg zwischen Deutschland und Frankreich materiell unmöglich.

**M4c:** Integration Europas durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Übertragung eines Teils der Souveränität der Staaten an eine supranationale Einrichtung.

### Arbeitsauftrag 4:

**M4a:** Reaktion auf die Überlegenheit der deutschen Schwerindustrie und der von den USA betriebenen Liberalisierung des Handels. Ohne den wirtschaftlichen Zusammenschluss würde es zu Export-Dumping, Ruf nach Importbeschränkungen der französischen Industrie, Handelschranken, Kartellbildungen, Ausweitung der deutschen Handelsbeziehungen mit Osteuropa kommen. Die erneute deutsche industrielle Hegemonie wäre Grund für weitere Unruhen und mögliche Konflikte in Europa. Der Zusammenschluss schafft dagegen eine „gemeinsame Expansion in der Konkurrenz“.

Am 9. Mai 1950 stellt der französische Außenminister Robert Schuman auf einer Pressekonferenz seinen Plan vor (**M4b**). Der auf ein Projekt des Generalkommissars für den französischen Wirtschaftsplan, Jean Monnet (M 4a), zurückgehende Schuman-Plan sah die Auflösung der Ruhrbehörde vor und eröffnete damit der Bundesrepublik die Möglichkeit, die alliierten Produktionsbeschränkungen zu beenden. Der Plan war damit ein Schritt auf dem Weg in die Souveränität. Die später unter dem Namen Montanunion bekannt gewordene Gemeinschaft diente Frankreich zur Kontrolle des westdeutschen Wirtschaftspotentials, insbesondere der für Rüstungsgüter notwendigen Schwerindustrie. Durch Preisfestsetzungen und Erzeugungsmengenbeschränkungen konnte sie Marktmechanismen ausschalten zugunsten einer zentralen Lenkung.

## 8.2 Die europäische Integration

### Arbeitsauftrag 1:

Der von den Staats- und Regierungschefs der damals zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft im niederländischen Maastricht geschlossene Vertrag über die Europäische Union trat am 1. November 1993 in Kraft. Er bildete die vertragliche Grundlage zur Gründung der Europäischen Union (EU) und sah eine umfassende Reform des europäischen Gemeinschaftsrechts vor. Wirtschaftlich und politisch sollten die Beziehungen der Mitgliedstaaten verdichtet werden. Die Europäische Union wurde aus drei Säulen gebildet (**M3**): Neben einer reformierten Europäischen Gemeinschaft (EG) kamen mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres zwei neue Kooperationsbereiche hinzu. Zudem verankerte der Vertrag eine Wirtschafts- und Währungsunion.

### Arbeitsauftrag 2:

**Pro:** militärisch-strategische Beweggründe wegen der geographischen Nähe der Türkei zu den Ländern Irak und Iran. Prowestliches Engagement und viele Reformen in den vergangenen Jahren der Türkei verdienen Anerkennung. Mit der Türkei als Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten würde Europa zum „Global Player“ und könnte den Vereinigten Staaten in der islamischen Welt eine eigene Sicherheitspolitik entgegensetzen. Zudem führt die Aussicht auf eine Vollmitgliedschaft wahrscheinlich zu weiteren demokratischen und sozialen Reformen in der Türkei. Andernfalls dürfte die Türkei sich an der arabisch-islamischen Welt orientieren, das könnte zur Destabilisierung der Region führen.

**Kontra:** Viele Menschen werden nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen in der Türkei noch immer in Gefängnissen misshandelt. Die Wirtschaftskraft der Türkei liegt noch weit hinter der von Bulgarien und Rumänien. Mit einer Vollmitgliedschaft der Türkei könnten erhebliche Mehrkosten auf die Europäische Gemeinschaft zukommen. In großen Teilen der Türkei, insbesondere im Osten des weitreichenden Landes dominiert eine fundamental unterschiedliche Kultur und damit Lebensweise. Nach den neuen Regeln des Verfassungsvertrags kommen Mehrheitsentscheide dann zustande, wenn 55 Prozent der EU-Staaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren, zustimmen. Der Türkei mit ihren 75 Millionen Einwohnern käme somit die gewichtigste Rolle im EU-Entscheidungsprozess zu; sowohl im Ministerrat als auch im Europäischen Parlament besäße sie das größte Gewicht.

### Arbeitsauftrag 3:

Die Europäische Union (EU) hat in früheren Jahrzehnten über eine Reihe von Agrarmarktordnungen einen einheitlichen europäischen Agrarmarkt mit festgelegten Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse geschaffen. Die Festpreise für landwirtschaftliche Produkte lagen dabei höher, als sie sich bei freier Preisbildung ergeben hätten. Sanken die Preise für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse z. B. unter eine bestimmte Marke, wurden die Produkte zu festen Preisen (Interventionspreise) von staatlichen Stellen aufgekauft und eingelagert oder zu subventionierten Preisen exportiert. Zum Schutz der Preishöhe innerhalb der EU wurden Schwellenpreise festgelegt, die Grundlage für die Abschöpfungen waren, die bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Ländern außerhalb der EU erhoben wurden. Diese Verfahren wurden in den letzten Jahren auf Druck der WTO abgebaut oder ganz aufgegeben zugunsten einer direkten Subventionierung landwirtschaftlicher Betriebe entsprechend ihrer Betriebsgröße. Der derzeitige Verfall der Milchpreise zeigt aber, dass eine Deregulierung der Märkte, auf denen es weder Subventionen noch Mengenbeschränkungen gibt, dazu führen kann, dass zumindest kleinere landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr kostendeckend produzieren können.

**Arbeitsauftrag 4:**

**M9:** Abschottung des eigenen Arbeitsmarktes gegenüber osteuropäischen Niedriglöhnen. In der Europäischen Union gelten generell die Grundsätze der Freizügigkeit und Gleichbehandlung. Jeder EU-Bürger hat demnach das Recht, in ein anderes Mitgliedsland zu ziehen und dort einen Job anzunehmen. Dabei darf er nicht anders behandelt werden als ein Bewerber aus dem jeweiligen Land.

Für die 2004 beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten (Tschechische Republik, Polen, Lettland, Slowakei, Estland, Litauen, Slowenien, Ungarn, Malta und Zypern; Rumänien und Bulgarien seit 2007) wurden jedoch Übergangsregelungen festgelegt, um eine plötzliche Überlastung der Arbeitsmärkte der alten EU-Staaten zu verhindern. Die bisherigen Mitgliedsstaaten können gegenüber den Beitrittsländern mit der Ausnahme Zyperns und Maltas während einer insgesamt siebenjährigen Frist Einschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit vornehmen. In der Bundesrepublik beispielsweise müssen Arbeitnehmer aus den betroffenen Ländern mit einer Vorrangprüfung beweisen, dass kein Deutscher für den jeweiligen Job zur Verfügung steht. Die Übergangsregelung läuft für alle Mitgliedsstaaten spätestens Ende 2011 aus.

## 1.1 Fallbeispiel Nahost

### Arbeitsauftrag 1:

Individuelle Schülerarbeit

### Arbeitsauftrag 2:

Hauptgegenstand des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern sind die Grenzen eines eigenen palästinensischen Staates. Ein Staat in den Grenzen des Teilungsplans der UNO (M9) wurde 1948 von den Arabern abgelehnt. Das Gebiet Israels ging seit dem 1. Arabisch-israelischen Krieg über diesen Plan weit hinaus. Auch die heutigen Gebiete der palästinensischen Autonomie sind gegenüber dem UN-Teilungsplan stark reduziert. Das Staatsgebiet und die Staatsform sind zwischen Israel und den Palästinensern, aber auch unter den Palästinensern selbst, umstritten. Die PLO gab 1993 im Oslo-Abkommen die Forderung nach einem Staat auf dem Gebiet Israels auf und strebt seitdem einen Staat auf dem Gebiet des gesamten Westjordanlandes und in Gaza mit Jerusalem als Hauptstadt an (M6). Die palästinensische islamistische Regierungspartei Hamas fordert dagegen weiterhin ganz Israel als Staatsgebiet. Die „Befreiung ganz Palästinas“ käme einer Ablehnung des Existenzrechts Israels gleich.

Unter den Parteien besonders umstritten ist auch das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge (M6), die im Zuge der Staatsgründung Israels ihre Heimat verließen und nicht mehr zurückkehren durften. Die Palästinenser fordern das Rückkehrrecht für alle damaligen Flüchtlinge (etwa 700 000) sowie deren Nachkommen (etwa 6 Millionen). Ein weiterer Konfliktherd ist das Fortbestehen der von Israel seit 1967 in den besetzten Gebieten errichteten jüdischen Siedlungen, in denen mittlerweile etwa 270 000 israelische Juden leben. Der Zuzug von Juden (M7) dient Israel als Argument, seine Siedlungen im Westjordanland auszubauen. Diese Siedlungen werden aber international gemeinhin als völkerrechtswidrig betrachtet. Zu den Streitpunkten mit den Nachbarstaaten gehört auch die Wasserversorgung (M8). Der Nahe Osten ist zu 95 Prozent Wüstengebiet. Nur wenige Flüsse führen das ganze Jahr über Wasser. Schließlich gehört zu den ungelösten Problemen der zukünftige Status von Jerusalem, das beide Seiten als ihre Hauptstadt beanspruchen. Sowohl für Juden und Christen als auch für Muslime ist Jerusalem eine heilige Stadt (M6).

### Arbeitsauftrag 3:

**M10:** Kolonialisierung des Westjordanlandes durch Israel, keine Anerkennung eines eigenen Staates durch Israel, Einschränkung der Reisemöglichkeiten der Palästinenser durch militärische Sperren, unverhältnismäßige israelische Vergeltungsschläge, Kompromisspolitik der PLO wurde von Israel nicht durch Gegenleistungen gewürdigt, keine Einstellung der israelischen Siedlungspolitik

Die Palästinensergebiete sind in das Westjordanland und den deutlich kleineren Gazastreifen unterteilt. Der Gazastreifen ist eine der dichtest besiedelten Regionen der Welt. Dort drängen sich 1,4 Millionen Bewohner auf 360 Quadratkilometern. Im Westjordanland steht 2,4 Millionen Palästinensern eine Fläche etwa doppelt so groß wie das Saarland (5600 Quadratkilometer) zur Verfügung. Sitz der Palästinensischen Autonomiebehörde ist Ramallah im Westjordanland. Die größten Städte sind Gaza-Stadt mit etwa 700 000 Einwohnern, gefolgt von Hebron und Nablus. In Ostjerusalem wohnen 250 000 Palästinenser. Die Mehrheit der Bevölkerung sind Muslime. Fast 50 Prozent sind jünger als 15 Jahre. Die Bevölkerung wächst jährlich über drei Prozent – und damit weit schneller als die Israels. Gazastreifen und Westjordanland gehören zu den ärmsten Regionen der Welt. Rund zwei Drittel der Palästinenser leben unter der Armutsgrenze. Mehr als die Hälfte der Bewohner des Gazastreifens sind Familienangehörige von Flüchtlingen, die nach den Kriegen mit Israel in den Gaza-Streifen gelangten. Die Arbeitslosenrate liegt bei mehr als 50 Prozent. Israelische Abriegelungen erschweren den Grenzhandel, Palästinenser können Arbeitsplätze in Israel kaum erreichen. Wegen der Armut sind Eselskarren eines der gängigsten Transportmittel. Durch israelische Blockaden des Gaza-Streifens haben viele Palästinenser ihre

Arbeit in Israel verloren. Eine von Israel gebaute Sperranlage, die mit dem Schutz vor palästinensischen Anschlägen begründet wird, schneidet streckenweise tief in das Westjordanland ein und ist international umstritten.

#### Arbeitsauftrag 4:

**M6:** Aufbau der Infrastruktur einschließlich der Wasserversorgung im Westjordanland, Hilfe für Palästinenser bei Bildung und Ausbildung u. a.

**M12:** Durchsetzung der Zweistaatenlösung, des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und des Existenzrechts Israels durch diplomatische Initiativen und finanzielle Unterstützung der Autonomiebehörde. Zu den Bemühungen gehört auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowohl mit Israel und gleichzeitig den Staaten des südlichen Mittelmeerraums.

#### Arbeitsauftrag 5:

**M10:** Infolge des wachsenden Unmuts der Bevölkerung über Korruption und Vetternwirtschaft der alten PLO-Führung, deren Erfolglosigkeit gegenüber der israelischen Siedlungspolitik, dem israelischen Einmarsch im Jahr 2000 einschließlich der Zerstörung von Infrastruktur, dem geringen Lebensstandard in den Autonomiegebieten, den militärischen Sperren und der Nichtanerkennung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat durch Israel hatte „ Hamas“ 74 der 132 Parlamentssitze gewonnen und damit die bislang führende „Fatah“ abgelöst. (vgl. auch Antwort zu Frage 3.)

**M11:** Die militante Hamas ist kompromisslos antiisraelisch und betrachtet ganz Israel als „besetztes Gebiet“. Ihre Anschläge und Selbstmordattentate erzeugen ein Klima der Angst. Israel ist gezwungen, einen immer größeren Teil seiner Staatsausgaben für Schutz und Sicherheit, also für Polizei und Militär auszugeben. Während der Phasen von Mobilmachung müssen auch die Gutverdienenden Reservedienste leisten. In solchen Krisenzeiten leidet die Wirtschaft (u. a. sinkender Konsum, nachlassender Tourismus), Armut und Arbeitslosigkeit sind die Folgen.

#### Arbeitsauftrag 6:

Individuelle Schülerlösung.

## 1.2 Fallbeispiel Afghanistan – Kampf gegen den Terrorismus

### Arbeitsauftrag 1:

**M8:** Als Motive der Attentäter nennt Enzensberger den Verfolgungswahn. Er fasst dabei den „radikalen Verlierer“ ins Auge. Dieser ist isoliert, niemand interessiert sich für ihn, er driftet in seine Phantasie, und findet den radikalen Ausweg in Zerstörung und Selbstzerstörung. Enzensberger zeichnet in seinem 2006 unter dem Titel „Schreckens Männer“ erschienenen Bändchen eine Verliererkultur, die eigenes Versagen islamistischer Staaten nie anzuerkennen vermochte, sondern die Gründe der Geschichte des Niedergangs der einst dem Abendland überlegenen arabischen Zivilisation immer nur bei anderen, zumal im Westen suchte, der für den Islamismus die Züge des „großen Satans“ angenommen hat. Dass der Islamismus eine Reaktion auf nicht gelungene Anpassungen an die Moderne ist, verleiht ihm zweifellos seine Durchschlagskraft. Die Gemeinsamkeit aller terroristischen Handlungen sind für Enzensberger die kalkulierte Selbstzerstörung, der Wunsch, Herr über das eigene wie das Leben anderer zu werden – und über den Tod.

### Arbeitsauftrag 2:

Unmittelbar nach dem 11. September waren sich Politiker und Kommentatoren einig: Die Anschläge auf New York und Washington würden Angriffe auf die Zivilisation darstellen, sich gegen Freiheit und Demokratie richten. Für diese Werte stünden New York und die Vereinigten Staaten. Doch bald meldeten sich ablehnende Stimmen. Die amerikanische Publizistin Susan Sontag bezeichnete die Reaktionen der amerikanischen Politiker und der meisten Berichterstatter als „selbstgerechten Blödsinn“ und „dreiste Täuschung“. Die Attentate würden ihrer Ansicht nach dem Machtanspruch der „selbst ernannten Supermacht USA“ gelten, nicht der westlichen Zivilisation. In dieselbe Kerbe schlug auch die indische Schriftstellerin Arundhati Roy. Sie sieht die Ursachen der Anschläge in der amerikanischen Außenpolitik. Roy beklagt unter anderem die „unumschränkte Vorherrschaft der USA“, die „kühle Missachtung aller nichtamerikanischen Menschenleben“ sowie die „barbarischen Militärinterventionen“ Washingtons. Dadurch habe sich ein großer Hass auf die amerikanische Führung entwickelt. Die USA hätten zum Teil selbst Schuld, die Anschläge hätten sie mit verursacht, so lautet der Kern ihrer Aussagen. Neben dem Streit um eine mögliche Mitschuld Amerikas an den Anschlägen entwickelte sich eine Debatte über den so genannten Kampf der Kulturen. Dieser Begriff begleitete die Diskussionen nach dem 11. September als permanentes Hintergrundrauschen. Die Vorstellung vom Kampf der Kulturen oder „clash of civilizations“ hatte der amerikanische Politologe Samuel Huntington 1993 geprägt. Nach seiner Ansicht würden Konflikte zwischen den Weltkulturen drohen. Geschichte, Lebensweisen und vor allem die Religion würden die Kulturen voneinander unterscheiden.

### Arbeitsauftrag 3:

**M11:** Die NATO ist sowohl ein militärisches als auch politisches Bündnis der Europäer und der USA. Ein wesentliches Problem in Afghanistan besteht darin, dass die ISAF-Truppen befriedete Gebiete verlassen und nachrückende Taliban Rache an mit der ISAF kooperierenden Bevölkerungsteilen nehmen.

**M13:** Die Verknüpfung von ziviler und militärischer Hilfe der Bundeswehr ist umstritten. Die humanitäre Hilfe im Windschatten militärischer Interventionen wird auch von vielen Hilfsorganisationen kritisch gesehen. Dort wird argumentiert, dass zivile Hilfe nur dort ankommt und wirklich hilft, wo kein Militär ist.

**Arbeitsauftrag 4:**

Der Aufbau eines transparenten und flächendeckenden Justizsystems bleibt eine der großen Herausforderungen beim Wiederaufbau Afghanistans. Die Bundesregierung setzt im Rahmen des zivilen Wiederaufbaus einen Schwerpunkt im Bereich Justiz. Deutschland beteiligt sich unter anderem an Maßnahmen zur Richterfortbildung und Ausbildung von Strafverteidigern.

**M14:** Richter sind abhängig von Warlords. Die Justiz ist korrupt. Es gibt geringe Fortschritte, die Ausbildung der Juristen bessert sich allmählich. Grundlage der Urteile ist teilweise die Scharia, teilweise staatliches Recht.

## 1.3 Militärische Friedenssicherung durch die Bundeswehr

### Arbeitsauftrag 1:

Der sicherheitspolitische Paradigmenwechsel hat eine Neuausrichtung der Bundeswehr erfordert. Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus – sind für deutsche Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben und beanspruchen die Bundeswehr in besonderem Maße. Vor allem der Einsatz in Afghanistan im Rahmen der NATO ist in das Rampenlicht der deutschen Öffentlichkeit gerückt. Mit dem zivilmilitärischen Konzept ist die Bundeswehr einen neuen Weg gegangen. Es gibt erste regionale Erfolge im Wiederaufbau, bei der Schulbildung oder in der Gesundheitsversorgung. Dort, wo die Deutschen ihr Konzept praktizieren konnten, sind die Menschen zufrieden. Probleme bereiten aber die überdimensionale Drogenökonomie, die Undurchsichtigkeit der Clanstrukturen, Korruption und der fundamentalistische Eifer der Taliban.

### Arbeitsauftrag 2:

**M5:** Der Begriff „Innere Führung“ beschreibt die Führungskonzeption der Bundeswehr. Er ist verbunden mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform. Der militärische Dienst der Streitkräfte steht im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Leitbild der inneren Führung ist der „Staatsbürger in Uniform“. Soldaten engagieren sich außerhalb des Dienstes in Parteien, Kirchen, Vereinen und Verbänden. Auch innerhalb des Dienstes sollen sie eigene Positionen entwickeln. Die Streitkräfte müssen in der Gesellschaft verankert sein, die Soldaten in der Lage sein, unter Berücksichtigung ethisch-moralischer Prinzipien eigenverantwortlich zu handeln. Eine interkulturelle Bildung schafft die Voraussetzung für religiöse und kulturelle Toleranz.

In einer Dienstvorschrift zur Inneren Führung von 2008 heißt es: „Führung muss Handlungsspielräume, Mitwirkung und Mitverantwortung ermöglichen. Vorgesetzte [...] müssen gegebenenfalls andere als die eigenen Lösungsansätze akzeptieren. Vorgesetzte sollen, wann immer möglich, ihre davon betroffenen Soldatinnen und Soldaten beteiligen.“

### Arbeitsauftrag 3:

**M6:** Weitgehende Mitgliederkongruenz. Derzeit ist die NATO eher für Kampfeinsätze zuständig, bei denen die Beteiligung der USA notwendig ist, die ESVP für Friedenssicherungseinsätze. In Zukunft kann eine solche Arbeitsteilung keinen Bestand haben. Eine Konkurrenzsituation zwischen den USA und der ESVP wäre allerdings das Ende der NATO.

### Arbeitsauftrag 4:

**Pro Wehrpflicht:** Die Wehrpflicht steht für die Bereitschaft der Bürger, persönlich Mitverantwortung für den Schutz ihres Gemeinwesens zu übernehmen. Über die Wehrpflicht bleibt die Bundeswehr in engem Kontakt mit der gesamten Bevölkerung. Die Wehrpflicht bindet junge Bürger an ihren Staat, macht die Landesverteidigung zur Angelegenheit ihrer Staatsbürger, stellt sicher, dass zwischen den Streitkräften und deren zivilem Umfeld ein ständiger Personalaustausch stattfindet. Die Wehrpflicht erfasst die männlichen Bürger, unabhängig von Herkunft, Beruf und Bildung, und beugt so der Gefahr vor, dass Streitkräfte ein gesellschaftliches Eigenleben (Staat im Staate) führen. Im Mobilmachungsfall ist ohne Wehrpflicht, und damit ohne eine hinreichende Zahl an Reservisten, keine ausreichende Sicherheit zu gewährleisten. Die Wehrpflichtarmee ist eine Rekrutierungsbasis für die Nachwuchsgewinnung. Die Bundeswehr gewinnt fast die Hälfte ihrer Zeit- und Berufssoldaten aus Grundwehrdienstleistenden, die sich erst nach Dienstantritt für eine Verpflichtung entscheiden. Ein Berufsheer kommt dem Staat wesentlich teurer als die Wehrpflichtarmee. Das Sozialwesen gerät in eine Strukturkrise, weil viele tausend Zivildienststellen durch teurere Arbeitskräfte neu belegt werden müssten. Die Wehrpflichtigen sind die Multiplikatoren für die Bundeswehr in der Öffentlichkeit. Die Bun-

deswehr ist de facto bereits eine Freiwilligenarmee, da angesichts der liberalen Regelung bei der Wehrdienstverweigerung quasi jeder, der seinen Wehrdienst ableistet, dies freiwillig tut. **Kontra Wehrpflicht:** Streitkräfte dienen nicht mehr vorwiegend der Landesverteidigung, sondern vor allem der Krisenreaktion außerhalb Zentraleuropas. Das zukünftige erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr erfordert eine größere Professionalität der Soldaten. Dies ist mit kurzzeitig dienenden Wehrpflichtigen nicht zu gewährleisten. Die Technisierung der Bundeswehr braucht gut geschulte Spezialisten. Wehrpflichtige können während der kurzen Wehrdienstzeit kaum noch zureichend in der Handhabung komplizierter Waffensysteme ausgebildet werden. Von den sechsundzwanzig Mitgliedsstaaten der NATO halten zur Zeit neben Deutschland nur vier „alte“ NATO-Staaten (Dänemark, Griechenland, Norwegen und die Türkei) sowie die meisten neuen Mitglieder an der Wehrpflicht fest. Die Länder ohne Wehrpflicht geben als Grund dafür an, dass die Sicherheitslage dies zulasse und dass es mit Ende des Kalten Krieges keine direkte Bedrohung mehr gäbe. Der Friedensumfang der Bundeswehr und damit der Bedarf an Wehrpflichtigen unterschreitet die Anzahl der zur Verfügung stehenden Männer eines Jahrganges erheblich. Wenn nur noch eine Minderheit eines Jahrgangs damit rechnen muss, zum Dienst an der Waffe herangezogen zu werden, wird die Wehrungerechtigkeit zur Regel. Die Wehrpflicht führt zu einer Verringerung der Lebensarbeitszeit mit allen Folgen für die Sozialversicherungssysteme. Die Wehrpflicht konterkariert bei Männern die Bemühungen, das Berufseinstiegsalter zu senken. Eine Wehrdienstarmee ist zwar billiger als eine Berufsarmee gleichen Umfangs, aber nur für den Bundeshaushalt. Gesamtwirtschaftlich dürften die Kosten gleich oder sogar höher sein, da große Verluste an Kaufkraft, Steuern und Sozialabgaben zu verkraften sind. Die Wehrpflicht ist ein Standortnachteil gegenüber Ländern ohne Wehrpflicht (jüngere Arbeitskräfte). Zudem erschwert sie angesichts der Europäisierung des Arbeitsmarkts die Ein- und Aufstiegschancen in internationalen Unternehmen (Angehörige von Staaten ohne Wehrpflicht verfügen bereits über ein Jahr Berufserfahrung). Die wachsende Wehrungerechtigkeit führt zu einer Spaltung der jungen Männer in diejenigen, die überhaupt nicht dienen müssen, den Zivildienstleistenden und den Wehrpflichtigen.

## 2.1 Kennzeichen von Unterentwicklung

### Arbeitsauftrag 1:

Kennzeichen von Unterentwicklung: Viele Einwohner leiden an Hunger oder sind unterernährt. Große Teile der Bevölkerung haben keine oder eine mangelhafte Gesundheitsversorgung. Daraus ergibt sich eine geringe Lebenserwartung und eine hohe Kindersterblichkeit. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist niedrig, in den meisten Fällen ist dies verbunden mit einer sehr ungleichen Einkommensverteilung und Armut. Der Bildungsgrad ist gering, die Analphabetenquote hoch. Straßen und sonstige Infrastruktur sind schlecht. In vielen Entwicklungsländern herrscht die Agrarwirtschaft vor. In vielen Bereichen wird mit veralteter ineffizienter Technologie gearbeitet. Die Kapitalausstattung ist sehr schlecht, es werden kaum Investitionen getätigt und das Land ist auf Entwicklungshilfe angewiesen. Der Anteil am Welthandel ist sehr gering. Viele Entwicklungsländer werden undemokratisch regiert z. B. durch Oligarchien oder Militärdiktaturen. Staatliche Organisationen sind nicht hinreichend arbeitsfähig, Korruption ist oft weit verbreitet. Der Raubbau an natürlichen Ressourcen z. B. Holz (Waldrodungen) verschärft ein nachhaltiges Wirtschaften.

### Arbeitsauftrag 2:

**M9:** Sklavenhandel und Kolonialismus. Fehlendes Demokratiebewusstsein. Das westliche Demokratiekonzept hat in Afrika kaum Befürworter. Fast unumschränkte Machtfülle afrikanischer Staatschefs. Keine funktionierende Verwaltung. Korruption. Schwache demokratische Institutionen, die die Staatschefs kaum kontrollieren. Überkommenes Stammesdenken. Ethnische Volksgruppen werden zu pressure groups. Die Hinwendung zu eigenen Stamm kommt sozialer Sicherung gleich. Westliche Triebfedern der Moderne wie Privateigentum, Schulbildung, Kernfamilie, politisch unabhängige Mittelklasse sind ohne Bedeutung. Der Zwang zum Teilen mit der Großfamilie wirkt leistungshemmend.

### Arbeitsauftrag 3:

**M11:** Industrialisierung der Entwicklungsländer führt in die Schuldenfalle. Marktwirtschaftliche Mechanismen greifen nicht. Kulturen und Traditionen der Entwicklungsländer bleiben bei Entwicklungsprojekten unberücksichtigt. Machthaber bereichern sich an der Entwicklungshilfe. Fortgesetzte Zuwendungen lähmen die Eigeninitiative.

### Arbeitsauftrag 4:

**M12:** Werbeaussage ohne zeitgeschichtlichen Quellenwert. Aussagen wie „Afrika an der Schwelle zur Boomregion“ sind nur sehr eingeschränkt nachvollziehbar. Sie beschränken sich hauptsächlich auf den Rohstoffexport. Allerdings ist es wohl richtig, dass chinesische Investoren in Afrika oft erfolgreicher sind als europäische oder amerikanische, und dass China auch in begrenztem Umfang als Gegenleistung für Rohstoffe afrikanische Infrastrukturprojekte in Angriff nimmt. Die 2008 einsetzende Wirtschaftskrise hat auch dabei zu Rückschlägen und einem deutlichen Rückgang der Rohstoffpreise geführt.

**Arbeitsauftrag 5:**

**M7:** Minderung extremer Armut, bessere Schulbildung, Gleichstellung der Geschlechter, Verringerung der Kindersterblichkeit, Bekämpfung der Ausbreitung von HIV und anderer übertragbarer Krankheiten, Sicherung der Umwelt, Konfliktlösung, politische Stabilität, Demokratie und Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Kriminalität, marktorientierte Wirtschaftspolitik, Stimulierung der Privatwirtschaft, Förderung von Landwirtschaft und Fischerei, Unterstützung von Infrastrukturprojekten, Erhaltung der kulturellen Vielfalt.

**M13:** Besserer Bildung und Berufsausbildung, „Hilfe zur Selbsthilfe“ also z. B. Kredite für Investitionen, Einführung ergiebigerer landwirtschaftlicher Produktionsmethoden, bessere Gesundheitsvorsorge u. a.

## 2.2 Fallbeispiel: Demokratische Republik Kongo – bittere Armut trotz Rohstoffreichtums

### Arbeitsauftrag 1:

Ein Großteil der weltweiten Coltan-Reserven liegt in der Demokratischen Republik Kongo. Coltan ist auch eine der Ursachen des Kongokriegs, der seit 1996 mehr als fünf Millionen Todesopfer gefordert hat – mehr als jeder andere Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg. 2008 wurde der Kongokrieg offiziell als beendet erklärt, die Kriegshandlungen flackern aber immer wieder erneut auf. Mehr als zehn Jahre lang hatten sich in diesem Bürgerkrieg die gegenüberstehenden, rivalisierenden Gruppen gegenseitig verfolgt. Dabei wurden ethnische Identitäten im Kampf um politische und ökonomische Vorherrschaft instrumentalisiert. In den ostkongolesischen Provinzen Ituri und Kivu liegen neben Coltan auch die größten Goldvorräte der Welt, aber auch Diamanten und Erdöl.

Der Konflikt entwickelte sich in den 1990er-Jahren und richtete sich gegen die teilweise schon seit der Kolonialzeit in Kivu lebenden Einwanderer aus Ruanda und Burundi. Als nach dem Völkermord in Ruanda 1994 über eine Million Flüchtlinge aus Ruanda in den Kongo kamen, unter ihnen auch die für den Völkermord an Tutsi und moderaten Hutu verantwortlichen Hutu-Milizen, eskalierte der Konflikt. Kongolesische und ruandische Milizen gingen seitdem gemeinsam gegen die im Kongo lebenden ruandischen und kongolesischen Tutsi vor. Bei Kämpfen ruandischer und ugandischer Truppen wurden 800 000 Kongolesen getötet. Im illegalen Rohstoffhandel vermutete man sowohl eine Ursache für die Konflikte, gleichzeitig aber auch eine Geldquelle, durch die die Kriegsparteien ihre Kämpfe weiterführen konnten (vgl. auch Antwort zu Frage 8, S. 343 des Schülerbuchs).

### Arbeitsauftrag 2:

Ende 1999 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Entsendung einer Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC / Mission de l'Organisation des Nations Unies au Congo). Aufgabe der Mission ist der Schutz der Zivilbevölkerung in den Kriegsgebieten, daneben die Unterstützung der kongolesischen Armee beim Vorgehen gegen illegale bewaffnete Gruppen, die sich im Osten des Landes konzentrieren. MONUC spielte daneben eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung und Absicherung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 2006. Das Gros des derzeit etwa 17 500 „Blauhelme“ umfassenden MONUC-Kontingents ist in den östlichen Provinzen des Landes stationiert. Neben den militärischen Kräften sind rund 4 500 zivile Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verschiedener Unter- und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen im Kongo tätig. MONUC ist damit die größte Friedensmission der Vereinten Nationen weltweit. Im April 2006 autorisierte der Sicherheitsrat Operationen der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bestimmten Teilaufgaben, wie der zeitweisen Unterstützung von MONUC während der Wahlperiode durch die Mission „EUFOR RD Congo“ oder die Beratung des kongolesischen Staats bei der Reform der Polizei bzw. der Streitkräfte durch die beiden EU-Missionen EUPOL und EUSEC.

**1. Auflage**

1 5 4 3 2 1 | 14 13 12 11 10

Alle Drucke dieser Auflage sind unverändert und können im Unterricht nebeneinander verwendet werden.

Die letzte Zahl bezeichnet das Jahr des Druckes.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis § 52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Fotomechanische oder andere Wiedergabeverfahren nur mit Genehmigung des Verlages.

© Ernst Klett Verlag GmbH, Stuttgart 2010. Alle Rechte vorbehalten. [www.klett.de](http://www.klett.de)

**Autoren:** Dr. Jürgen Kochendörfer, Aichwald; Christian Schulz, Elchingen; Dr. Silke Seemann, Freiburg

**Redaktion:** Carsten Loth

**Herstellung:** Krystyna Schütze

Lösungen zu ISBN 978-3-12-416900-6